



Master of Education Geschichte

MASTERARBEIT

Zivilgesellschaftliche Solidarität unter den  
Bedingungen des Ost-West-Konflikts –  
Handlungsoptionen westlicher Gewerkschaften  
angesichts der Solidarność in Polen 1980-82

---

Vorgelegt von: Dominik Lindemann

Betreuender Gutachter: Prof. Dr. Hans Henning Hahn

Zweite Gutachterin: Dr. Berit Pleitner

Oldenburg, 28.03.2012

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
1.1	Danzig, 14. August 1980 – der Tag, der die Krise in Polen in den westlichen Fokus rückte .....	1
1.2	Fragestellungen .....	3
1.2.1	Einheitlichkeit durch Einvernehmen? .....	3
1.2.2	Gewerkschaften als außenpolitische Akteure?.....	5
1.3	Forschungsstand und Quellenlage.....	6
1.4	Einige generelle Bemerkungen.....	7
2	Theoretische Überlegungen .....	10
2.1	Zivilgesellschaft – Konzepte, Akteure, Strategien .....	10
2.1.1	Zivilgesellschaft und Kapitalismus – soziale Interaktion wider das marktrationale Handeln .....	12
2.1.2	Die Funktion von Zivilgesellschaft in sozialistischen Staaten am Beispiel von NSZZ Solidarność.....	16
2.2	Der <i>äußere</i> Kontext – der Ost-West-Konflikt im Zeichen von Helsinki und Madrid.....	20
3	Hauptteil – Analyse des <i>inneren</i> Kontextes.....	27
3.1	Exkurs: Die historische Signifikanz Polens in Europa.....	27
3.2	Die Relevanz der Entspannungspolitik im Westen .....	30
3.3	Die politische Kultur der westlichen Gesellschaften.....	35
3.3.1	Gewerkschaftslandschaft und politische Strömungen .....	36
3.3.2	„Begleiter“ oder „Korrekturlement“? – Die Diskurskultur westlicher Zivilgesellschaften.....	43

3.4	Projektionen der westlichen Gewerkschaften auf NSZZ Solidarność ...	57
3.5	Handlungsoptionen I: der Umgang der westlichen Gewerkschaften mit CRZZ, PZPR und NSZZ Solidarność vor dem 13. Dezember 1981 .....	70
3.6	Handlungsoptionen II: der Umgang der westlichen Gewerkschaften mit CRZZ, PZPR und NSZZ Solidarność nach dem 13. Dezember 1981 ...	79
3.6.1	Did Solidarity Go Too Far?.....	90
4	Fazit.....	93
4.1	Versuch einer Synthese .....	93
4.2	Gewerkschaften im Spannungsfeld von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Sphäre .....	95
5	Quellenverzeichnis .....	i
6	Abkürzungsverzeichnis .....	xiii
7	Weiterführende Literatur.....	xvi
	Erklärung.....	xix

# 1 Einleitung

## ***1.1 Danzig, 14. August 1980 – der Tag, der die Krise in Polen in den westlichen Fokus rückte***

„We soon reached the scene which the world was to see on its television screens: the blue-grey shipyard gates festooned with flowers and photographs of the Pope, a cheerful crowd before them, loudspeakers blaring out patriotic hymns, farmers bringing baskets of food.“

- Timothy Garton Ash<sup>1</sup>

Als am 14. August 1980 auf der Danziger Lenin-Werft eine Gruppe von Arbeitern rund um Lech Wałęsa zum Streik aufrief und darauf folgend bis zum Ende des Monats fast 700.000 Menschen im ganzen Land die Arbeit niederlegten, rückte die politische Krise in Polen erstmals in den Fokus der westlichen Regierungen und Gesellschaften. Was dort passierte, war für viele Beobachter ungewöhnlich: In einem kommunistischen, von der Sowjetunion kontrollierten Staat wagten Arbeiter, sich gegen ihre mangelhaften Arbeitsbedingungen zu wehren, forderten unter anderem das Recht auf Gründung einer freien Gewerkschaft und ließen darüber hinaus religiöse Töne vernehmen. Gebannt schaute der Westen an diesem Tag nach Polen und wartete ungeduldig auf neue Nachrichten aus Danzig. Die Erfüllung der Forderungen wäre ein historisches Ereignis gewesen.

In einer Zeit, in der die Welt nur aus zwei einander gegenüberstehenden Blöcken zu bestehen schien, und in der jede noch so kleine Veränderung der politischen Verhältnisse eine reale Gefahr für das sensible Machtgefüge auf der Erde darstellte, war sich niemand sicher, wie man die streikenden polnischen Arbeiter und die potentiellen Auswirkungen ihrer 21 Forderungen einschätzen sollte.<sup>2</sup> Der Kalte Krieg stellte einen unberechenbaren Kontext für die Erfolgsaussichten einer entstehenden freien Gewerkschaft in Polen dar.

Trotz der bereits kurz angedeuteten komplizierten politischen Lage gibt es eine Reihe von Beispielen westlicher Solidarität mit den Arbeitern in Polen und

---

<sup>1</sup> GARTON ASH, Timothy: The Polish Revolution. Solidarity 1980-82, London 1983, S. xi.

<sup>2</sup> Für eine genaue Auflistung der 21 Forderungen vgl. „Die Forderungen von Gdansk“, in: <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a81-07254/09-forderungen.pdf>, S. 43f.

ihren Zielen. Da die Regierungen jedoch keine Eskalation der Krise provozieren wollten, waren sie selbst in ihrem Handeln sehr eingeschränkt. Allzu demonstrative Unterstützung für Solidarność hätte als Einmischung in die Staatssouveränität Polens interpretiert werden und somit als Anlass für eine militärische Reaktion genommen werden können.

Ziel dieser Arbeit ist, in diesem Zusammenhang die Rolle der westlichen Gewerkschaften aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien und den USA zu analysieren. In Verbindung mit Bürgerinitiativen versandten sie Pakete mit Hilfsgütern oder organisierten öffentliche Demonstrationen. Sie sammelten Geld und schickten es auf so genannten stillen Kanälen nach Polen. Nicht zuletzt verfassten sie politische Solidaritätserklärungen, nahmen offiziell Beziehungen zur Solidarność auf und versuchten nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 und der Illegalisierung der Solidarność, den politischen Druck auf die polnische Regierung zu erhöhen, indem sie sich für die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzten. Es gehört somit zu den Fragen in dieser Arbeit, ob die Gewerkschaften, die *per definitionem* keinerlei Regierungskompetenzen besitzen, bis 1982 die außenpolitische Rolle der Regierungen übernahmen.

## 1.2 Fragestellungen

### 1.2.1 Einheitlichkeit durch Einvernehmen?

„Things and actions are what they are, and the consequences of them will be what they will be: why then should we desire to be deceived?“

- Joseph Butler, *Fifteen Sermons*<sup>3</sup>

Die soeben geschilderte globale Konfliktsituation führte bei den Mitgliedern der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) und des Warschauer Paktes zu einer verstärkten Abstimmung einer gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Leitlinie. Einzelne nationalstaatliche Interessen in diesem Bereich besaßen nicht mehr oberste Priorität. Hält man sich diesen Umstand als Ausgangspunkt dieser Arbeit vor Augen, so scheint es nicht sehr lohnenswert zu sein, verschiedene Reaktionen westlicher Gewerkschaften und den Charakter ihrer Unterstützung für die *Solidarność* zu untersuchen, da dies zu keinen signifikanten inhaltlichen Unterschieden führen könne. Aufgrund der Polarisierung während des Ost-West-Konflikts und der verwandten ideologischen und strategischen Ausrichtung innerhalb der Blöcke müsse man eine gewisse Homogenität im Handeln der westlichen Gewerkschaften erwarten.

Diese Annahme trifft allerdings nur in dem Maße zu, dass es in allen untersuchten Staaten Einzelgewerkschaften oder Gewerkschaftsbünde gab, die die *Solidarność* materiell oder organisatorisch unterstützten. Doch sowohl bei den Beweggründen, als auch bei dem Ausmaß und dem Charakter dieser Unterstützung waren die Unterschiede beträchtlich. Viele Beteiligte fanden es schwierig, die *Solidarność* einzuordnen. Manche Gewerkschaften beschränkten sich deshalb auf offizielle Solidaritätserklärungen, während andere massiv finanzielle Hilfe leisteten. Die emotionalen Herangehensweisen schwankten zwischen nüchterner Diskretion und empathischer Identifikation. Manche westliche Gewerkschaft lehnte die *Solidarność* gänzlich ab.

Es wird also sehr wohl lohnenswert sein, sich anhand einzelner Fallbeispiele ein Bild von der Stimmung gegenüber der *Solidarność* in

---

<sup>3</sup> Zit. nach GARTON ASH, S. 305.

Westeuropa 1980-82 zu machen. Welche Gründe gibt es für dieses heterogene Reaktionsmuster? Woran lag es, dass ein und dasselbe Ereignis, welches dazu noch unter Rahmenbedingungen stattfand, die für alle Beteiligten nur sehr beschränkte Handlungsmöglichkeiten offen ließen, solch unterschiedliche Reaktionen nach innen und nach außen hervorrief? Nach der Darstellung des Ost-West-Konflikts wird deshalb der *innere* Kontext genau untersucht, d.h. die Handlungsbedingungen der jeweiligen Gewerkschaften. Welche gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen lagen jeweils in den westlichen Staaten vor und welchen Einfluss hatten diese auf den jeweiligen Umgang mit der Solidarność?

Die Beziehungen zu Polen, bzw. die jeweils gemeinsame Geschichte liegen in diesem Fall als erster Erklärungsansatz nah, reichen jedoch für sich genommen nicht aus. In jedem Staat bzw. seiner Gesellschaft fanden eigene innenpolitische Auseinandersetzungen statt. Die verschiedenen politischen Strömungen waren oft vielfältig, auch in den Staaten Westeuropas existierten kommunistische Parteien und Gewerkschaften. Von besonderer Aussagekraft ist das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften, das nicht in jedem Staat identisch war. Im Vergleich schien eine gewisse politische Autonomie der Gewerkschaften gegenüber ihren Regierungen der offenen und direkten Unterstützung der Solidarność förderlich gewesen zu sein.

An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass es nicht das Ziel des Verfassers ist, die einzelnen Hilfsaktionen der westlichen Gewerkschaften nach ihrer Quantität zu bewerten, um daraus einen Vergleich herzustellen. Ein bewertender Vergleich ist nach Meinung des Verfassers nicht zulässig, da er die höchst unterschiedlichen Handlungsbedingungen der Gewerkschaften außer Acht lassen würde, auf die diese Fragestellung abzielt.

## 1.2.2 Gewerkschaften als außenpolitische Akteure?

Die in Kapitel 1.1 aufgestellte These, dass die westlichen Gewerkschaften für einen Zeitraum von etwa anderthalb Jahren außenpolitische Aufgaben erfüllten, wirkt zunächst einmal nicht ungewöhnlich, wirkt allerdings bei näherem Hinsehen eine Frage auf. Die gesellschaftliche Funktion einer Gewerkschaft ist vor allem sozial-ökonomisch, etwa durch die Wahrung sozialer Gerechtigkeit und die Sicherung der Arbeitnehmerrechte, definiert. Somit nimmt eine Gewerkschaft wichtige Aufgaben innerhalb ihrer Gesellschaft wahr, hat jedoch als Nichtregierungsorganisation keine außenpolitischen Befugnisse.<sup>4</sup> Im Gegenteil gehört die Gestaltung von Außenpolitik, wie z.B. die Aufnahme von bilateralen Beziehungen, das Verfassen von offiziellen Stellungnahmen zu politischen Ereignissen oder die Verhängung von Sanktionen gegen andere Staaten, zu den Hoheitsrechten der Regierung eines Staates und wird ausschließlich von dieser wahrgenommen.

Dies wird besonders deutlich, wenn man Gewerkschaften als Teil der Zivilgesellschaft versteht. Die Theorie der Zivilgesellschaft (englisch: *civil society*) wurde sowohl von den Politik-, als auch von den Sozial- und Geschichtswissenschaften vor allem in den letzten 20 Jahren benutzt, um den Bereich einer Gesellschaft näher zu definieren, der sich weder der staatlichen, noch der Privatsphäre zurechnen lässt. Zivilgesellschaft beinhaltet selbstorganisierte, soziale Interaktion, die auf die Verbesserung des Gemeinwohls abzielt. Dazu gehören gewaltfreie Konflikte und Auseinandersetzungen mit der staatlichen Sphäre, also z.B. Regierungen. Das breite Spektrum zivilgesellschaftlicher Gruppierungen umfasst unter anderem Stiftungen, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, zu denen die Gewerkschaften zählen.

---

<sup>4</sup> Für weiterführende Informationen zu der Funktion von Gewerkschaften vgl. MÜLLER-JENTSCH, Walther: Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft seit 1945, Stuttgart 2011, sowie TENFELDE, Klaus: Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Organisation im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13-14, Bonn 2010, S. 11-20.

Auch wenn eine umfassende Definition von Zivilgesellschaft in dieser Arbeit erst an späterer Stelle folgen wird, lässt sich bereits der Nutzen dieser Theorie erkennen. Seit dem Herbst 1980 waren die westlichen Gewerkschaften – also zivilgesellschaftliche Gruppierungen – aufgrund ihrer Unterstützung der Solidarność internationale Akteure und übernahmen damit kurzfristig eine Rolle, die ihnen politisch eigentlich nicht zustand. Diese Rolle füllten sie bis kurz nach der Verhängung des Kriegsrechts aus, bis im Frühjahr 1982 die westlichen Regierungen ihr Vorgehen änderten und begannen, Sanktionen gegen den polnischen Staat zu planen.

Dass Gewerkschaften eine derartige Rolle in der Außenpolitik spielten, ist ein ungewöhnliches und seltenes Phänomen. Es liegt also im Erkenntnisinteresse des Verfassers, welche Rahmenbedingungen 1980-82 für die Beteiligten existierten. Dafür ist es notwendig, den *äußeren* Kontext der Ereignisse darzustellen. Die Streiks der polnischen Arbeiter Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre fanden während des zu der Zeit schon seit mehr als drei Jahrzehnten andauernden Ost-West-Konflikts statt. Eine extreme sicherheitspolitische Anspannung, die bipolare ideologische Aufteilung der Welt in das kapitalistische Lager unter Führung der USA sowie das kommunistische Lager unter Führung der damaligen Sowjetunion und nicht zuletzt die Angst vor dem Ausbruch eines Nuklearkriegs kennzeichneten diesen Kalten Krieg. Die den jeweiligen Lagern zugehörigen Staaten organisierten sich durch strategische Verträge, um ihre gemeinsame Sicherheitspolitik besser abstimmen zu können. So entstanden der Warschauer Pakt und die NATO. Die Fronten im wahrsten Sinne des Wortes waren verhärtet.

### ***1.3 Forschungsstand und Quellenlage***

Zu der internationalen Solidarität mit Solidarność ist bisher noch nicht erschöpfend geforscht worden. Es existieren zwar vereinzelt Darstellungen direkt Beteiligter, diese bedürfen jedoch einer wissenschaftlichen Fundierung. Zudem handelt es sich dabei vornehmlich um nationale Darstellungen. Ein wie in dieser Arbeit gewählter Ansatz, der die westlichen Gewerkschaften miteinander

verbindet und dabei die unterschiedlichen Handlungsvoraussetzungen in den Blick nimmt, ist in der Historiographie bisher nur selten zu finden, obwohl er ein Baustein für das Verständnis des heutigen Europas sein kann, das seine Wurzeln auch in den Auseinandersetzungen und Kämpfen sozialer Bewegungen hat.

Zwischen 2003 und 2007 entstanden erste Versuche, das Handeln verschiedener Gewerkschaften zueinander in Bezug zu setzen. Diese hatten oft einen konfrontierenden und wertenden Charakter, der in dieser Arbeit nach Möglichkeit vermieden werden soll. Das wichtigste Projekt stellt bisher der im Rahmen der *Harvard Cold War Studies* erschienene und von Idesbald Goddeeris herausgegebene Sammelband „Solidarity with Solidarity. Western Trade Unions and the Polish Crisis, 1980-1982“ dar, der 2010 eine bis dahin bestehende Forschungslücke geschlossen hat.

Primärquellen konnten zwar nicht anhand von Archivarbeit gesichtet, jedoch innerhalb von Sammelbänden und Dokumentensammlungen ausgewertet werden, so dass auf diese Weise direkter Zugriff auf die Äußerungen der maßgeblichen Protagonisten besonders aus Deutschland bestand. Zwischen 1980 und 1983 wurden viele politisch motivierte Sammelbände herausgegeben, die die Krise in Polen thematisierten. Eine weitere wichtige Grundlage dieser Arbeit waren historische und politische Zeitschriften, in denen zumeist einzelne Gewerkschaften im Zentrum der jeweiligen Untersuchungen standen. Aufgrund von häufiger auftretenden Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Regierungen in den Tageszeitungen nach dem 13. Dezember 1981 wurde für diesen Zeitraum verstärkt auf publizistische Quellen zurückgegriffen. Der Verfasser hat Quellen in deutscher, englischer und französischer Sprache ausgewertet.

#### ***1.4 Einige generelle Bemerkungen***

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit von knapp zwei Jahren soll nicht suggerieren, dass es zuvor und danach keine Konflikte zwischen Arbeitern und Staat in Polen gegeben habe. Bereits während der 1970er Jahre existierte die Untergrundorganisation *Komitet Obrony Robotników* (KOR = Komitee zur

Verteidigung der Arbeiter), die regelmäßig Streiks organisierte, was aber nur wenigen politisch Interessierten im Westen bekannt war und in der dortigen Öffentlichkeit praktisch nicht wahrgenommen wurde. Wie bereits in Kapitel 1.1 angedeutet, rückten erst die Streiks auf der Danziger Lenin-Werft am 14. August 1980 den polnischen Konflikt in den breiten westlichen Fokus. Auch die Gewerkschaften wurden erst in jenen Wochen offiziell tätig.

Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen durch General Wojciech Jaruzelski am 13. Dezember 1981 stellte eine Zäsur für die Ereignisse in Polen dar. Solidarność wurde verboten und in den Untergrund getrieben. Zwar existierte sie weiterhin und konnte ihren Teil zum stetigen Machtverfall im Ostblock und zur politischen Wende in Europa 1989/90 beitragen. Dennoch änderten sich mit dem Kriegsrecht die politischen Handlungsoptionen für alle Beteiligten. Allmählich begannen die westlichen Regierungen, ihren Kurs zu ändern und eine deutlichere Haltung zu der Entwicklung in Polen einzunehmen. Die in Kapitel 1.2.2 beschriebene besondere politische Konstellation veränderte sich langsam und ermöglichte den Regierungen, die Handlungsinitiative für Solidarność zu ergreifen. Ab dem Sommer 1982 hatten die westlichen Gewerkschaften daher ihre Sonderrolle nicht mehr inne. Sie leisteten weiterhin umfassende Hilfe und mitunter sogar enthusiastischer als vorher, doch der primäre Träger der Außenpolitik, wie in der Einleitung beschrieben, waren sie nicht mehr. Deshalb endet 1982 auch der in dieser Arbeit zu behandelnde Untersuchungszeitraum.

Dem Verfasser ist bewusst, dass die Solidarność in dieser Arbeit nur als Objekt des Engagements westlicher Institutionen fungiert. Für ein vollständiges Bild der Beziehungen zwischen ihr und den westlichen Pendants wäre es erforderlich, auch die Entwicklung dieser freien Gewerkschaft sowie die Handlungsoptionen der Solidarność-Vertreter eingehend zu untersuchen.<sup>5</sup> Deswegen soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Solidarność

---

<sup>5</sup> Für eine umfassende Darstellung der Geschichte der Solidarność vgl. KÜHN, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980-1990, Berlin 1999. Für die Zeit bis vor der Verhängung des Kriegsrechts 1981 vgl. HOLZER, Jerzy: „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985. Für die Arbeit der Solidarność im Untergrund nach der Verhängung des Kriegsrechts vgl. ŁOPIŃSKI, Maciej et al.: Konspira. Solidarity Underground, Berkeley 1990.

selbst sehr aktiv bei der Kontaktaufnahme zu westlichen Gewerkschaften und Privatleuten war. Die teils konspirative Zusammenarbeit der polnischen Streikenden mit Sympathisanten aus dem Ausland war nicht zuletzt einer der Gründe für die Erfolge, die die Solidarność verbuchen konnte. Im Rahmen dieser Master-Arbeit liegt der Fokus auf den westlichen Protagonisten, da im östlichen Teil Europas aufgrund des sozialistischen Gesellschaftssystems keine entwickelten Zivilgesellschaften vorhanden waren.<sup>6</sup>

Dem Verfasser ist ebenfalls bewusst, dass die Begriffe „westlich/östlich“, „Westen/Osten“, etc. zur Beschreibung eines politischen Raumes generalisierend und ungenau sind und je nach Standpunkt verschieden definiert werden können. Aktuelle geschichtswissenschaftliche Diskussionen, wie über den *spatial turn*, lassen solche Generalisierungen fragwürdig erscheinen.<sup>7</sup> Der Verfasser weist jedoch darauf hin, dass es sich hierbei um historische Begriffe handelt, die ausdrücklich als solche in dieser Arbeit verwendet werden. Dieses Vokabular entspricht dem Sprachgebrauch der während des Untersuchungszeitraumes beteiligten Akteure und ist auch in diesem Sinne zu verstehen.

---

<sup>6</sup> Vgl. Kapitel 2.1.2.

<sup>7</sup> Für weiterführende Informationen über Raumkonzepte und den *spatial turn* vgl. DÖRING, Jörg und Tristan THIELMANN (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2009, sowie DAMIR-GEILSDORF, Sabine et al. (Hg.): *Mental Maps – Raum – Erinnerung. Kulturwissenschaftliche Zugänge zum Verhältnis von Raum und Erinnerung*, Münster 2005.

## 2 Theoretische Überlegungen

### 2.1 Zivilgesellschaft – Konzepte, Akteure, Strategien

„What is ‘civil society’? For some years now, this rather odd-sounding category has been creeping into discussions of contemporary politics.”<sup>8</sup> Die Antwort auf die Frage, was Zivilgesellschaft eigentlich meint, scheint nicht sehr einfach zu geben zu sein. So wie David Ost weisen auch Dieter Gosewinkel et al.<sup>9</sup> und André Gerrits zunächst auf die inhaltliche Entwicklung hin, die diese Kategorie durchlaufen hat. Sie ist so vielschichtig, dass es unmöglich ist, sie anhand einer einzigen Definition zu erfassen. „Civil society is a rather ill-defined but often-used category. ‘Few social and political concepts have travelled so far in their life and changed their meaning so much.’”<sup>10</sup>

Als in den 1960er Jahren in vielen Städten Europas, Nord- und Mittelamerikas Bürgerbewegungen entstanden, die gegen ihre Regierungen protestierten, rückte die Theorie der Zivilgesellschaft wieder in den Mittelpunkt der intellektuellen Auseinandersetzungen, nachdem sie etwa ein Jahrhundert lang von geringem Interesse war. Doch bereits im späten 18., sowie Anfang des 19. Jahrhunderts wurde erstmals der Begriff *burglische Gesellschaft* (mittelhochdeutsch für: Bürgergesellschaft) verwendet, der sich auf das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Bürgern bezog. Karl Marx interpretierte das Konzept im Gegensatz dazu vor allem als Konflikt von Kapital und öffentlichem Interesse und wandte es vorwiegend auf die Analyse des ökonomischen Systems an.<sup>11</sup>

---

<sup>8</sup> OST, David: *Solidarity and the Politics of Anti-Politics, Opposition and Reform in Poland since 1968*, Philadelphia 1990, S. 19.

<sup>9</sup> Vgl. GOSEWINKEL, Dieter et al.: Einleitung. Zivilgesellschaft – national und transnational, in: GOSEWINKEL Dieter et al. (Hg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*, Berlin 2004, S. 11-26, S. 11.

<sup>10</sup> GERRITS, André: *The Failure of Authoritarian Change. Reform, Opposition and Geo-politics in Poland in the 1980s*, Aldershot 1990, S. 11.

<sup>11</sup> Für die Geschichte des Begriffs Bürgergesellschaft/Zivilgesellschaft siehe KOFLER, Leo: *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit*, Bd. 1

Dem heutigen Verständnis nach beinhaltet die Idee der Zivilgesellschaft soziale Interaktion von Individuen oder Gruppen, die sich in der Öffentlichkeit abspielt und gesellschaftspolitische Ziele verfolgt, sich allerdings vom politischen Handeln der Regierung abgrenzt. „The idea of civil society (...) was that private citizens, individuals not in government, had a legitimate role to play in the political life of their country. (...) Civil society is a public sphere of social interaction that has nothing to do with government.”<sup>12</sup> Damit dies möglich ist, setzt eine funktionierende Zivilgesellschaft nach Jürgen Habermas einen öffentlichen Raum, die so genannte „politische Öffentlichkeit“<sup>13</sup> voraus, in der die Bürger am öffentlichen Diskurs beteiligt sind. Bürger haben spezifische Interessen, z.B. als Arbeiter, Lehrer oder Journalisten. Damit die Interessen wahrgenommen werden können, müssen allen Bürgern politische Informationen frei zugänglich sein. Freie Presse und andere Medien, Schulen, Cafés und andere Versammlungsorte, an denen Ideen und Meinungen ausgetauscht werden können, sind deshalb ein wichtiger Bestandteil dieser politischen Öffentlichkeit nach Habermas.<sup>14</sup>

Diese ersten Ergebnisse sind bereits hilfreich, um sich dem Konzept der Zivilgesellschaft allgemein zu nähern. Für das Erkenntnisinteresse, das dieser Arbeit zugrunde liegt, führen sie allerdings nicht weit genug. Es ist nötig, den Erklärungsansatz stärker zu akzentuieren, um das Konzept für diese Arbeit brauchbar zu machen. Was bedeutete Zivilgesellschaft in West- und Osteuropa? Wie sahen 1980 jeweils die konkreten Ausprägungen des Konzepts in kapitalistischen und sozialistischen Staaten aus?

---

und 2, Berlin 1992 sowie FERGUSON, Adam: Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1986.

<sup>12</sup> OST, S. 21.

<sup>13</sup> HABERMAS, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1971, S. 45.

<sup>14</sup> Vgl. ebd.

## 2.1.1 Zivilgesellschaft und Kapitalismus – soziale Interaktion wider das marktrationale Handeln

„Civil society emphasises value-pluralism as opposed to a uniform conception of the Good.“

- James Martin<sup>15</sup>

Bisher wurde Zivilgesellschaft vor allem *bereichslogisch*<sup>16</sup> definiert, indem sie von staatlicher und Privatsphäre abgegrenzt wurde. Darüber hinaus wurde ihr ein Raum, die politische Öffentlichkeit nach Habermas, zugeordnet.

Gosewinkel et al. haben im Jahr 2003 eine *handlungslogische* Definition dieses Konzeptes unternommen. Dieser lag die Frage nach dem genauen Charakter des bereits erwähnten sozialen Handelns zugrunde. Wie unterscheidet sich soziale Interaktion in der Zivilgesellschaft von solcher in anderen gesellschaftlichen Bereichen? Nach Gosewinkel et al. zeichnet sich soziale Interaktion erstens durch Selbständigkeit und Selbstorganisation aus, womit nicht nur Individuen gemeint sind, sondern auch Gruppen und gemeinschaftliche Initiativen. Zweitens erkennt sie Vielfalt und Heterogenität an und ermöglicht somit Austausch und Diskussion. „Zur Zivilgesellschaft gehören immer der Plural und dessen Anerkennung.“<sup>17</sup> Drittens ist soziale Interaktion friedlich. Konflikte und Proteste in der Öffentlichkeit sind durchaus Teil zivilgesellschaftlichen Handelns, jedoch nur solche nicht-gewaltsamer und nicht-militärischer Art. Viertens ist ein Typus sozialen Verhaltens gemeint, „der zwar von den jeweils eigenen, spezifischen, partikularen Interessen und Erfahrungen der Einzelnen ausgeht, aber sich doch gleichzeitig auf allgemeinere Dinge bezieht, auf das allgemeine Wohl. (...) Damit steht in Verbindung, dass im Wort Zivilgesellschaft oft Zivilität mitschwingt.“<sup>18</sup>

---

<sup>15</sup> MARTIN, James: Post-structuralism, Civil Society and Radical Democracy, in: LITTLE, Adrian und Moya LLOYD (Hg.): The Politics of Radical Democracy, Edinburgh 2009, S. 92-111, S. 93.

<sup>16</sup> Die Begriffe „bereichslogisch“ und „handlungslogisch“ werden von GOSEWINKEL et al. verwendet.

<sup>17</sup> GOSEWINKEL et al., in: GOSEWINKEL et al., S. 11.

<sup>18</sup> Ebd.

In den westlichen Gesellschaften gewann dieses Konzept gegen Ende des 20. Jahrhunderts deswegen an Attraktivität, weil es für die besonderen Herausforderungen, die der Kapitalismus beinhaltet, alternative Handlungsmöglichkeiten bietet. Als Beispiel kann Deutschland dienen, wo aktuell ein Umbau des Sozialstaates stattfindet, weil dieser immer offensichtlicher an die Grenzen seiner Regulierungsfähigkeit stößt. Während die sozialen Sicherungssysteme von einer immer größer werdenden Zahl von Bürgern beansprucht werden müssen, ermöglicht die freie Wirtschaft abseits des staatlichen Einflusses den Reichtum einiger weniger. Zivilgesellschaftliches Handeln versucht an diesem Punkt, die „Zuständigkeitssphären der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilsysteme neu zu justieren.“<sup>19</sup>

Gleichzeitig ist solches Handeln aber auch als eine neue Art von Kapitalismuskritik zu verstehen. Ein so verstandener Handlungstyp befindet sich im Konflikt mit marktrationalem Handeln, das auf Gewinn- und Nutzenmaximierung ausgelegt ist. Dieser Aspekt scheint die innenpolitische Funktion westlicher Gewerkschaften im Jahre 1980 besonders gut darzustellen. Sie wahrten die Interessen der Arbeitnehmer, die im Zuge der Gewinnmaximierung von Unternehmen gegen Lohnkürzungen kämpften.

„Angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahrzehnten ein präzedenzloser Siegeszug des Kapitalismus zu erleben war, weltweit und als Kommerzialisierung bis in die innersten Bereiche des Lebens hinein, scheint der zivilgesellschaftliche Handlungstyp eine Alternative zu der Omnipräsenz und Übermacht der Märkte zu bezeichnen.“<sup>20</sup>

Theoretisch ermöglichen kapitalistische Demokratien jedem Einzelnen die Teilhabe an der politischen Öffentlichkeit. Jeder Mensch hat die Freiheit, eine Zeitung oder einen Radiosender zu gründen oder eine andere Idee zu verwirklichen. Es besteht jedoch eine Einschränkung dieser Freiheit, die durch das Kapital vorgenommen wird. Nur diejenigen, denen ausreichende finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung stehen, können solche Ideen auch tatsächlich realisieren. „More than the power of ideas (...), it is the power of money that

---

<sup>19</sup> Dies., S. 12.

<sup>20</sup> Dies., S. 13.

secures influence in the public sphere. The public sphere survives in a society dominated by the market – indeed, it does better than in the classic state socialist system – but it survives in an incomplete and unsatisfactory condition.”<sup>21</sup> An diese Kritik knüpft die Besorgnis westlicher Zivilgesellschaften an, dass die Individualisierung und Fragmentierung moderner kapitalistischer Gesellschaften immer weiter fortschreitet. In diesem Zusammenhang bietet zivilgesellschaftliche soziale Interaktion ein den „Gemeinsinn betonendes Gegenprogramm mit kommunitaristischen Elementen an.“<sup>22</sup>

Bei den zuletzt genannten Kritikpunkten lässt sich ein Rückschluss zu der bereits erwähnten Zivilität herstellen. Das besondere daran ist, dass diese Art von Zivilität keine politischen oder territorial definierten Grenzen besitzt, sondern den Fremden ausdrücklich einschließt.<sup>23</sup> Zivilgesellschaftliches Handeln setzt sich über Staatsgrenzen hinweg.

„Nationale’ Zivilgesellschaften [verlieren] nicht nur im Zuge sich verdichtender und beschleunigender Kommunikationen und Verflechtungen ihre Konturen. (...) Zivilgesellschaften waren und sind weder konzeptionell noch empirisch als nationale – und insofern auch territoriale – Entitäten bestimmbar. (...) Zivilgesellschaftliche Strukturen können (...) aufgrund ihrer institutionellen Verankerung innerhalb eines Staatsgebiets besonders ausgeprägt und stabil sein. Doch zeichnet sich Zivilgesellschaft als Konzept und Entwurf ihrer Akteure gerade dadurch aus, dass sie sich als unabgeschlossene, nicht durch Staatsgrenzen eingeschnürte Kommunikationssphäre etabliert. (...) Zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Praxen waren und sind somit ebenso transsozial wie translokal und transnational.“<sup>24</sup>

Versteht man also Zivilgesellschaft als einen offenen sozialen Raum jenseits jeglicher von Menschen konzipierter Grenzen, entsteht ein neuer Interpretationsansatz für die Fragestellung in Kapitel 1.2.2. Die westlichen Gewerkschaften wären somit Akteure einer transnationalen Zivilgesellschaft

---

<sup>21</sup> OST, S. 24.

<sup>22</sup> GOSEWINKEL et al., in: GOSEWINKEL et al., S. 13.

<sup>23</sup> Vgl. MARTIN, in: LITTLE und LLOYD, S. 109.

<sup>24</sup> GOSEWINKEL, Dieter und Dieter RUCHT: „History meets Sociology“: Zivilgesellschaft als Prozess, in: GOSEWINKEL et al., S. 29-60, S. 31.

gewesen, die die theoretische Verpflichtung hatten, einem anderen Mitglied die Teilnahme an selbiger, z.B. durch das Aufstellen von Forderungen und die Wahrnehmung eigener Interessen zu ermöglichen. Dass dieses Mitglied einer diametral unterschiedlichen Gesellschaftsform entspringt, wird im Zuge der Theorie unerheblich.

„Wer (...) öffentliche Freiheit im Rahmen eines symbolisch repräsentierten öffentlichen Raumes konzipiert, muß angeben können, ob und wie die Mitglieder der Zivilgesellschaft zu diesem Raum tatsächlich Zugang haben und ihn tatsächlich mit Leben erfüllen können. (...) Die wechselseitige Verpflichtung aller Mitglieder (...), eine öffentliche Sphäre zu schaffen, in der alle ihre Meinung äußern und Forderungen stellen können, schließt deshalb die Verpflichtung mit ein, allen die Teilnahme an den Diskussionen und Konflikten im öffentlichen Raum auch zu ermöglichen.“<sup>25</sup>

Ob und wie die westlichen Gewerkschaften ihre zivilgesellschaftliche Verpflichtung verstanden, wird in der Analyse in den Kapiteln 3.3 bis 3.6 deutlich werden. Es lässt sich allerdings bereits an dieser Stelle festhalten, dass es zu den Wünschen der Solidarność gehörte, an solch einer transsozialen, translokalen sowie transnationalen Zivilgesellschaft nach Gosewinkel und Rucht teilzuhaben.

In den Humanwissenschaften des 21. Jahrhunderts ist die Idee der Transnationalität von Zivilgesellschaften mittlerweile weit verbreitet.<sup>26</sup> Im Zuge der sich beschleunigenden Globalisierung und dem wachsenden Einfluss so genannter „Schwellenländer“ ist in Europa die Einsicht entstanden, sich stärker als zuvor über die staatliche Ebene hinaus zusammenzuschließen bzw. zu organisieren.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> RÖDEL, Ulrich et al.: Die demokratische Frage. Ein Essay, Frankfurt a.M. 1989, S. 182f.

<sup>26</sup> Vgl. ADLOFF, Frank: Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt a.M. 2005 sowie KNODT, Michèle und Barbara FINKE (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden 2005.

<sup>27</sup> Vgl. KAELBLE, Hartmut: Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft?, in: GOSEWINKEL et al., S. 267-284.

## 2.1.2 Die Funktion von Zivilgesellschaft in sozialistischen Staaten am Beispiel von NSZZ Solidarność

„*CRISIS* (from Greek): a serious breakdown in the process of economic growth in capitalism. Crisis is a phenomenon solely connected with the capitalist economies and does not occur in other socio-economic systems.”

- Übersetzt aus der *Encyklopedia Powszechna*<sup>28</sup>

Die Idee der Zivilgesellschaft wurde in sozialistischen Staaten vor allem durch Marx und Hegel beeinflusst. Die Wahrnehmung der Interessen Einzelner, wie sie unter anderem von Habermas beschrieben wurde, war nicht vorgesehen, stünden diese doch in krassem Gegensatz zu den Interessen des Staates. Sozialistische Regierungen versuchten, die Entstehung solcher Initiativen im Keim zu ersticken, um zum einen ihre Idee eines sozialistischen Staates durchzusetzen und zum anderen die eigene Macht nicht zu gefährden.<sup>29</sup>

In diesem Punkt unterschieden sich die Ziele der *civil society* in den osteuropäischen Gesellschaften 1980 grundlegend von denen der westlichen. Im Vordergrund stand der Einsatz für eine grundsätzliche politische Teilhabe. „Das Politische sollte dem Monopolanspruch des modernen Staates entrissen werden.“<sup>30</sup> Dies war eine Forderung, die im Westen bereits erfüllt war. Somit lassen sich auch unterschiedliche Entwicklungsstände der Zivilgesellschaften in Ost und West feststellen.

„The relationship between state socialism and independent civil society is necessarily hostile. If civil society is only a breeding ground for noxious particular interests, it needs to be suppressed, in order that universal interests can be achieved. (...) State socialism therefore aims to prevent the development of any independent civil society. It blocks such a development in the economy by nationalizing industry.”<sup>31</sup>

---

<sup>28</sup> Zit. nach GARTON ASH, S. 1.

<sup>29</sup> Vgl. GOSEWINKEL et al., S. 18f.

<sup>30</sup> HAHN, Hans Henning: „Civil society“, in: KOBLYŃSKA, Ewa et al. (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München 1992, S. 354-360, S. 355.

<sup>31</sup> OST, S. 29f.

Besonders in der Industrie, einer der wichtigsten Stützen des staatlichen Sozialismus, wäre die Existenz einer unabhängigen Zivilgesellschaft fatal gewesen. Diese Angst der Staatspartei hatte vor allem Auswirkungen auf die Rechte der Arbeiter. „Laborers, of course, still exist, but their right to independent representation is undercut by the myth that the proletariat, through the party, runs the state that employs them. (...) The demand for the reconstruction of civil society invariably becomes a radical one.”<sup>32</sup> Aufgrund der sozialistischen Propaganda, dass die Arbeiter die eigentlichen Machthaber ihres Staates seien und durch die Partei lediglich repräsentiert würden, konnte jeder Versuch der Arbeiterschaft, gegen die Bedingungen zu protestieren oder sich in unabhängigen Interessengruppen zu organisieren als Angriff gegen das eigene System gewertet werden. „Dans l’univers du communisme soviétique c’est une véritable révolution car, du coup, s’écroule le principal mythe (et en même temps le principal mensonge) sur lequel reposait le système communiste: la prétention du parti communiste à représenter les intérêts des ouvriers et, au-delà, de la société entière.“<sup>33</sup>

Auch die Streiks in Danzig 1980 wurden von den Parteifunktionären als solch ein Versuch gewertet. Vor den Toren der Lenin-Werft standen bereits Soldaten und Panzer in Stellung, die auf den Befehl zu stürmen warteten. Warum es zu solch einer Tragödie nicht kam, ist nicht Inhalt dieser Arbeit. Fakt ist jedoch, dass mit der Solidarność eine zivilgesellschaftliche Gruppierung innerhalb eines sozialistischen Staates entstand. Sie war ein neues Organ, das den gesamten Staatsapparat zu Verhandlungen, Kompromissen und allmählichem Wandel zwang. Zudem symbolisierte sie schon nach kurzer Zeit die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie in Polen, war Antrieb für oppositionelle Initiativen und vereinte viele Intellektuelle hinter sich und dem gemeinsamen Ziel des sozialen Wandels. Im Kontext der Solidarność bedeutete Zivilgesellschaft vor allem, sich von der Partei zu emanzipieren und eine neue Gesellschaft von mündigen Bürgern aufzubauen.

---

<sup>32</sup> Ders., S. 30.

<sup>33</sup> FRYBES, Marcin: Solidarność-CFDT. L’expérience d’un dialogue Est-Ouest, in: La Revue de la CFDT, Paris 1997, S. 9-26, S. 11f.

„This concept was (...) interpreted as the end of the party's monopoly of organization, initiative and political thought and language. (...) Society would be revitalized and transformed into groups of 'citizens', with the will and capacity to determine their own affairs without the tutelage of the infantilizing state.“<sup>34</sup>

Die ursprünglichen Motive der Solidarność sollten allerdings nicht vorschnell als gesellschaftspolitisch interpretiert werden. Die Politisierung der Gewerkschaft hat ohne Zweifel sehr schnell eingesetzt. Dennoch waren die unmittelbaren Ursachen für die Streiks in Polen weitaus weniger theoretischer Natur. Dazu kommt, dass man sich durchaus bewusst war, wie weit man gehen konnte, ohne alles zu verlieren. Besonders nachdem die Politisierung sehr weit fortgeschritten war, musste die Solidarność vorsichtig agieren. Trotz oder gerade wegen der radikalen Ablehnung des Kommunismus suchte sie Strategien des Kompromisses, um an ihre Ziele zu gelangen. Die Solidarność bezeichnete sich deshalb in den Anfangsjahren auch selbst als „self-limiting movement.“<sup>35</sup> Alain Touraine beschreibt ihr Dilemma passend.

„On the one hand, Solidarity is a movement which, by virtue of its aspirations, its strength, and the importance of the stakes, is not to be satisfied by partial reform of the system. But, on the other hand, the militants know that this global rejection of the system has its limits, which are mainly determined by the international situation of Poland. Solidarity is therefore obliged to have constant regard to this gap between its aspirations and the action which it can realistically undertake.“<sup>36</sup>

Man sah die Gefahren, die mit dem enormen Erfolg der Bewegung verbunden waren und konnte sich daher vorstellen, sich in friedlicher Koexistenz mit dem Staatsapparat zu ergänzen. „Die mächtige Volksbewegung würde der bisherigen Führung Außenpolitik, Sicherheitskräfte und Armee überlassen, im Grunde die Funktion einer Hülse. Vielleicht, so das Kalkül, würde dies dem Kreml genügen?“<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> SCHÖPFLIN, George: Politics in Eastern Europe, 1945-1992, Oxford 1993, S. 207.

<sup>35</sup> Vgl. TOURAINE, Alain: Solidarity. The analysis of a social movement: Poland 1980-1981, Cambridge 1982, S. 64.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> BORODZIEJ, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 365.

Trotz dieser notwendigen Einschränkungen ist die Solidarność ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, warum die Existenz einer Zivilgesellschaft in sozialistischen Staaten von den Machthabern nicht vorgesehen war. Der ausdauernde Einsatz der polnischen Streikenden für Versammlungsfreiheit, Streikrecht und Anerkennung autonomer Gewerkschaften hat „den Führungsanspruch der Staatspartei und ihre Verfügungsgewalt über die polnische Gesellschaft“<sup>38</sup> beschädigt. Die Legitimität eines Ein-Parteien-Staates wird durch die Existenz von selbst organisierten Gruppierungen *ad absurdum* geführt und seiner Existenzgrundlage beraubt. „The rebirth of civil society would make the state unable to realize its objectives, would make its power unworkable and obsolete.“<sup>39</sup>

Folgt man diesen Thesen, trug der Erfolg der Solidarność letztlich einen großen Teil zum Scheitern des staatlichen Sozialismus bei. Der polnische Intellektuelle Adam Michnik, der mehrmals wegen seiner politischen Untergrundaktivitäten inhaftiert wurde, bemerkte dazu in einem seiner vielen in Gefangenschaft entstandenen Aufsätze, dass es der Solidarność nie um die Erlangung der Macht ging. Die Mitglieder hätten im Gegenteil ein tiefes Misstrauen gegenüber politischer Macht gespürt.<sup>40</sup> Michniks Idee eines funktionierenden Staates war von Selbstkontrolle geprägt. „I believe that the leading idea of Solidarity is to achieve a Self-Governing Republic and not to seize power.“<sup>41</sup>

---

<sup>38</sup> RÖDEL, S. 98.

<sup>39</sup> GERRITS, S. 12.

<sup>40</sup> Vgl. MICHNIK, Adam: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, Berlin 1985, S. 29.

<sup>41</sup> MICHNIK, Adam: Letters from Prison and other Essays, London 1985, S. 90.

## ***2.2 Der äußere Kontext – der Ost-West-Konflikt im Zeichen von Helsinki und Madrid***

“The logic of previous (descending) formation is unable to explain fully the manner and pace of its passage to a new formation. For this change is not merely the cumulation of a sequence of evolutionary transformations but is something that is taking place by leaps. Chance and a special tangle of historical circumstances are just as important here as the dynamics of the contradictions of the waning formation.”

- Jadwiga Staniszkis, *The Ontology of Socialism*<sup>42</sup>

Die Streiks auf der Danziger Lenin-Werft sowie die spätere Formierung der freien Gewerkschaft Solidarność in Polen fanden während der Phase statt, die von Helene Sjursen als „Zweiter Kalter Krieg“ bezeichnet wird und in der die Spannungen in den Beziehungen zwischen Ost und West Ende der 1970er Jahre wieder anstiegen, nachdem es während der zehn Jahre davor bereits zu einer Entspannung gekommen sei. Die Verhängung des Kriegsrechts habe die politischen Beziehungen vorerst auf den Nullpunkt gebracht.<sup>43</sup>

### *Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki, 1973-1975*

Zu der zwischenzeitlichen Phase der Entspannung konnte es deshalb kommen, weil nach der Kubakrise 1962 verstärkt Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten einsetzten.<sup>44</sup> Diese Bemühungen weiteten sich schnell auf Europa aus, wo sich der Ost-West-Konflikt am plastischsten darstellte und gipfelte schließlich in dem Abschlussdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki, das am 1. August 1975 von 35 Staats- und Regierungschefs aus beiden Teilen

---

<sup>42</sup> Zit. nach STANISZKIS, Jadwiga: *The Dynamics of the Breakthrough in Eastern Europe. The Polish Experience*, Berkeley 1991, <http://ark.cdlib.org/ark:/13030/ft4g50067w/>, S. 1.

<sup>43</sup> Vgl. SJURSEN, Helene: *The United States, Western Europe and the Polish Crisis. International Relations in the Second Cold War*, New York 2003, S. 3.

<sup>44</sup> Vgl. SCHLOTTER, Peter: *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution*, Frankfurt a.M. 1999, S. 48.

Europas, den USA und Kanada im Beisein ihrer Außenminister unterzeichnet wurde. „Mit der feierlichen Unterzeichnung dieses Dokuments (...) verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten (...) zu einem Kompromiss, von dem sich alle Beteiligten einen Vorteil versprechen konnten.“<sup>45</sup> Im Folgenden soll kurz dargestellt werden, wie dieser Kompromiss inhaltlich gefüllt wurde.

Es gab drei Themenbereiche, so genannte Körbe, die Gegenstand der gemeinsamen Willenserklärung der Teilnehmerstaaten waren: Korb I betraf Fragen der Sicherheit in Europa. Man verpflichtete sich unter anderem zum Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt, die Beachtung der Unverletzbarkeit der Grenzen und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.<sup>46</sup>

Korb II beinhaltete die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt. „Im Bewusstsein der Unterschiede ihrer wirtschaftlichen und sozialen Systeme [und] unter gebührender Beachtung des unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes“<sup>47</sup> sollte in den eben genannten Bereichen eine verstärkte Zusammenarbeit stattfinden.

Korb III, der die Zusammenarbeit in humanitären Angelegenheiten regeln sollte, ist im Hinblick auf die Solidarność besonders wichtig. Bereits mehrere Jahre, bevor es zu den Streiks in Polen kam, setzten sich vor allem die westeuropäischen Staaten für diesen Korb ein, da er neben einer umfassenderen Informationsübermittlung zwischen den Teilnehmerstaaten auch „den Grundstein für ein Mitspracherecht hinsichtlich der Achtung der persönlichen Freiheit und der Menschenrechte in den Ostblockstaaten, hauptsächlich im Umgang mit Dissidenten“<sup>48</sup> legte. Darüber hinaus wollten die Westeuropäer Rahmenbedingungen für mehr kulturellen Austausch schaffen, vermehrte

---

<sup>45</sup> MIARD-DELACROIX, Hélène: Im Zeichen der europäischen Einigung. 1963 bis in die Gegenwart, Darmstadt 2011, S. 82.

<sup>46</sup> Vgl. die Schlussakte der Konferenz von Helsinki 1975, in: Österreichisches Helsinki-Komitee (Hg.): KSZE. Die Abschlusdokumente der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Helsinki 1975 und der Nachfolgekonferenzen Belgrad 1978 und Madrid 1983, Wien 1984, S. 26-32.

<sup>47</sup> Schlussakte der Konferenz von Helsinki 1975, S. 40.

<sup>48</sup> MIARD-DELACROIX, S. 82.

Kontakte zwischen Einzelpersonen besonders bei Familienzusammenführungen ermöglichen und humanitäre Probleme beseitigen.<sup>49</sup>

Ohne es vorausgesehen haben zu können, wurden die in Korb III festgehaltenen Abmachungen schon 1980 und besonders 1981 zur Grundlage der westlichen Forderungen gegenüber der polnischen Militärregierung. Auch politische Oppositionelle konnten sich darauf berufen. Man hatte ein Instrument in der Hand, mit dem man politischen Druck ausüben konnte, weil auch die Sowjetunion und Polen zu den Teilnehmerstaaten der KSZE gehörten. Dies stärkte in der Folge etwa die Kritik an der Verhängung des Kriegsrechts und erschwerte darüber hinaus die Anwendung von Gewalt in Polen.

Möglich wurde dieser diplomatische Erfolg nur deshalb, weil man Korb III unter den Teilnehmern des Ostblocks aber vor allem in Polen lediglich für ein Zugeständnis an den Westen hielt und die Möglichkeiten, die daraus entstehen konnten, nicht abzusehen vermochte. Es „dominierte die Auffassung, die Forderungen der westlichen Staaten nach Einbeziehung der ‚menschlichen Dimension‘ als integralen Bestandteil des KSZE-Gesamtpakets in Kauf nehmen zu können. Die Vorteile schienen die Nachteile (...) aufzuwiegen.“<sup>50</sup> Besonders für den polnischen Staatsapparat schienen die Vorteile von Korb I auf der Hand zu liegen. „Die Haupterrungenschaft lag für die Partei [PZPR] (...) in der (...) Anerkennung des status quo. (...) Für Polen waren dabei einzelne Punkte wie die Unverletzbarkeit der Grenzen angesichts seiner besonderen historischen Erfahrung und des Fehlens eines Friedensvertrags von besonderer Bedeutung.“<sup>51</sup> Der stellvertretende polnische Außenminister Jozef Winiewicz betonte in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 26. November 1971 die „Verpflichtung der Unterzeichner, (...) die bestehenden Staatsgrenzen anzuerkennen und zu respektieren [und] an der Nichteinmischung in die inneren

---

<sup>49</sup> Vgl. Schlussakte der Konferenz von Helsinki 1975, S. 73-99.

<sup>50</sup> DEHNERT, Gunter: „Eine neue Beschaffenheit der Lage“. Der KSZE-Prozess und die polnische Opposition 1975-1989, in: ALTRICHTER, Helmut und Hermann WENTKER (Hg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, S. 87-98, S. 88.

<sup>51</sup> Ders., S. 87f.

Angelegenheiten anderer Staaten festzuhalten.“<sup>52</sup> Der Ausbau der menschlichen Kontakte stand nicht auf der Agenda des stellvertretenden Außenministers.

Dass die Inhalte von Korb III derart gering geschätzt wurden, sollte sich aus Sicht des polnischen Staatsapparates bald rächen. Etwa ein Jahr nach der Unterzeichnung des Abschlussdokuments in Helsinki gründete sich in Polen das KOR, das sich unter Berufung auf die Zugeständnisse in Korb III als „Teil der internationalen Helsinki-Bewegung [sah und] sich explizit zu der Idee der Zivilgesellschaft“<sup>53</sup> bekannte. Die große internationale Aufmerksamkeit, die den Ergebnissen in Helsinki zuteilwurde, ermutigte oppositionelle Kräfte in Polen und in den übrigen Staaten des Warschauer Pakts, für Menschen- und Bürgerrechte einzutreten.

Entgegen der gewohnten Reaktionen sozialistischer Führungen auf solche Versuche politischer Teilhabe, zeichneten sie sich dieses Mal durch eine auffällige Zurückhaltung aus. Das Ausbleiben repressiver Maßnahmen ist auch mit den Verpflichtungen zu erklären, die in Helsinki eingegangen und während der Folgekonferenzen in Belgrad und Madrid überprüft wurden. „Die Angst, in Belgrad oder Madrid ins Kreuzfeuer der Kritik zu geraten, gewährte der Opposition im Inland die Freiräume, die sie zur Verwirklichung ihrer weitreichenden Überlegungen dringend benötigte.“<sup>54</sup>

### *Die Folgekonferenz der KSZE in Madrid, 1980-1983*

Das Folgetreffen von Madrid fand unter keinen guten Vorzeichen statt, da sich die internationalen Spannungen weiter verschärften. Die Sowjetunion hatte auf dem afrikanischen Kontinent gegen Ende der 1970er Jahre einige politische Erfolge zu verzeichnen, da z.B. in Mosambik und Äthiopien kommunistische, bzw. marxistische Regime die Macht übernahmen. Die größte Provokation für die USA stellte jedoch die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979 dar. Dieses Ereignis veranlasste Präsident Jimmy Carter zu wirtschaftlichen Sanktionen, sowie der

---

<sup>52</sup> Zit. nach JACOBSEN, Hans-Adolf et al. (Hg.): Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation, Köln 1973, D103, S. 347-355, S. 350.

<sup>53</sup> DEHNERT, in: ALTRICHTER und WENTKER, S. 93.

<sup>54</sup> Ders., S. 91.

Unterstützung der islamischen afghanischen Rebellen. Die Mannschaft der USA wurde 1980 von den Olympischen Sommerspielen in Moskau zurückgezogen. Darüber hinaus wurden die SALT II-Pläne zur Verringerung der Ausgaben für strategische Waffen von Carter ausgesetzt und eine Steigerung der Rüstungsausgaben um 5% beschlossen.<sup>55</sup> Die Beziehungen beider Staaten befanden sich zu diesem Zeitpunkt wieder auf dem kritischsten Niveau seit der Kubakrise.

Als kurz darauf das Kriegsrecht in Polen ausgerufen wurde, stellten vor allem die USA die Frage nach dem weiteren Sinn der Existenz der Konferenz, da durch dieses Ereignis alle Abmachungen der Schlussakte von Helsinki verletzt worden seien.

„Innerhalb des westlichen Bündnisses kam es zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen seien. Die europäischen NATO-Staaten, voran Bonn, (...) sprachen sich für die Beibehaltung des Madrider Forums aus. Demgegenüber neigte die amerikanische Seite zu einer mehrmonatigen Vertagung, wenn nicht sogar zum Abbruch der Konferenz.“<sup>56</sup>

Durch die „machtpolitische Interpretation des Konflikts mit der Sowjetunion“<sup>57</sup> fühlten sich die USA veranlasst, ein Zeichen eigener Stärke zu setzen und auch die europäischen Verbündeten zu einem konsequenteren Auftreten zu drängen.<sup>58</sup> Es war also nicht nur ein Konflikt zwischen Ost und West auszumachen, sondern auch innerhalb des westlichen Bündnisses.

Trotz dieser erschwerten Bedingungen fand die Konferenz in Madrid statt, da man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen konnte. Es ging um die Vermeidung eines neuen Kalten Krieges. Da sich alle Seiten der „Gefährlichkeit, Sinnlosigkeit und Kostspieligkeit eines Kalten Krieges bewußt

---

<sup>55</sup> Vgl. SJURSEN, S. 3.

<sup>56</sup> BREDOW, Wilfried von: Der KSZE-Prozess. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts, Darmstadt 1992, S. 91f.

<sup>57</sup> SCHLOTTER, S. 77.

<sup>58</sup> Für eine differenzierte Darstellung der Sichtweisen einzelner Teilnehmerstaaten bezüglich des KSZE-Folgetreffens in Madrid vgl. VOLLE, Hermann und Wolfgang WAGNER: Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa, Bonn 1984.

waren, waren sie darauf bedacht, den Konflikt nicht ausufern zu lassen.<sup>59</sup> Das folgende Zitat des britischen Historikers Norman Davies verdeutlicht, wie real die Gefahr eines militärischen Eingreifens der Sowjetunion während der Existenz von Solidarność tatsächlich war.

„In einer Welt, deren prekäres Überleben im Schatten der Atombombe stand, hatten (...) alle internationalen Krisen eine Tendenz zur Zuspitzung angenommen, wie man sie früher nicht gekannt hatte. Gewiß fand niemand Vergnügen daran, das Gespenst eines Atomkriegs heraufzubeschwören, aber die Polen hatten, obwohl ihre Methoden immer gewaltlos waren, einen Gegner gereizt, dem man alles nachsagen konnte, nur nicht Zimperlichkeit.“<sup>60</sup>

Dass die Möglichkeit einer nuklearen Katastrophe in den Köpfen der Konferenzteilnehmer noch immer präsent war, beweisen die Gespräche über Kernwaffen und Rüstungskontrolle auf der Madrider Konferenz.<sup>61</sup> Obwohl dieses Folgetreffen mehrmals am Rande des Abbruchs stand und nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen nur durch diplomatische Kunstgriffe, wie das Anhalten der Uhren, am Leben gehalten werden konnte, war es zeitweise das einzige Forum, in dem sich Ost und West noch verständigten.<sup>62</sup>

Besonders für die Ziele der Solidarność wurden in Madrid noch wichtige Beschlüsse getroffen, die teilweise über die Schlussakte von Helsinki hinausgingen. „Den Arbeitern wird das Recht garantiert, Gewerkschaften frei einzurichten und den Gewerkschaften wird das Recht auf freie Ausübung ihrer Tätigkeiten und auf Verbindung mit anderen Gewerkschaften gewährleistet.“<sup>63</sup> Hierfür wurde explizit festgehalten, dass „Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung der obigen Ziele ihrer Zusammenarbeit beizutragen.“<sup>64</sup> Diese wichtige

---

<sup>59</sup> MATES, Leo: Von Helsinki nach Madrid und zurück. Der KSZE-Prozeß im Schatten der Ost-West-Beziehungen, in: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik, 38. Jahrgang, Folge 21, Bonn 1983, S. 659-666, S. 660.

<sup>60</sup> DAVIES, Norman: Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2002, S. 408.

<sup>61</sup> Vgl. MATES, S. 661.

<sup>62</sup> Vgl. SCHLOTTER, S. 79.

<sup>63</sup> MATES, S. 666.

<sup>64</sup> Ebd.

Forderung erinnert an das Konzept von Zivilgesellschaft, wie es in dieser Arbeit entwickelt wurde.<sup>65</sup> In beiden Teilen Europas sollten sowohl die staatliche als auch die Privatsphäre die Entstehung von Gewerkschaften ermöglichen.

Für die *Solidarność* stellten die KSZE-Dokumente von Helsinki und Madrid einen Referenzrahmen dar, innerhalb dessen sie ihre Rechte geltend machen konnte und der ihr die Legitimität ihrer Forderungen bescheinigte. „Die Bedeutung der Schlußakte liege vor allem in der Institutionalisierung des Ost-West-Konflikts sowie darin, daß die Bevölkerung in Osteuropa sich auf die in ihr niedergelegten Vereinbarungen berufen könne.“<sup>66</sup> In Westeuropa hoffte man, ähnlich wie *Solidarność*, auf die normative Wirkung des KSZE-Prozesses. „Die KSZE entwickelte mit ihren regelmäßig stattfindenden Konferenzen, Expertentagungen und Konsultationstreffen eine große formale Kraft. Zusammen mit der normativen Wirkung der Helsinki-Akte brachte diese Verstetigung der Konferenzdiplomatie (...) einen europäischen Ordnungsrahmen hervor.“<sup>67</sup>

---

<sup>65</sup> Vgl. Kapitel 2.1.

<sup>66</sup> Der deutsche Staatssekretär Walther Gehlhoff im Oktober 1976, zit. nach PETER, Matthias: Konferenzdiplomatie als Mittel der Entspannung. Die KSZE-Politik der Regierung Schmidt/Genscher 1975-1978, in: ALTRICHTER und WENTKER, S. 15-28, S. 21.

<sup>67</sup> Ders., S. 28.

### 3 Hauptteil – Analyse des *inneren* Kontextes

#### 3.1 Exkurs: Die historische Signifikanz Polens in Europa

„Europas Rheumatismus“

- Aristide Briand<sup>68</sup>

„Der Kopfschmerz der Welt“

- Theodore Roosevelt<sup>69</sup>

Bereits seit vielen hundert Jahren ist Polen Ziel politischer Kommentare von Politikern und Intellektuellen aus dem Ausland gewesen. Dabei überwogen die Polonophoben zumeist deutlich die Polonophilen. Die Aussage Alphonse Lamartines „Wir lieben Polen (...) doch am meisten lieben wir Frankreich“<sup>70</sup> darf hierbei schon als Kompliment angesehen werden. Weitaus verbreiteter schien es zu sein, abstruse Meinungen über den Charakter dieses Staates oder dessen Zugehörigkeit zu Europa zu verbreiten: „Polen muß als auf dem Mond liegend betrachtet werden“, bzw. „Das Schicksal Polens könne nur einer verwahrlosten, zerfallenen, desorganisierten, unwissenden und irreligiösen Gesellschaft zustoßen.“<sup>71</sup> Die beiden Auftaktzitate Aristide Briands und Theodore Roosevelts belegen, dass Polen von westlichen Staatspräsidenten sogar das zweifelhafte übernatürliche Talent zugeschrieben wurde, nicht nur Europa sondern auch die Welt mit allerlei unangenehmen Krankheiten infizieren zu können. Diese wenig schmeichelnden Aussagen wurden wohlgemerkt noch während des 20. Jahrhunderts getätigt.

---

<sup>68</sup> Ministerpräsident und Außenminister Frankreichs (\*1862 †1932), zit. nach DAVIES 2002, S. 390.

<sup>69</sup> Präsident der USA (\*1858 †1919), zit. nach ebd.

<sup>70</sup> Französischer Schriftsteller, Dichter und Politiker (\*1790 †1869), zit. nach ders., S. 384.

<sup>71</sup> Richard Cobden, britischer Unternehmer und Schriftsteller (\*1804 †1865), zit. nach ebd. Für weitere historische Aussagen über Polen vgl. ders., S. 384-387;390.

Zieht man die hier angedeuteten und an weiteren Stellen zu findenden Stereotype über Polen<sup>72</sup> in Betracht, erscheint die Feststellung naheliegend, dass – unabhängig von der Epoche – die Gruppe der Skeptiker gegenüber diesem Staat weitaus größer sein musste, als die der Befürworter. Auf das Thema dieser Arbeit Bezug nehmend ergibt sich daraus die Frage, warum man sich im Westen 1980/81 überhaupt für eine Krise in dem Staat interessierte, der seit jeher um seine Existenzberechtigung in Europa kämpfen musste und im besten Fall an dessen Peripherie, wahrscheinlicher aber auf dem Mond zu liegen schien. Besonders vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts stellt sich folgende Frage: „Why were the Western allies so bothered about a struggle in the enemy camp?“<sup>73</sup>

Zur Beantwortung dieser Frage soll eine Geschichte dienen, die mehr als vier Jahre vor der Ausrufung des Kriegszustands in Polen geschrieben wurde, als die Entstehung der Solidarność noch nicht abzusehen war:

„Im Jahr 1977, mehrere Jahre vor der Entstehung der ‚Solidarität‘, schrieb ein britischer General a.D. eine futuristische Fiktion über den ‚Dritten Weltkrieg‘. Den Anfang der Kette der Ereignisse verlegte er nach Polen, wo Arbeiterunruhen eine sowjetische Invasion nach sich zogen; der Vormarsch einer beträchtlichen sowjetischen Streitmacht in Richtung Westen weckte bei der NATO Besorgnisse, und Zwischenfälle an der vordersten Front in Deutschland lösten dann den allgemeinen Weltenbrand aus. Man muß die Spekulationen des (...) Generals nicht im einzelnen akzeptieren, um zu erkennen, daß Polen nicht ein bedeutungsloses mythisches Ruritanien ist, das uns nichts angeht. Polen liegt (...) im Zentrum der europäischen Angelegenheiten. Es ist mehr als die meisten anderen Länder ein Stück des Kontinents, ein Teil des Ganzen, und seine Probleme sind imstande, die ganze Welt in Probleme zu stürzen.“<sup>74</sup>

---

<sup>72</sup> Für eine Auswahl weiterführender Literatur speziell zu deutsch-polnischen Stereotypen siehe ZIENTARA, Włodzimierz: Stereotype Meinungen über Polen in deutschsprachigen Druckwerken des 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts, in: HAHN, Hans Henning (Hg.): Stereotyp, Identität, Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen, Frankfurt a.M. 2002, S. 175-185; ORŁOWSKI, Hubert: „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996; SZAROTA, Thomas: Stereotype und Konflikte. Historische Studien zu den deutsch-polnischen Beziehungen, Osnabrück 2010.

<sup>73</sup> SJURSEN, S. 1.

<sup>74</sup> DAVIES 2002, S. 395.

Polen ist und war immer ein wesentlicher Bestandteil Europas und seine Stabilität Vorbedingung für die Sicherheit des Kontinents. Das scheinen auch die westlichen Gesellschaften 1980 erkannt zu haben. Doch aus welchen Motiven handelten die Beteiligten? Wie groß war das moralische Spannungsverhältnis zwischen der eigenen Sicherheit und der Freiheit der anderen? Diejenigen, deren Angst vor einer gesamteuropäischen Krise ihre Entscheidungen dominierte, waren bereit anzuerkennen, dass die grundlegenden Werte westeuropäischen Selbstverständnisses – Menschenrechte, Demokratie und staatliche Souveränität – der Friedenswahrung untergeordnet werden müssten. „Zum Wohle des Friedens auf dem ganzen Kontinent sollte sich das östliche Europa einem System aus Diktatur und äußerer Gewalt beugen und lediglich hoffen dürfen, daß es sich irgendwann einmal langsam vom Kopf her wandeln könnte.“<sup>75</sup> Aus politischem Kalkül heraus nahmen die Skeptiker ein Scheitern der Freiheitsbewegung Solidarność in Kauf, obwohl sie sich für die Werte einsetzte, die in Westeuropa schon existierten und auf die man so stolz war.

Das Dilemma in Westeuropa lautete also: „Did the Western states have a responsibility towards the striking workers in Poland? Or did the tradition of sovereignty and non-intervention free them from responsibility other than protecting their own security?“<sup>76</sup> Für die westlichen Regierungen waren die Nichteinmischung und die Staatssouveränität gewichtige Argumente, die bei einer Reaktion auf die Entstehung der Solidarność berücksichtigt werden mussten. Die westlichen Gewerkschaften konnten diese Fragen für sich jedoch eigenständig beantworten.

---

<sup>75</sup> HOLZER, Jerzy: Polen und Europa. Land, Geschichte, Identität, Bonn 2007, S. 87.

<sup>76</sup> SJURSEN, S. 29.

### ***3.2 Die Relevanz der Entspannungspolitik im Westen***

„Ich identifiziere mich mit denen, die ein Gefühl existenzieller Bedrohung haben:

Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

- Willy Brandt, 1981<sup>77</sup>

Aus der historischen Signifikanz Polens in Europa erwächst eine gewisse Tragweite aller Entscheidungen, die diesen Staat betreffen. Innerhalb des mehrfach beschriebenen Kontextes gewinnen diese Entscheidungen zusätzlich an Brisanz. Die Gewichtung der Entspannungspolitik im Hinblick auf die Haltung der westlichen Gewerkschaften gegenüber Solidarność ist daher der erste wichtige Aspekt, den es zu untersuchen gilt. Während die Frage der Entspannung etwa in Frankreich für die Gewerkschaften einen weitaus niedrigeren Stellenwert hatte, als für die Regierung und deshalb auch in den gewerkschaftsinternen Debatten nicht wahrgenommen werden kann, war es in Deutschland ein gesamtgesellschaftliches Thema und beeinflusste die Entscheidungsfindungen des DGB maßgeblich.

#### *Bundesrepublik Deutschland*

Seit Mitte der 1960er Jahre beruhten die Kontakte des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nach Osteuropa auf Beschlüssen der Bundeskongresse, auf denen sich für eine Einhaltung der von der Bundesregierung verfolgten Entspannungspolitik ausgesprochen wurde.<sup>78</sup> Damit folgte der DGB in den wesentlichen Punkten der Außenpolitik der sozial-liberalen

---

<sup>77</sup> SPD-Bundesvorsitzender, Außenminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (\*1913 †1992), zit. nach ROTHER, Bernd: Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: BOLL, Friedhelm und Krzysztof RUCHNIEWICZ (Hg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220-264, S. 221.

<sup>78</sup> Vgl. BÉGIN, Natalie: Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 45, Bonn 2005, S. 293-324, S. 294.

Koalition<sup>79</sup> und sah seine Aktivitäten als begleitendes Element dieser an.<sup>80</sup> Für Heinz Oskar Vetter, den damaligen Vorsitzenden des DGB, besaß die Verständigung mit den Gewerkschaften in Osteuropa besondere Priorität, auch wenn er sich darüber im Klaren war, dass die dortigen staatlichen Schwesterorganisationen einer diametral unterschiedlichen Gesellschaftsordnung entstammten und daher eine andere Funktion einnahmen.

„Wem es mit der Entspannung so ernst wie den Gewerkschaftern ist, muß seine Gesprächspartner akzeptieren, wie sie sind. Die in Europa seit 1945 entstandenen politischen Realitäten sind anzuerkennen. (...) Für uns Gewerkschafter gibt es keine Alternative zur Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft mit den Staaten Osteuropas.“<sup>81</sup>

In einem Sonderheft der Gewerkschaftlichen Monatshefte über die Ereignisse in Polen schreibt Vetter in einem Rückblick weiterhin, dass die Entspannungspolitik auch im Hinblick auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik eine wichtige Voraussetzung dargestellt habe. „Besonders in den Beziehungen zu Polen ging es uns in Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung um Aussöhnung mit dem ganzen Volk.“<sup>82</sup>

Darüber hinaus hielt er diese Strategie in Zeiten des Kalten Krieges und der Gefahr, die von den nuklearen Waffenarsenalen ausging, für friedenssichernd. Einen Bestandteil dieser friedenssichernden Maßnahmen habe die Aufrechterhaltung der eben erwähnten Beziehungen zu den offiziellen Arbeitnehmerorganisationen in Osteuropa dargestellt.<sup>83</sup> In Bezug auf die Solidarność sollte daher von öffentlich proklamierter Unterstützung abgesehen

---

<sup>79</sup> Vgl. ŚWIDER, Małgorzata: Das Informationsbüro der Solidarność in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, Bd. 7, 2009, S. 203-216, S. 207.

<sup>80</sup> Vgl. KRISTOFFERSEN, Erwin: Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen, in: PLUM, Werner (Hg.): Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 75-80, S. 76f.

<sup>81</sup> VETTER, Heinz O.: Internationale Gewerkschaftspolitik als Einheit, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 6, 17. Jahrgang, Bonn/Bad Godesberg 1970, S. 770-775, S. 772.

<sup>82</sup> Ders.: Solidarität mit Solidarność, in: Gewerkschaftliche Monatshefte. Sonderheft Polen, 33. Jahrgang, Köln 1982, S. 2-9, S. 4.

<sup>83</sup> Vgl. ders., S. 3f.

und Hilfe nur auf so genannten stillen Kanälen übermittelt werden.<sup>84</sup> Zieht man an dieser Stelle die italienische Gewerkschaftsföderation zum Vergleich heran, so wird zum ersten Mal deutlich, welche völlig unterschiedliche Schlüsse aus ein und derselben Überzeugung gezogen werden können.

### *Italien*

Die drei Gewerkschaften *Confederazione Generale Italiana del Lavoro* (CGIL), *Confederazione Italiana Sindacati dei Lavoratori* (CISL) und *Unione Italiana del Lavoro* (UIL) waren genau wie der DGB der Überzeugung, dass die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen das oberste Ziel aller Beteiligten sein musste, um das Wettrüsten der beiden Großmächte USA und Sowjetunion zu beenden. Auf einer gemeinsamen Konferenz appellierten sie an die europäischen Staaten, „einen umfassenden Prozess der gemeinschaftlichen Integration in Gang zu setzen, damit das geeinte Europa in der Lage ist, (...) eine unabhängige, aktive Rolle in den Bemühungen um Entspannung [und] Frieden (...) [zu] übernehmen.“<sup>85</sup> Die Konsequenz, die sie daraus zogen, unterschied sich allerdings deutlich von der Vorgehensweise des DGB. Die italienische Konföderation entsandte die drei Generalsekretäre ihrer Einzelgewerkschaften zu einem Kongress der *Solidarność* im September 1981 und machte dort ihre Überzeugung deutlich, dem Erfolg der polnischen Arbeiterbewegung eine hohe Priorität beimessen zu wollen.

„The joint federation stepped into the limelight again during the first *Solidarność* congress (...), sending a high-ranking delegation which included the three general secretaries Luciano Lama (CGIL), Pierre Carniti (CISL), and Giorgio Benvenuto (UIL), all of whom delivered a speech. Their presence testified their militant solidarity and the conviction that the democratization of an important country like Poland could contribute to

---

<sup>84</sup> Vgl. ŚWIDER, Małgorzata: Zwischenmenschliche Brücken. Deutsche „Hilfe für *Solidarność*“ als Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen in den achtziger Jahren, ohne Jahresangabe, <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a09-05236-swider.pdf>, S. 234f.

<sup>85</sup> „Die Gewerkschaftsorganisationen in Italien“, Gewerkschaftsinformationen der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel ohne Jahresangabe, S. 26f.

the détente and reduce the risks of conflict resulting from the arms race between the great powers.”<sup>86</sup>

Die italienischen Gewerkschaften interpretierten Entspannungspolitik also nicht als diplomatische Zurückhaltung. Ohne Angst vor entsprechenden Reaktionen aus Warschau oder Moskau schickten sie ihre prominentesten Vertreter zu den Streikenden nach Danzig. Der DGB konnte diese Ansichtswiese nicht teilen und war deshalb bei der öffentlichen und lautstarken Unterstützung der polnischen Streikenden vorsichtig. Dort und innerhalb der westdeutschen Linken waren Stimmen zu vernehmen, die die Legitimität der Existenz von Solidarność zwar nicht verneinten, jedoch aus Angst vor einem Ende der Entspannung auch ihr Scheitern in Kauf genommen hätten. Diese wurden vor allem nach der Verhängung des Kriegsrechts laut.<sup>87</sup>

### USA

Die Bewertungen der Entspannungsbemühungen in Deutschland und Italien fielen in den USA relativ eindeutig aus. Die von der Regierung ohnehin als Probezeit angesehene Phase der Entspannungspolitik wurde intern spätestens mit dem sowjetischen Eingreifen in Afghanistan im Jahr 1979 für beendet erklärt. „Polen war von Washington ganz klar zum Testfall für die weiteren sowjetischen Absichten erhoben worden.“<sup>88</sup> Noch mehr als die Regierung lehnte der US-amerikanische Gewerkschaftsbund *American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO) eine friedliche Annäherung mit den Staaten des Ostblocks ab. Erstens zeichnete sich die AFL-CIO durch eine rigide

---

<sup>86</sup> CAVALLUCCI, Sandra und Nino DE AMICIS: Italy. Diversity within United Solidarity, in: GODDEERIS, Idesbald: Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980-1982, Lanham 2010, S. 75-100, S. 79.

<sup>87</sup> Die Diskussion, ob die Solidarność mit ihren Forderungen zu weit gegangen sei und ob daher das Kriegsrecht als geringeres Übel angesehen werden müsse, wuchs verstärkt nach dem 13. Dezember 1981 an. Vgl. Kapitel 3.6.1.

<sup>88</sup> DAVIES 2002, S. 407.

antikommunistische Einstellung aus und befürchtete eine Verschwörung.<sup>89</sup> Zweitens vertrat sie auch diejenigen Arbeiter, die in der Rüstungsindustrie arbeiteten und enorm von den hohen Ausgaben und der Produktivität in diesem Sektor profitierten. Das Interesse, an dieser komfortablen Situation etwas zu ändern, war deshalb nicht sehr ausgeprägt. „Cold War military spending sustained high levels of employment in highly unionized defense industries. The AFL-CIO therefore opposed the ideas of détente and coexistence.”<sup>90</sup> Man war aus wirtschaftlichem Kalkül heraus gegen eine Entspannung, die langfristig Einbußen bei Einnahmen und Arbeitsplätzen bedeutet hätte. Es wird deutlich, wie konkrete innenpolitische Prioritäten Auswirkungen auf das außenpolitische Profil einer Gewerkschaft hatten.

Somit verzichtete die AFL-CIO auch auf *quiet diplomacy* und setzte sich öffentlich für die Unterstützung der Ziele der Solidarność ein, da sie vor einer eventuellen Krise im Ostblock keinerlei Angst hatte. Die entsprechenden Staatsapparate in Polen und der Sowjetunion registrierten dies genau und protestierten gegen das Vorgehen der AFL-CIO. „It was the position of the U.S. working class, not those of the politically cautious administration or conservative business, that triggered Soviet and Polish accusations of external interference in Poland’s domestic affairs.”<sup>91</sup>

Diese Feststellung ist bemerkenswert, da sie deutlich macht, wie eine Gewerkschaft ihre vornehmlich innenpolitische Funktion derart ausweitet, dass sie einen Effekt auf die Reaktionen ausländischer Regierungen hat. Es war zunächst nicht die Regierung der USA unter Jimmy Carter, die den Unmut auf sich zog. Vielmehr identifizierten die polnischen Staatsorgane die AFL-CIO als einen antisozialistischen Akteur, der sich ohne Berechtigung in die inneren Angelegenheiten Polens einmischte und versuchte, die politische Instabilität entscheidend auszunutzen. „The AFL-CIO (...) was charged with interfering in

---

<sup>89</sup> Zu den unterschiedlichen Projektionen der westlichen Gewerkschaften auf die Solidarność vgl. Kapitel 3.4.

<sup>90</sup> GODDEERIS, Idesbald: Western Trade Unions and Solidarność: A Comparison From a Polish Perspective, in: The Polish Review, Vol. LII, No. 3, New York 2007, S. 305-330, S. 308.

<sup>91</sup> RACHWALD, Arthur R.: In Search of Poland, The Superpowers’ Response to Solidarity, 1980-1989, Stanford 1990, S. 50f.

Poland's internal affairs and identified by the Polish authorities as an 'antisocialist force' exploiting Poland's unrest to undermine the socialist order."<sup>92</sup> Der DGB wollte solch eine Anschuldigung unter allen Umständen vermeiden, weil dies bedeutet hätte, dass man von der durch die Bundesregierung vorgegebene Linie der Entspannungspolitik abgewichen wäre.

In anderen westlichen Gesellschaften sah das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Regierung dagegen ganz anders aus. In Staaten, wie z.B. Frankreich oder den USA waren Gewerkschaften in den 1970er und 1980er Jahren einflussreiche Akteure der Zivilgesellschaft und nahmen oft kontroverse Haltungen zur Regierung ein, während in Großbritannien die Arbeiterbewegung seit Ende der 1970er Jahre in einer Krise steckte. Im folgenden Kapitel soll es daher um die politische Kultur der westlichen Gesellschaften gehen, da sie einen wichtigen Baustein für die Handlungsoptionen der einzelnen Gewerkschaften dargestellt haben.

### ***3.3 Die politische Kultur der westlichen Gesellschaften***

Zu der politischen Kultur einer Gesellschaft tragen viele Akteure bei. Medien, Interessenverbände und Privatmenschen können darauf ebenso einwirken, wie Politiker, Parteien und Gewerkschaften. Nicht wenige politisch Interessierte würden zustimmen, dass im 21. Jahrhundert besonders die globalen Wirtschaftskonzerne einen zuvor noch nicht gekannten politischen Einfluss erlangt und durch ihr Handeln die Regierungen der westlichen Staaten in arge Bedrängnis gebracht haben.

In den folgenden beiden Kapiteln stehen allerdings die Gewerkschaften als Protagonisten im Mittelpunkt. Zunächst wird untersucht, wie sich die Gewerkschaftslandschaft in den einzelnen Staaten darstellt, d.h. ob es mehrere gleich starke Einzelgewerkschaften gibt oder einen Gewerkschaftsbund, der fast alle Einzelgewerkschaften unter sich vereint. Darüber hinaus ist von Interesse, unter welchen Einflüssen sie sich gebildet haben. Handelt es sich um konfessionell, ideologisch oder industriell begründete Gewerkschaften? Im

---

<sup>92</sup> Ders., S. 51.

zweiten Teil ist die Diskurskultur, also das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und ihren jeweiligen Regierungen von besonderem Interesse, weil es Aufschlüsse über die politische Autonomie der jeweiligen Zivilgesellschaften gibt. Während beispielsweise in Deutschland in den 1970er Jahren Lohnforderungen zumeist anhand von Tarifverhandlungen durchzusetzen versucht wurden, existierte in Frankreich eine stärker ausgeprägte Arbeitskämpfmentalität. Dort wurden Lohnforderungen durch Streiks und öffentliche Demonstrationen durchzusetzen versucht. Solche Aufschlüsse tragen zum Verständnis der jeweiligen Reaktion auf Solidarność bei.

### **3.3.1 Gewerkschaftslandschaft und politische Strömungen**

#### *Bundesrepublik Deutschland*

Der DGB ist, wie aus dem Namen bereits hervorgeht, ein Gewerkschaftsbund, der 1945 in Deutschland neu gegründet wurde und 1980 aus 17 Einzelgewerkschaften bestand. Darüber hinaus wurde er als Einheitsgewerkschaft konzipiert, so dass Vertreter aller Parteien und Parteilose sowie sämtliche religiösen und ideologischen Ansichten in ihm vertreten waren. Der Vorsitzende Heinz Oskar Vetter sah darin einen großen Vorteil. „Die organisatorische Zersplitterung in sozialistische, christliche, liberale und kommunistische Richtungsgewerkschaften (...) wurde so überwunden. Diese historische Entscheidung hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung wesentlich gestärkt.“<sup>93</sup> In der politischen Realität wurde diese Idee allerdings nicht immer erfolgreich umgesetzt. Die Formierung einer Einheitsgewerkschaft bedeutete keinesfalls Einigkeit in wichtigen Entscheidungen. Auch in Bezug auf die Solidarność sprach man beim DGB nicht immer mit einer Stimme. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, war mit der generellen Bereitschaft des DGB, der Solidarność zu helfen

---

<sup>93</sup> VETTER, Heinz O.: Gleichberechtigung oder Klassenkampf. Gewerkschaftspolitik für die achtziger Jahre, Köln 1980, S. 44.

nicht einverstanden und bezeichnete die Forderungen der polnischen Arbeiter als realitätsfern.<sup>94</sup>

Die Aussage Mahleins verdeutlicht, dass die Branchengewerkschaften innerhalb des DGB ihre Rolle selbstbewusst auszufüllen wussten und zu einer kritischen Meinungsfindung beitrugen. Der DGB war zwar der ausführende Dachverband, doch die Branchengewerkschaften hatten teilweise so viele Mitglieder, dass sie ein entscheidender Faktor waren. Alleine die IG Metall stellte als größte von ihnen 30% der Mitglieder des DGB. Auch wenn es kritische Stimmen gab, muss festgehalten werden, dass gerade unter Berücksichtigung der Entspannung eine ausreichende Einigkeit unter den Branchengewerkschaften herrschte, um den DGB handlungsfähig zu halten. „We must assume that the reaction to Solidarność was much the same amongst all of the DGB trade unions in Germany: they all believed in the same basic tenets of the policy of détente, which was consolidated by a number of resolutions adopted by the trade union congresses.”<sup>95</sup>

### *Großbritannien*

Der britische *Trades Union Congress* (TUC), wie der DGB ein Dachverband, zählte auf dem Höhepunkt seines politischen Einflusses im Jahre 1979 13,3 Millionen Mitglieder, was eine Repräsentierungsquote von 55,4% bedeutete.<sup>96</sup> Dazu kam eine traditionell starke Verflechtung mit der *Labour Party*, die eine indirekte Einflussnahme auf das politische Tagesgeschehen möglich machte. Darüber hinaus zeichnete sich der TUC durch einen hohen Organisationsgrad der Branchengewerkschaften aus, so dass er zumeist einheitlich nach außen auftrat. „The influence of the labor movement extended into public policy through a dense network of tripartite institutions, privileged access to the Labour Party, and the

---

<sup>94</sup> Vgl. BÉGIN, S. 299.

<sup>95</sup> BOLL, Friedhelm und Małgorzata ŚWIDER: The FRG. Humanitarian Support without Big Publicity, in: GODDEERIS 2010, S. 159-189, S. 159.

<sup>96</sup> Vgl. HOWELL, Chris: Trade Unions and the State. The Construction of Industrial Relations Institutions in Britain, 1890-2000, Princeton 2007, S. 131.

norm that governments of either party would consult regularly about issues of social and economic significance.“<sup>97</sup>

Mit der Wahl Margaret Thatchers zur Ministerpräsidentin Großbritanniens verloren die Gewerkschaften jedoch nicht nur rapide an Mitgliedern sondern auch an politischem Einfluss auf die Regierung. Außerdem wurden Einzelinteressen nun stärker vertreten als zuvor, weshalb es zu einer zunehmenden Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien kam.<sup>98</sup>

1981 boykottierte die ElektriKERinnung einen Streik der Druckerinnung im englischen Ort Wapping, da letztere mit der Solidarność sympathisierte. Der Boykott wurde jedoch lediglich aus Prinzip durchgeführt. Hier ging es um vorangegangene interne Streitigkeiten zwischen beiden Einzelgewerkschaften, die mit der inhaltlichen Situation in Polen nicht direkt etwas zu tun hatten.<sup>99</sup> Zu den innergewerkschaftlichen Streitigkeiten des TUC gehörte ebenfalls eine Vertrauenskrise zwischen der Führung unter Generalsekretär Len Murray und der Basis, die sich einerseits im Bezug auf die Regierung nicht mehr angemessen vertreten sah, der andererseits aber auch die zögerliche Haltung des TUC gegenüber der Solidarność missfiel. “For most of the time until 1983 [Murray] did not take the initiative, moving at the pace of the slowest.”<sup>100</sup>

## USA

Mit Führungsproblemen hatte der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO nicht zu kämpfen. Ganz im Gegenteil war dessen Vorsitzender Lane Kirkland einer der explizitesten Fürsprecher der Solidarność. In dieser Arbeit wird noch an mehreren Stellen deutlich werden, dass ihm dieses Verhalten oft Proteste sowohl der polnischen als auch der eigenen Regierung einbrachte.<sup>101</sup>

In Anbetracht der Rolle, die die USA während des Kalten Krieges spielten, ist es nicht verwunderlich, dass andere als die antikommunistischen Kräfte

---

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Zum Verhältnis zwischen TUC und britischer Regierung vgl. Kapitel 3.3.2.

<sup>99</sup> Vgl. GODDEERIS 2007, S. 322.

<sup>100</sup> TAYLOR, Robert: The TUC. From General Strike to New Unionism, New York 2000, S. 236.

<sup>101</sup> Zum Verhältnis zwischen AFL-CIO und US-amerikanischer Regierung vgl. Kapitel 3.3.2.

innerhalb des politischen Spektrums zu vernachlässigen sind. Kirkland stand nicht vor der Aufgabe, verschiedene politische Strömungen auf eine gemeinsame Handlungslinie einstimmen zu müssen. Ein weiterer Grund hierfür ist die sehr hohe Repräsentierungsquote der AFL-CIO. Von den ca. 20 Millionen registrierten Arbeitern, die 1980 in den verschiedenen Gewerkschaften in den USA eingetragen waren, repräsentierte die AFL-CIO alleine 13,6 Millionen.<sup>102</sup> Dies garantierte den enormen Einfluss, den der Gewerkschaftsbund auf die gesellschaftlichen Prozesse in den USA nehmen konnte. Ohnehin gab man sich nicht mit der Funktion zufrieden, die einer Gewerkschaft in westlichen Gesellschaften üblicherweise zugeschrieben wurde.

Kirkland führte die AFL-CIO wie eine weitere politische Partei, von der er sagte, dass sie weitaus besser imstande sei, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten als die Regierung. „I would further assert that labor’s aims, ideals and interests parallel more broadly and closely the highest interests of the American people at large than do those which more frequently tip the scales of judgment.“<sup>103</sup> Sollte dies Kirklands Perzeption der AFL-CIO sein, wäre die Unterstützung der *Solidarność* nicht zivilgesellschaftlicher Natur. Eine politische Partei, die entweder durch Regierungsarbeit oder durch Opposition in die staatliche Sphäre eingebunden ist, gehört nicht zur *civil society*. Dass man die AFL-CIO Anfang der 1980er Jahre durchaus als weitere Partei neben den *Democrats* und den *Republicans* interpretieren konnte, wird im nächsten Kapitel deutlich.

Bei den bisherigen Arbeiterverbänden DGB, TUC und AFL-CIO handelte es sich um Gewerkschaftsbünde, also um den Zusammenschluss von Einzelgewerkschaften, die vornehmlich nach Industriezweigen geordnet waren. Sie waren in ihren Staaten die hauptsächlichen Protagonisten auf Gewerkschaftsebene. Viele Staaten Westeuropas hatten eine andere Gewerkschaftstradition, in denen keine Dachverbände existierten und darüber hinaus Faktoren, wie Weltanschauung, politische Orientierung und Glaube maßgeblich waren.

---

<sup>102</sup> Vgl. PÜTZ, Karl Heinz: Some Thoughts on AFL/CIO Foreign Policy, in: LADEMACHER, Horst (Hg.): Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt. Die Politik der American Federation of Labor in der Nachkriegszeit, Melsungen 1982, S. 247-278, S. 249.

<sup>103</sup> Zit. nach ebd.

## Belgien

In Belgien war es vor allem die christliche Gewerkschaft, die den Stützpfiler der Solidarität für Solidarność bildete. Der *Algemeen Christelijk Vakverbond* (ACV) aus Flandern war die größte belgische Gewerkschaft. Solch eine exponierte Stellung einer christlichen Arbeiterorganisation ist in Europa höchst ungewöhnlich. In Deutschland existierte seit 1933 keine nominell christliche Gewerkschaft mehr und in Ländern wie Frankreich, Italien oder Österreich handelten sie lediglich im Rahmen kooperierender Bündnisse.<sup>104</sup>

Der *Algemeen Belgisch Vakverbond* (ABVV) war die zweitgrößte Gewerkschaft Belgiens und hatte sich ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm gegeben. 1980 stand sie ausdrücklich der belgischen sozialdemokratischen Partei nahe, nachdem sie in den 1950er Jahren einige Umbrüche vollzogen hatte. Zu Anfang ihres Bestehens waren auch Kommunisten Mitglieder des ABVV, die aber nach einigen Jahren entlassen wurden. Ob der Einfluss kommunistischer Strömungen in dieser Gewerkschaft an ihrer relativ passiven Haltung gegenüber der Solidarność einen Anteil hatte, ist nicht abschließend zu klären. Vor der Verhängung des Kriegsrechts war der ACV allerdings eindeutig engagierter bei der Organisation von Solidaritätsaktionen. „The ABVV (...) was not against Solidarność but had other priorities.“<sup>105</sup> Ein Aktionsbündnis der zwei einflussreichsten Gewerkschaften in Belgien konnte daher zunächst nicht zustande kommen.

## Italien

In Italien sprach man Anfang der 1980er Jahre von einem *compromesso storico*<sup>106</sup>, also einem historischen Kompromiss, als mit der vorwiegend kommunistischen CGIL, der aus der frühen katholischen Arbeiterbewegung

---

<sup>104</sup> Vgl. GODDEERIS, Idesbald: Belgium. The Christian Emphasis, in: GODDEERIS 2010, S. 243-267, S. 243.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Vgl. GODDEERIS 2007, S. 316.

entstammenden CISL und der überwiegend sozialdemokratischen UIL drei völlig unterschiedliche Richtungsgewerkschaften ein Bündnis eingingen, das auch seine Unterstützung für Solidarność koordinierte.

Die Teilnahme der kommunistisch geprägten CGIL an den Solidaritätsaktionen für eine Gewerkschaft in Polen, die das kommunistische Gesellschaftssystem gewollt oder ungewollt in Frage stellte, ist bemerkenswert und hat zwei wesentliche Gründe. Zum Zeitpunkt der Entstehung der Solidarność befanden sich die italienischen Gewerkschaften in einer politischen Krise, da Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ihre Handlungsinitiativen einschränkten. Um sich nicht noch zusätzlich in internen Konflikten zu zerreiben, bildeten CGIL, CISL und UIL eine Konföderation und erhofften sich dadurch eine allgemeine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung.<sup>107</sup> Im Falle der Solidarność hatte die CGIL erkannt, dass dessen Schicksal in Italien, wie in jedem anderen Land Europas, starke Resonanzen innerhalb der Bevölkerung hervorzurufen vermochte. Es war somit für jede Gewerkschaft wichtig, diese Stimmungen aufzunehmen und angemessen zu reagieren, um nicht an Zuspruch durch die Menschen zu verlieren. Durch ein breites soziales Bündnis und den *compromesso storico* entgingen die drei italienischen Gewerkschaften dieser Gefahr zunächst. Dazu kam, dass die CGIL und die italienische kommunistische Partei bereits Anfang der 1970er Jahre begannen, sich vom Einfluss Moskaus zu lösen und sich dem Eurokommunismus zuzuwenden. In Italien wurde konkret die Zusammenarbeit mit Sozialisten und Christdemokraten gesucht.<sup>108</sup>

### *Frankreich*

Das französische Pendant der CGIL, die kommunistische *Confédération Générale du Travail* (CGT), hatte diese programmatische Entwicklung nicht vollzogen.

„Should it be political in the traditional sense of the Cold War, a posture which would make participation in cross-national industrial struggles extremely difficult? Or should it opt out for such cross-national action, in

---

<sup>107</sup> Vgl. BONI, Manfred: Von den Gewerkschaften des Herbstes zum Herbst der Gewerkschaften. Italien am Anfang der 80er Jahre, Marburg 1983, S. 53.

<sup>108</sup> Vgl. GODDEERIS 2007, S. 316.

which case it will eventually have to take its distance from the unionism of the Socialist countries?“<sup>109</sup>

Die CGT hatte Anfang der 1980er Jahre eine wichtige Frage für sich noch nicht beantwortet: Wie positioniert sie sich angesichts der aufkommenden Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegungen? Im Gegensatz zur italienischen CGIL öffnete sie sich dem Eurokommunismus nicht und blieb eng mit der *Parti Communiste Français* (PCF) verbunden, die freie Gewerkschaften in einem sozialistischen Staat ablehnte.

Die CGT litt zudem unter der Stärke der *Confédération Française Démocratique du Travail* (CFDT). Beide Gewerkschaften hatten sich traditionell nahe gestanden, doch spätestens die Ereignisse in Polen führten zu einem Bruch zwischen den beiden Gewerkschaften. Das Verhältnis war bereits Ende 1979 belastet, da die CGT die sowjetische Invasion in Afghanistan im Gegensatz zur CFDT nicht verurteilte. „Les luttes menées (...) en Pologne par *Solidarité* aggravent encore les dissensions entre les deux centrales (...), la rupture est quasi-totale.“<sup>110</sup> Dass die CGT an ihren Verbindungen zu Warschau und Moskau festzuhalten versuchte, führte letztlich auch zu ihrem langsamen politischen Niedergang. Mit Ausnahme der CGT konnte man aber in Frankreich von einem Aktionsbündnis der wichtigsten Einzelgewerkschaften sprechen, auch wenn der CFDT eine herausragende Rolle zugeschrieben werden muss. Doch schon vor und besonders nach der Verhängung des Kriegsrechts beteiligten sich CFDT, *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens* (CFTC), *Confédération de l'Encadrement-Confédération Générale des Cadres* (CFE-CGC), *Fédération de l'Éducation Nationale* (FEN) und *Force Ouvrière* (FO) an gemeinsamen national ausgerichteten Aktionen für *Solidarność*.<sup>111</sup>

Auffallend ist an dieser Stelle, dass es kein einheitliches Muster zu geben scheint, anhand dessen sich die Reaktionen der Gewerkschaften einordnen ließen. Es lässt sich weder eine generelle größere Zurückhaltung der Gewerkschaftsbünde

---

<sup>109</sup> ROSS, George: *Workers and Communists in France. From Popular Front to Eurocommunism*, Berkeley 1982, S. 331f.

<sup>110</sup> DREYFUS, Michel: *Histoire de la C.G.T. Cent ans de syndicalisme en France*, Bruxelles 1995, S. 292.

<sup>111</sup> Vgl. BÉGIN, S. 309.

im Vergleich zu den Einzelgewerkschaften und umgekehrt festhalten, noch kann man von einem homogenen Reaktionsmuster innerhalb dieser beiden Typen ausgehen. Hier sei noch einmal beispielhaft auf die beiden kommunistischen Gewerkschaften aus Italien und Frankreich hingewiesen.

### **3.3.2 „Begleiter“ oder „Korrekturlement“? – Die Diskurskultur westlicher Zivilgesellschaften**

„The provocation of tyrants is the right and the duty of the free.”

- Lane Kirkland<sup>112</sup>

Die Streiks auf der Danziger Lenin-Werft fanden zu einem Zeitpunkt statt, als in vielen westlichen Staaten Wahlen statt- oder kurz bevor standen, die die politischen Kräfteverhältnisse teilweise stark verschoben. „In the initial months of change in Poland, the United States, France, England, and West Germany went through elections (...). Poland, as a result, became a useful political symbol in domestic political battles.”<sup>113</sup> Die Entstehung der Solidarność wurde nicht selten innenpolitisch instrumentalisiert und zu wahlkampftechnischen Zwecken herangezogen.

#### *Bundesrepublik Deutschland*

Während des Bundestagswahlkampfes 1980 forderte der Kanzlerkandidat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Josef Strauß (CSU), den DGB auf, endlich seine Rolle als eine der größten Arbeitnehmerorganisationen der Welt wahrzunehmen und Solidarność beim Aufbau einer freien Gewerkschaft jede nur mögliche Hilfe zukommen zu lassen.<sup>114</sup> Diese Forderung des

---

<sup>112</sup> Zit. nach DOMBER, Gregory F.: The AFL-CIO, the Reagan Administration and Solidarność, in: The Polish Review, Vol. LII, No. 3, New York 2007, S. 277-304, S. 303.

<sup>113</sup> CURRY, Jane L.: The Solidarity Crisis, 1980-81: The Near Death of Communism, in: CURRY, Jane L. und Luba FAJFER (Hg.): Poland's Permanent Revolution. People vs. Elites, 1956 to the Present, Washington, D.C. 1996, S. 167-209, S. 177.

<sup>114</sup> Vgl. BÉGIN, S. 297.

Oppositionspolitikers Strauß legte den Finger in die Wunde des DGB, der sich an die von der SPD-Regierung vorgegebene Entspannungspolitik hielt und sich deshalb in Deutschland der Kritik ausgesetzt sah, sich zu passiv zu verhalten. Der DGB verurteilte Strauß Vorgehen und appellierte an alle Beteiligten, die Ereignisse in Polen nicht als Wahlkampfthema zu missbrauchen. Die SPD sprang dem DGB zur Seite und verteidigte dessen Vorgehen. In einem Beschluss des SPD-Präsidiums vom 28. August 1980 in Bonn zu der Entwicklung in Polen heißt es:

„Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Opposition in der Bundesrepublik Deutschland die innenpolitische Auseinandersetzung führt, kennzeichnet auch ihre außenpolitische Linie. (...) Der Oppositionskandidat Strauß fordert eine Einmischung in die Vorgänge in Polen. (...) Angesichts der Lage fordert das Präsidium der SPD die CDU/CSU erneut nachdrücklich auf, die Ereignisse in Polen nicht zum Gegenstand von Polemik für Wahlkampfzwecke zu machen.“<sup>115</sup>

Aufgrund dieses Konflikts kam es zu von einigen Gewerkschaften co-organisierten Anti-Strauß-Kampagnen und -Kundgebungen, von denen sich die Sozialdemokraten jedoch distanzierten. „Poland became not only a nation in crisis but also a tool for the internal (...) battles of the (...) Western European states.“<sup>116</sup>

Das Beispiel des Bundestagswahlkampfes 1980 demonstriert eine gewisse Einigkeit zwischen DGB und SPD. In der Bundesrepublik Deutschland war das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Regierungsparteien selten von einem Arbeitskampf im wahrsten Sinne des Wortes geprägt. Hier bildeten auch DGB und SPD keine Ausnahme, deren Verhältnis auf der „Tradition einer einheitlichen Arbeiterbewegung, in der Partei und Gewerkschaften eine Symbiose bildeten“ basierte.<sup>117</sup> Im neunten Deutschen Bundestag gehörten von 228 SPD-Abgeordneten 218 einer der DGB-Gewerkschaften an. Umgekehrt besaßen 82%

---

<sup>115</sup> Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1979-1981, Bonn 1981, S. 556.

<sup>116</sup> CURRY, in: CURRY und FAJFER, S. 168.

<sup>117</sup> OCKENFELS, Wolfgang: Gewerkschaft und Staat. Zur Reformdiskussion des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walberberg 1980, S. 105.

der Spitzenfunktionäre des DGB das Parteibuch der SPD.<sup>118</sup> Die Symbiose zeigte sich also vor allem in organisatorischen und personellen Querverbindungen, programmatischen Parallelen und gemeinsamen politischen Zielsetzungen. Dies deutet auf ein gewisses Muster hin. Es scheinen große Unterschiede in der Art und Weise zu existieren, mit der Gewerkschaften an den nationalen politischen Entscheidungsprozessen teilhaben, d.h. die politischen Parteien beeinflussen können. Der Soziologe George Ross unterschied 1982 im Wesentlichen drei verschiedene Einflussgrade.

„Some unions, primarily but not exclusively the ‘business unionism’ of North America, attempt to intervene politically as pressure groups and voting blocs without open affiliation with a political party. Most other unions focus much of their political attention through affiliation with political parties. (...) Party-union ties of a social democratic kind share one general characteristic – both the union and the party maintain primary autonomy in deciding their own strategies in their respective spheres. Thus unions (...) decide on their labor market and political strategies, while the party decides on politics. (...) In the Third International/Communist model of union-party relationships the weight of the political party in determining trade union strategy and goals has tended to be vastly greater than in the social democratic type.“<sup>119</sup>

Die Tradition der einheitlichen Arbeiterbewegung in Deutschland wurde allmählich etwas aufgeweicht, nachdem die SPD in Regierungsverantwortung eintrat. Der DGB warf ihr vor, in der Folge ihre Ausrichtung als klassische Arbeiterpartei abgelegt zu haben und entwickelte einen eigenständigen politischen Ansatz.<sup>120</sup> „Die Gewerkschaften entwickelten sich zu einer politisch eigenständigen Bewegung (...) im Sinne der politischen Autonomie.“<sup>121</sup> Wie diese verstanden werden sollte, wurde deutlich formuliert. „Der Deutsche

---

<sup>118</sup> Vgl. GAWRICH, Rolf: Deutscher Gewerkschaftsbund und polnische Gewerkschaftsbewegung. Der DGB als transnationaler Akteur und seine Beziehungen zur „offiziellen“ und „oppositionellen“ Gewerkschaftsbewegung in der Volksrepublik Polen (1970-1989), Bonn 1996, S. 194.

<sup>119</sup> ROSS, S. ix-x.

<sup>120</sup> Vgl. VETTER 1980, S. 48 und OCKENFELS, S. 105.

<sup>121</sup> OCKENFELS, S. 107.

Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind und bleiben unabhängig von Regierungen, Parteien, Kirchen und Unternehmen.<sup>122</sup>

In seinem Selbstverständnis war der DGB 1980 deshalb eine unabhängige politische Kraft, die über ihre Ziele und die Artikulierung ihrer Interessen selbst bestimmte.<sup>123</sup> Der Vorsitzende Heinz Oskar Vetter musste jedoch auch anerkennen, dass eine Gewerkschaft zur Durchsetzung ihrer Ziele auf die Regierung angewiesen war. „Alle ihre Programme, Wünsche und Forderungen (...) können von den Gewerkschaften nicht selbst verwirklicht werden. Das bleibt die Aufgabe der Parteien.“<sup>124</sup> Für Vetter gehörte es zur politischen Realität, zur Erhaltung der eigenen Handlungsfähigkeit Kompromisse mit der Regierung zu suchen. „Daraus ergibt sich, daß der gewerkschaftliche Aktionsradius mit dem des Staates verflochten ist, und eine Kooperation zwischen Staat und Gewerkschaften geboten scheint.“<sup>125</sup> „Es ist daher notwendig, durch gemeinsame Planung von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften die wirtschaftspolitische Zielsetzung von Vollbeschäftigung (...) und gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung zu verwirklichen.“<sup>126</sup> Auch wenn sich der DGB programmatisch als einziger verbliebener Vertreter der Arbeiterinteressen in Deutschland verstand, war der Charakter seiner Beziehungen zu der damaligen SPD-geführten Regierung 1980 eindeutig von Kooperation geprägt. Dies zeigt sich nicht nur in den eben erwähnten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen sondern besonders beim Vorgehen bezüglich der Solidarność.<sup>127</sup> In diesem Zusammenhang verstand sich

---

<sup>122</sup> Ziffer 19 der Präambel des damaligen DGB-Grundsatzprogramms, zit. nach DETJEN, Joachim: Das Selbstverständnis des DGB in der pluralistischen Gesellschaft, in: WALTER, Thomas (Hg.): Gewerkschaften und Demokratie. Analysen zum DGB-Grundsatzprogramm '81, Walberberg 1982, S. 41-79, S. 49.

<sup>123</sup> Vgl. VETTER 1980, S. 46.

<sup>124</sup> Ders., S. 47.

<sup>125</sup> Ders., S. 43.

<sup>126</sup> Ders., S. 42.

<sup>127</sup> Die Aussagen Veters dazu sind eindeutig. Vgl. Anmerkung 82.

der DGB sogar in gewisser Weise als der Pionier, bzw. das ausführende Organ der von der sozial-liberalen Koalition vorgegebenen Entspannungspolitik.<sup>128</sup>

Es gibt einige Hinweise darauf, dass dies auch von der SPD so gewünscht war. Bereits während einer Sitzung des SPD-Parteivorstands am 1. September 1980 sprach sich Georg Leber dafür aus, „die Gewerkschaften darauf aufmerksam zu machen, rechtzeitig auch zu den neuen Leuten in Polen Kontakt aufzunehmen.“<sup>129</sup> Am 21. Oktober 1981 resümierte Walter Pohlken die Sitzung des Gesprächskreises Polen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Alle Teilnehmer waren sich einig, dass eine Arbeitsteilung der richtige Weg sei. Die Bundestagsfraktion müsse anders agieren als die Partei und diese anders als der DGB.“<sup>130</sup>

Welche strategischen Vorteile solch eine abgesprochene Vorgehensweise bringen konnte, wird anhand der Rede des Leiters der Internationalen Abteilung des DGB, Erwin Kristoffersen, in Danzig im September 1981 erkennbar.<sup>131</sup> Diese Rede, in der er die volle Unterstützung der Solidarność versprach, stieß beim polnischen Botschafter in Bonn, Jan Chyliński, auf großen Unmut. In einem Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Wischnewski, sagte er: „Kristoffersens Auftritt könne nicht im Interesse der bilateralen Beziehungen liegen.“<sup>132</sup> Die Antwort Wischnewskis sollte Chyliński davon überzeugen, dass der DGB eine eigenständig handelnde Organisation sei, die sich der Steuerung durch die Regierung entziehe. Man könne lediglich an dessen Vernunft appellieren.

„Die SPD habe dem DGB geraten, sich größerer Zurückhaltung zu befleißigen. Die Partei müsse jedoch die Unabhängigkeit des DGB berücksichtigen. Die SPD werde auch weiter darum bitten, daß unsere Gewerkschaften den Hinweis auf Nichteinmischung achten. (...) Es würden Gespräche mit dem DGB stattfinden, im Interesse der bilateralen

---

<sup>128</sup> Vgl. HEMMER, Hans O.: Flankierende Maßnahmen. Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: JANSEN, Christian et al. (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 179-187, S. 183.

<sup>129</sup> Zit. nach ŚWIDER o. J., S. 238.

<sup>130</sup> Zit. nach ebd.

<sup>131</sup> Auszüge dieser Rede sind bei Natalie Bégin nachzulesen, vgl. BÉGIN, S. 301f.

<sup>132</sup> Zit. nach ŚWIDER o. J., S. 241.

Beziehungen. Der DGB solle nichts unternehmen, was die offiziellen Beziehungen störe.<sup>133</sup>

Es erscheint strategisch sinnvoll gewesen zu sein, in Deutschland eine Arbeitsteilung vorzunehmen und die Regierung, die Parteien und die Gewerkschaften als individuell handelnde Protagonisten darzustellen. An dem Gespräch zwischen Chyliński und Wischniewski wird deutlich, dass die Unzufriedenheit des polnischen Botschafters auf den DGB projiziert werden konnte. Die Bundestagsfraktion der SPD war dadurch in der Lage, ihre Zurückhaltung zu betonen. Sie war somit nicht angreifbar, was zur Vorbeugung einer Krise auf Regierungsebene beitrug.

### *USA*

In den USA war es ebenfalls der Gewerkschaftsbund, der für Proteste der polnischen Regierung bei ihrem US-amerikanischen Pendant sorgte. Allerdings war dies vorher nicht abgesprochen, so wie es in Deutschland der Fall war. Es gab zwar zwischen der Regierung und der AFL-CIO einen grundsätzlichen Konsens, dass der *Solidarność* finanziell geholfen werden müsse, doch über das Ausmaß und die beste Vorgehensweise bestanden einige Differenzen. Dabei ging es einerseits um den weiteren Umgang mit der offiziellen polnischen Regierungspartei PZPR und der Regierung der Sowjetunion und andererseits um die Offenheit, mit der die Ereignisse in Polen zu kommentieren seien. Die Präsidenten Carter und seit 1981 Reagan wollten die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht unnötig belasten und hielten sich daher mit Forderungen zurück.<sup>134</sup> Die AFL-CIO, insbesondere Lane Kirkland kritisierte die polnische Regierung jedoch offen und forderte auch die Regierung zu konsequenterem Handeln auf.

„First out had been the (...) AFL-CIO, which had set up a special assistance fund to help Polish workers financially. It was more open in its support for the Polish workers than the US government, and less

---

<sup>133</sup> Zit. nach dies., S. 242.

<sup>134</sup> Vgl. DOMBER, S. 277.

concerned about being accused of interfering in Poland's domestic affairs. The US government did not approve of the provision of financial aid, and after receiving a complaint from the Polish government on the matter, it was reported to have advised the trade union not to go through with it."<sup>135</sup>

Das Verhältnis zwischen Regierung und AFL-CIO war von innenpolitischen Schwierigkeiten geprägt. Die Wirtschaftspolitik Carters Ende der 1970er Jahre führte bereits zu einiger Verstimmung in den gegenseitigen Beziehungen, die sich allerdings noch drastisch verstärkte, als Reagan im Sommer 1981 nach einem verstrichenen Ultimatum 11.000 streikende Fluglotsen entließ. Das politische Klima wurde für alle Gewerkschaften rauer. „The unions were on the defensive, and the concept of a ‚union free environment‘ gained currency. The Reagan years are even called ‘the most difficult period for organized labor since the early 1930s.’“<sup>136</sup>

Obwohl es der AFL-CIO wie vielen Gewerkschaften in Westeuropa ging und sie sich einer immer feindlicher werdenden Stimmung ausgesetzt sah, verlor sie im Gegensatz zum TUC nur wenig an Stärke. Lane Kirkland verfasste schon 1978 einen Ausblick über die innen- und außenpolitische Ausrichtung seines Gewerkschaftsbundes, der sehr aufschlussreich für dessen Selbstverständnis ist und deshalb in Auszügen wiedergegeben wird.

1. „Since the days of Samuel Gompers, who led the American Federation of Labor into the development of close ties with the trade union centers of Europe and Latin America, American labor has been deeply committed to internationalism. (...)
2. We have our own ideas about the policies that our government should pursue on the full range of economic, social, political and security problems facing the world today. (...) Our positions and broad public issues are based on superior insights gained from trade union experience. Where they differ from those of our government, clearly our government is wrong and it is our duty as good citizens to try to set it straight. (...)
3. We help to build and strengthen trade unions within other countries. We have both a practical and an idealistic interest in combating the

---

<sup>135</sup> SJURSEN, S. 31.

<sup>136</sup> DOMBER, S. 310.

exploitation of workers in foreign countries, especially in poorer countries. (...)

4. The fate of nations hangs today on the assertion of doctrines targeted on the working class. (...) Our interest in the growth of free trade unions abroad cannot be separated from our commitment to a complex of closely related values wrapped up in the shorthand term 'human rights'. (...) No democracy without human rights, no human rights without democracy, and no trade unions without either."<sup>137</sup>

Kirkland spricht schon zwei Jahre vor den Ereignissen in Polen 1980 die Themen an, die daraufhin mehr Gültigkeit denn je besessen haben sollten. Zunächst wird deutlich, dass sich die AFL-CIO ein starkes außenpolitisches Profil gibt, in dessen Tradition sie sich solidarisch vor allem mit ärmeren Ländern zeigt (Punkte 1 und 3). Dies allein wäre noch nicht erwähnenswert, da sich fast alle Gewerkschaften in internationalen Gewerkschaftsbünden, wie der *International Labour Organization* (ILO), der *International Confederation of Free Trade Unions* (ICFTU) oder der *World Confederation of Labour* (WCL) organisierten und die Unterstützung von ärmeren Ländern auf ihre Agenda setzten.<sup>138</sup> Es ist jedoch bemerkenswert, dass Kirkland davon überzeugt war, dass die Regierung bei außenpolitischen Fragen oft falsch liege und die AFL-CIO aufgrund ihrer großen Erfahrung deshalb verpflichtet sei, die Irrtümer der Regierung zu korrigieren, wie es in Punkt 2 beschrieben wird. Die Feststellung, dass die AFL-CIO sich als legitimen Träger von Außenpolitik sieht, stellt gerade unter Berücksichtigung der Fragestellung dieser Arbeit eine Besonderheit unter allen anderen westlichen Gewerkschaften dar.<sup>139</sup>

Die unter Punkt 4 angesprochenen Menschenrechte, ohne die laut Kirkland eine Demokratie nicht existieren könne, liegen als Motivation für die Unterstützung der *Solidarność* nah. Führt man sich allerdings noch einmal die innenpolitische Lage und die stattfindenden Auseinandersetzungen mit den Regierungen vor Augen, die nicht gewerkschaftsfreundlich gestimmt waren, erscheint auch ein anderer Beweggrund nicht abwegig. Kritiker Kirklands waren der Meinung, dass

---

<sup>137</sup> Lane Kirkland: „Free Trade Unions – Force for Democracy“, zit. nach PÜTZ, in: LADEMACHER, S. 249f.

<sup>138</sup> Vgl. FRYBES, S. 10 und VETTER 1970, S. 770.

<sup>139</sup> Vgl. Kapitel 1.2.2.

dieser sich anhand der *Solidarność* profilieren und somit den innenpolitischen Substanzverlust kompensieren wollte. „A critic called Kirkland’s foreign policy ‚a substitute for domestic failure.‘ (...) This shows that *Solidarność* did not restore unity within the AFL-CIO and that support for Poland could also be an act of opposition against the conservative leadership.”<sup>140</sup> Unter Einbeziehung des Auftaktzitats dieses Kapitels kann man zu dem Schluss kommen, dass die demonstrative Unterstützung der AFL-CIO einerseits auf dem charakteristischen Freiheitsverständnis der US-amerikanischen Gesellschaft basierte und andererseits als ein Recht verstanden wurde, dass man sich gegenüber der Regierung herausnehmen durfte. Neben dem demokratischen Grundverständnis waren also auch machtpolitische Gründe Triebfeder des Handelns der AFL-CIO.

### *Großbritannien*

In Großbritannien befand sich die politische Szenerie während der legalen Existenz der *Solidarność* im Umbruch. Die *Labour Party*, von 1974 bis 1979 an der Regierung und traditionell dem Arbeitermilieu zugeneigt, wurde ein Jahr vor den Streiks auf der Danziger Lenin-Werft abgewählt und verlor den größten Teil der Wählerstimmen an die *Torys*, eine konservative Partei, die unter der Premierministerin Margaret Thatcher die neue Regierung bildete. Der Negativtrend der *Labour Party* setzte sich fort, als zwei Jahre später eine neue Mitte-Links-Partei, die *Social Democratic Party*, entstand, die sich vor allem durch ehemalige Labourabgeordnete speiste.<sup>141</sup>

Die Gründe für diese Krise des Arbeitermilieus in Großbritannien lagen zuerst in den wirtschaftlichen Problemen. Die Wirtschaftskrise führte zu erhöhter Arbeitslosigkeit und Geldentwertung in Großbritannien. Ähnlich wie knapp zwei Jahre später in Polen führten minimale Lohnerhöhungen bei gleichzeitiger Verteuerung der Lebenshaltungskosten während des Winters 1978/79 zu

---

<sup>140</sup> DOMBER, S. 311.

<sup>141</sup> Vgl. PLEITNER, Berit: „Brechen Sie Ihr Schweigen, Mr. Murray!“. Die Gründung der *Solidarność* und die Krise des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, in: DMITRÓW, Edmund und Tobias WEGER (Hg.): Deutschlands östliche Nachbarschaften, Frankfurt a.M. 2009, S. 683-702, S. 691.

flächendeckenden Streiks in ganz Großbritannien, dem „Winter of Discontent.“<sup>142</sup> Diese Entwicklung führte 1983 nicht nur zum schlechtesten Wahlergebnis der *Labour Party* bei Parlamentswahlen seit Jahrzehnten sondern auch zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen des TUC um über zwei Millionen während der drei Jahre zuvor.<sup>143</sup> Die enge Verbindung zur Macht, die dem TUC lange einen nicht unerheblichen Einfluss auf das politische Geschehen in Großbritannien gesichert hatte, wurde ihm nun zum Verhängnis.

Sowohl Teile der Bevölkerung als auch Einzelgewerkschaften attestierten dem Dachverband eine Mitschuld an den wirtschaftlichen Problemen und sahen sich durch ihn nicht mehr angemessen vertreten. Die Wahl Margaret Thatchers war letztlich ein Spiegelbild dieser Stimmung. Die Macht, die die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien seit Mitte der 1970er Jahre erlangt hatte, sollte zurückgedrängt werden. „Die Gewerkschaften galten als eine Art Sündenbock für die wirtschaftliche Krise, weshalb versucht wurde, sie im politischen Kontext zu marginalisieren und in der tarifpolitischen Arena zu schwächen.“<sup>144</sup> Margaret Thatcher selbst drückte ihre Wertschätzung des TUC wie folgt aus: „There is no disguising the damage that some trade union practices and some trade union policies and some trade union leaders are doing to the nation.“<sup>145</sup>

Direkt nach der Übernahme der Amtsgeschäfte der konservativen Regierung wurden Maßnahmen zur Schwächung der Gewerkschaften ergriffen. „Between 1979 and 1993 the Conservative governments of Margaret Thatcher and John Major repeatedly introduced legislation affecting trade unions. Conservative victories in general elections were followed by measures which weakened trade union bargaining power.“<sup>146</sup> Die Führung des TUC beging den Fehler, die Maßnahmen zunächst nicht ernst zu nehmen und davon auszugehen, dass

---

<sup>142</sup> Für weiterführende Informationen zum „Winter of Discontent“ vgl. TAYLOR 2000, S. 243-246 und HOWELL, S. 119.

<sup>143</sup> Für eine genaue Auflistung der Mitgliederzahlen des TUC von 1945 bis 1995 vgl. WRIGLEY, Chris: *British Trade Unions, 1945-1995*, Manchester 1997, S. 30.

<sup>144</sup> DINGELDEY, Irene: *Britische Arbeitsbeziehungen. Gewerkschaften zwischen Konflikt, Kooperation und Marginalisierung*, Wiesbaden 1997, S. 110.

<sup>145</sup> Margaret Thatcher: „This is the Right Approach“, zit. nach WRIGLEY, S. 163.

<sup>146</sup> Ders., S. 161.

Margaret Thatcher nur eine kurzfristige Erscheinung sei, die mit den nächsten Wahlen wieder beseitigt werden würde. „Through a mixture of arrogance and short-term miscalculation, the TUC general council behaved as if Mrs Thatcher was merely a nightmarish interlude who would be swept away within a brief period amidst the ruins of her economic failure.“<sup>147</sup>

Diese Fehleinschätzung war ein strategischer Irrtum, der sich negativ auf die Hierarchie von Regierung und Gewerkschaften auswirkte. Dazu kamen gezielte Versuche Thatchers, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu schwächen. Einzelne Mitglieder wurden dazu ermuntert, eigene Interessen offensiver zu vertreten, auch wenn sie von einer bereits in Gremien beschlossenen Entscheidung abwichen. „The legislation undercut their positions and weakened them in dealing with employers. Individual trade union members were encouraged to assert their individuality and to undermine collective action, even when it had been agreed upon by a majority in a democratic ballot.“<sup>148</sup> Begünstigt durch die allgemein schlechte Moral und die Wirtschaftskrise zeigten solche Bemühungen erste Wirkung. Die ehemals vorhandene Einheit des TUC litt an Auflösungserscheinungen. „This economic weakness also produced serious divisions within the TUC. (...) Militants and moderates reopened their seemingly endless debate.“<sup>149</sup>

Unter den in dieser Arbeit untersuchten westlichen Gewerkschaften ist eine wie eben beschriebene Situation einmalig. Sicherlich hatte auch die AFL-CIO mit einem rauerem Klima unter Präsident Carter zu kämpfen, doch ist zum einen das Ausmaß der Intervention nicht vergleichbar und zum anderen führte Kirkland seine Organisation selbstbewusster, als Murray dies mit dem TUC tat. Das Verhältnis zwischen britischer Regierung und Gewerkschaftsbund seit 1979 kann als feindlich bezeichnet werden. „Großbritannien unter Margaret Thatcher war kein heimeliger Ort für Arbeiter.“<sup>150</sup>

---

<sup>147</sup> TAYLOR, Robert: *The Trade Union Question in British Politics. Government and Unions since 1945*, Oxford 1993, S. 268.

<sup>148</sup> WRIGLEY, S. 161.

<sup>149</sup> DORFMAN, Gerald A.: *British Trade Unionism against the Trades Union Congress*, London 1983, S. 102f.

<sup>150</sup> PLEITNER, in: DMITRÓW und WEGER, S. 702.

Umso ironischer erscheint die positive Haltung Thatchers gegenüber der Solidarność, die die polnische Gewerkschaft grundsätzlich unterstützte.<sup>151</sup> „During the Polish crisis, Britain was in the paradoxical position of having a government that defended the right for free trade unions to exist in Poland while seeking to crush them at home.“<sup>152</sup> Die britischen Gewerkschaften versuchten, die Sympathien Thatchers für Solidarność als politische Strategie zu entlarven. Thatcher würde lediglich antikommunistische Tendenzen in Polen unterstützen, da sie auf einen Siegeszug des Kapitalismus hoffe. Ein Mitglied der *General and Municipal Workers' Union* (GMWU) sagte auf einer Versammlung, an der auch Solidarność-Mitglieder teilnahmen: „Our support for the Polish workers is absolutely different from the verbal sympathies which have been expressed by (...) Maggie Thatcher. People like her (...) are hoping for change in Eastern Europe (...) so that they can have a hope of retaining the capitalist system.“<sup>153</sup> Während also die eine Arbeiterbewegung in einem sozialistischen Staat wohlwollend von ihr betrachtet wurde, musste sich die eigene Arbeiterbewegung gegen die Attacken Thatchers wehren. „Mrs Thatcher herself liked to emphasize that marginalizing Britain's trade unions was one of the undoubted successes of her years in power.“<sup>154</sup>

### *Italien*

Ähnlich wie der TUC befanden sich auch die drei italienischen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL in der Defensive, da auch dort die Wirtschaftskrise und eine ansteigende Arbeitslosigkeit ihre Handlungsinitiative einschränkte. Durch die bereits erwähnte Bildung der Konföderation erhofften sie sich eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung gegenüber den regierenden Parteien.<sup>155</sup> Diese besondere Konstellation in Italien entstand nach dem Scheitern des Versuchs, im Jahr 1969

---

<sup>151</sup> Vgl. GODDEERIS 2007, S. 322.

<sup>152</sup> SJURSEN, S. 154.

<sup>153</sup> BERGER, Stefan und Norman LaPORTE: Great Britain. Between Avoiding Cold War and Supporting Free Trade Unionism, in: GODDEERIS 2010, S. 129-158, S. 135.

<sup>154</sup> TAYLOR 1993, S. 265.

<sup>155</sup> Vgl. BONI, S. 54f.

eine organische Einheit (*unità organica*) der größten Gewerkschaften in Italien herzustellen, die die vollständige Verschmelzung zu einer Einzelgewerkschaft unter einer Führung vorgesehen hatte. Stattdessen wurde die Formel der Einheit im Handeln (*unità d'azione*) ausgerufen.<sup>156</sup> Eine wirkliche Stärkung ihrer Position gegenüber der Regierung konnten sie aber nur dann erreichen, wenn die ausgerufene Einheit im Handeln auch wörtlich genommen wurde. Die Verfolgung einzelner Interessen verhinderte dies nicht selten. „They were officially united, but they actually had differently organized components that were often able to paralyze the decision-making process by means of crossed vetoes.“<sup>157</sup>

### *Frankreich, Belgien*

In Frankreich bildeten die Parlamentswahlen von 1978 eine Zäsur vor allem für die Kommunisten. Es kam zu einer endgültigen Spaltung der politischen Linken, die sich bereits in den Jahren zuvor abgezeichnet hatte und aus der die *Parti Socialiste* (PS) und auf Gewerkschaftsebene die CFDT gestärkt hervorgingen. Die PCF und die CGT hatten zu diesem Zeitpunkt mit der programmatischen Frage des Eurokommunismus zu kämpfen. „Thoughtful Communists were well aware that the Center-Right had not won the 1978 elections, but that a divided Left had lost them.“<sup>158</sup> Aufgrund der internen Auseinandersetzungen der französischen Linken hielten die Gewerkschaften ihre starke Bindung an die Parteien bei.

Dies änderte sich auch zunächst nicht nach den Wahlen vom März 1981. Nachdem François Mitterand von der PS die Mehrheit erlangte und eine Koalition mit der PCF bildete, setzte sich die CFDT zwar grundsätzlich für die Demokratisierung der Wirtschaft ein. Mit offener Kritik oder politischer Opposition hielt sie sich, wie auch die CGT, allerdings zurück.<sup>159</sup> „Dies gründete sich nicht zuletzt auf die Tatsache, daß die CFDT über eine relativ hohe Anzahl von aus ihren Reihen ernannten Ministern und hohen Beamten mit der

---

<sup>156</sup> Vgl. CAVALLUCCI und DE AMICIS, in: GODDEERIS 2010, S. 76.

<sup>157</sup> Dies., S. 77.

<sup>158</sup> ROSS, S. 290.

<sup>159</sup> Vgl. SMITH, W. Rand: Crisis in the French Labour movement. A Grassroot's Perspective, Basingstoke 1987, S. 222.

Regierungspolitik verbunden war und [auch] in der CGT der Einfluß der Regierungsverantwortung tragenden Kommunistischen Partei deutlich wurde.“<sup>160</sup> Besonders das Verhältnis zwischen CFDT und PS war bis zur Verhängung des Kriegsrechts nicht eindeutig. Grundsätzlich war die Gewerkschaft bereit, die Regierungspolitik zu unterstützen. Nur gelegentlich kam es zu Kritik oder einer stärkeren Betonung der eigenen Ideen.

„Criticised (...) for being soft on austerity and uncritical of Socialist economic policy, the CFDT gradually hardened its attacks against the Left government, although it continued to support the government generally. (...) The CFDT's overall strategy and rhetoric appeared confused: at times radical, harking back to themes of *autogestion* and *luttes de classe*, while at other times moderate and technocratic.“<sup>161</sup>

Das Verhältnis der französischen Gewerkschaften zu den Regierungen ließe sich am ehesten mit dem des DGB vergleichen. Von der kommunistisch geprägten CGT abgesehen, würden die Gewerkschaften in beiden Staaten unter Verweis auf ihre politische Autonomie jegliche Nähe zu einer bestimmten Partei von sich weisen. In konkreten Einzelentscheidungen kommt es jedoch oft zu einer Kooperation. Dies lässt sich in Bezug auf die *Solidarność* ebenso für die belgische Gewerkschaft ACV festhalten. Ihre unmittelbare Reaktion deckte sich mit der Vorgabe der belgischen Regierung.<sup>162</sup> Diese Gewerkschaften sind somit eher politische Begleiter der Parteien als ein Korrekturlement, wie es die AFL-CIO in den USA darstellte, gewesen.

---

<sup>160</sup> SCHÄFER, Werner: Die französische Gewerkschaftsbewegung in der Krise, Frankfurt a. M. 1989, S. 39.

<sup>161</sup> SMITH, S. 19.

<sup>162</sup> Vgl. GODDEERIS, in GODDEERIS 2010, S. 245.

### **3.4 Projektionen der westlichen Gewerkschaften auf NSZZ *Solidarność***

“The astonishment of the West knew no bounds. As television commentators tied their tongues round a mysterious Walaser, *ein gewisse Valeska, l'étonnant Valise*, this Wałęsa, western viewers tried to adjust their mental sets to accommodate Solidarity into the categories of 'East-West', 'socialism' v. 'capitalism', Left and Right.”

-Timothy Garton Ash<sup>163</sup>

Garton Ash beschreibt ein Phänomen, das im Westen bei der Betrachtung der *Solidarność* nicht selten auftrat. Die Beteiligten versuchten, gängige Interpretationsmuster anzuwenden, die sich während der Zeit des Ost-West-Konflikts als nützlich herausgestellt haben. Während des Kalten Krieges war es einfach geworden, sein Denken auf eine gewisse Dichotomie zu beschränken. Umso herausfordernder schien die Denkaufgabe zu sein, die sich den westlichen Beobachtern Ende 1980 mit dem Erscheinen der *Solidarność* stellte. Dass in einem osteuropäischen Staat Arbeiter streikten und für ihre Interessen eintraten, führte aber lediglich zu weiter reichenden Befürchtungen innerhalb der soeben zitierten Blocklogik. Der *Solidarność* wurden zügig nationale Ambitionen unterstellt.

„Der Kontext, in dem die Streiks ausbrachen und in dem später die *Solidarność* tätig war, begünstigte nicht gerade ihre Wahrnehmung als europäisches Phänomen. Durch den Gebrauch von weiß-roten Flaggen und Armbinden erhielt die Bewegung schnell einen nationalen Charakter – und durch Kreuze, gemeinsame Gebete und Gottesdienste, eine religiöse, oder besser gesagt, eine katholische Färbung.“<sup>164</sup>

#### *Großbritannien*

Während eines Besuchs des *Solidarność*-Vertreters Bogdan Lis beim TUC im Februar 1981 versuchten die anwesenden britischen Gewerkschafter, ihm Äußerungen über Polens Rolle in Europa, die Relevanz der Entspannungspolitik

---

<sup>163</sup> GARTON ASH, S. 307.

<sup>164</sup> HOLZER 2007, S. 87.

und die Gefährdung des Friedens auf der Welt zu entlocken und waren recht enttäuscht, als dieser die Bitte mit einem Verweis auf die Ziele seiner Organisation ablehnte. „Lis was a little surprised to see how much emphasis the British unions put on international politics rather than trade unionism. Whereas he wanted to discuss trade unionism, his counterparts in Britain were keen to talk about world peace.”<sup>165</sup>

Solidarność wurde vom TUC also nicht als eine Arbeiterbewegung angesehen, die versuchte, eine Lücke in der polnischen Zivilgesellschaft zu füllen sondern als ein Vehikel, das Einfluss auf die Machtverhältnisse des Kalten Krieges nehmen konnte. Diese politische Verantwortung gehörte zu diesem frühen Zeitpunkt jedoch nicht zu den Ambitionen der Solidarność. Sie stellte die Machtblöcke in Ost und West nicht infrage und wollte eine Provokation der Sowjetunion vermeiden.

Das Verständnis für die polnische Arbeiterbewegung und dessen Streikkultur wies somit Mängel auf, die sich bei der Rolle der katholischen Kirche fortsetzte.<sup>166</sup> Die in der Tat omnipräsente christliche Symbolik<sup>167</sup> und die explizite Fürsprache prominenter Geistlicher, wie Jerzy Popiełuszko oder Papst Johannes Paul II. ließen viele so genannte aufgeklärte Gewerkschafter von einer Einmischung der autoritären Kirche in gesellschaftliche Belange sprechen. Dass im protestantischen Großbritannien die katholische Kirche ohnehin in der Kritik stand, verstärkte die Irritationen. Das Gewerkschaftsmitglied J.H. Goudry schrieb am 24. März 1981 an den Vorstand des TUC: „„Solidarity’ is not a ‚free’ trade union. It is largely inspired by Roman Catholic influence, and since the Roman Catholic Church is in itself a totalitarian organisation, the Trade Union Movement in Britain may be unwittingly ‚nurturing a viper in its bosom.’”<sup>168</sup> Somit war das Bild, das der TUC von der Solidarność hatte, eher von Komplikationen geprägt, als von den Chancen eines gegenseitigen Austausches. Inspirierte Debatten, z.B. über eine ideologische Erneuerung des Programms oder die Konzeption des

---

<sup>165</sup> BERGER und LaPORTE, in: GODDEERIS 2010, S. 134.

<sup>166</sup> Vgl. PLEITNER, in: DMITRÓW und WEGER, S. 689.

<sup>167</sup> Vgl. KUBIK, Jan: The power of symbols against the symbols of power. The rise of Solidarity and the fall of state socialism in Poland, University Park 1994, S. 183-238.

<sup>168</sup> Zit. nach PLEITNER, in: DMITRÓW und WEGER, S. 688.

Sozialismusbegriffes, wie dies etwa bei der französischen Gewerkschaft CFDT der Fall war, fanden innerhalb des TUC nicht statt.

### *Frankreich*

Vor 1980 hatte die CFDT im Zuge ihrer internationalen Gewerkschaftsbeziehungen nur wenige Erfahrungen mit osteuropäischen oppositionellen Kräften gesammelt, da sie sich zu jener Zeit auf Kontakte zu Entwicklungsländern in Südamerika und Afrika konzentrierte. Zum staatlichen Gewerkschaftsbund *Centralna Rada Związków Zawodowych* (CRZZ) in Polen unterhielt die CFDT, wie auch die meisten anderen westlichen Gewerkschaften, die üblichen offiziellen Beziehungen, ohne besonders eng mit ihnen kooperieren zu wollen. Die Unterstützung für die aufkommende Opposition in Polen war in den siebziger Jahren folglich noch nicht besonders hoch.

„La CFDT était à l'époque très ouverte sur le tiers monde et relativement bloquée sur l'Est.' (...) Comme beaucoup d'autres organisations occidentales, elle n'imaginait pas qu'une transformation de la situation politique dans cette partie du monde pourrait venir de l'action des forces sociales autonomes.“<sup>169</sup>

Die CFDT wurde von den Auswirkungen der polnischen Arbeiterbewegung überrascht. Was allerdings bereits existierte, waren einzelne Kontakte zu polnischen Emigranten in Frankreich, die bereits 1976 Hilfsaktionen für entlassene Arbeiter in den polnischen Städten Ursus und Radom organisierten. Daraus entwickelten sich regelmäßige Treffen zwischen einzelnen Mitgliedern der CFDT und polnischen Aktivisten, zu denen auch Adam Michnik gehörte.<sup>170</sup>

Das Interesse an der *Solidarność* war am Anfang vor allem von Neugier geprägt. Neben der politischen Brisanz erkannten die Verantwortlichen der CFDT auch die Möglichkeiten eines gegenseitigen Ideenaustausches. Die Faszination, die von der neuen Arbeiterbewegung ausging, wird in folgendem ins Deutsche übersetzte Interview des französischen Nachrichtenmagazins *Nouvel Observateur*

---

<sup>169</sup> FRYBES, S. 10.

<sup>170</sup> Vgl. BÉGIN, S. 297.

mit Jacques Chérèque deutlich. Das Interview fand am 12. Januar 1981 statt, als der für die internationalen Beziehungen der CFDT zuständige Gewerkschafter mit einer Delegation in Danzig war, um sich einen persönlichen Eindruck von Solidarność zu verschaffen.

N.O.: „Aber es gab doch bereits Gewerkschaften.

J.C.: Aber sie sind, ebenso wie die Planungsbehörde oder die Partei, Räder des Systems, das die Arbeiterklasse vergessen lassen wollte, daß sie das Recht hat, Forderungen zu stellen oder überhaupt zu existieren. Das Regime dachte für die Arbeiterklasse. (...)

N.O.: Und wie organisiert sich „Solidarität“?

J.C.: Das ist phantastisch. (...) Die Gewerkschaft ist die Sache aller Arbeiter. (...) Sie erklären einfach: Selbstverwaltung ist der Wille, kollektiv die Hoffnung und Wünsche der Männer und Frauen in Angriff zu nehmen und mit ihnen zusammen alles, was sie betrifft zu verwalten. Wir finden darin Themen und Thesen, die auch von der CFDT vertreten werden. (...) Wir haben eine tolle Lektion in Selbstverwaltung erhalten!“<sup>171</sup>

Die Aussagen Chérèques verdeutlichen die Reziprozität, mit der beide Gewerkschaften ihre Beziehungen gestalteten. Besonders bei der Verwaltung und Organisation war die Solidarność auf die langjährige Erfahrung ihrer westlichen Pendants angewiesen. Die CFDT erkannte jedoch darüber hinaus die Möglichkeiten, die sich aus dem Dialog mit den polnischen Arbeitern für sie selbst ergeben konnten. „Solidarité, c'est aussi pour nous un stimulant fécond pour nous aider à revivifier notre syndicalisme, nos conceptions du socialisme, nos rapports de travailleurs de pays développés avec les autres travailleurs du monde.“<sup>172</sup> Besonders die Idee der *autogestion*, eines der ältesten und wichtigsten Prinzipien der CFDT, schien wieder mit neuem Leben gefüllt werden zu können.<sup>173</sup> „The ideological meeting of minds between the CFDT and Solidarność

---

<sup>171</sup> „Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarnosc.“ Reiseberichte, Interviews, Dokumente, Frankfurt a.M. 1981, S. 18f.

<sup>172</sup> Edmond Maire, Generalsekretär der CFDT von 1973 bis 1988, zit. nach BÉGIN, S. 307.

<sup>173</sup> Eine direkte Übersetzung des Begriffs *autogestion* ins Deutsche ist schwierig. Am nächsten käme ihm der Begriff „Selbstverwaltung“. Dieses Konzept richtet sich ausdrücklich gegen alle

centered on the notion of ‘self-management’ (*autogestion*). (...) The two parties stressed ‘a joint desire to see workers take charge of their individual and collective futures.’<sup>174</sup>

Solidarność wurde zu einem Hoffnungsträger der CFDT. Seweryn Blumsztajn, der 1981 in Paris von der Verhängung des Kriegsrechts in Polen überrascht wurde und daraufhin drei Jahre lang von dort die Unterstützung der Solidarność organisierte, formulierte den Reiz der polnischen Arbeiterbewegung wie folgt:

„Solidarité (...) était aussi une tentative de réalisation d’une certaine utopie, et, en ce sens, il appartenait à la gauche. (...) Il régnait par ailleurs dans le syndicat une obsession de légalisme et de démocratie qui ne pouvait qu’être sympathique. (...) Il faudrait encore ajouter l’autogestion. Bref tous les grand thèmes de l’Utopie étaient rassemblés et se mettent en place en un lieu pour le moins insolite, là où personne ne les aurait attendus.“<sup>175</sup>

Beide Gewerkschaften erkannten in dem Element der Selbstverwaltung einen wichtigen Bestandteil einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Durch ihren Erfolg in einem osteuropäischen sozialistischen Staat fungierte die Solidarność als Beweis für die Theorie, dass Zivilgesellschaft sowohl transsozial als auch translokal und transnational sei.<sup>176</sup>

Es ist nicht so, dass es innerhalb der CFDT keine kritischen Stimmen gab, die bestimmte Entwicklungen misstrauisch registrierten. Eines der Grundprinzipien der französischen Gewerkschaft war der Laizismus, weshalb die Basis auf den Einfluss der katholischen Kirche auf Solidarność mit Unverständnis reagierte.<sup>177</sup> „Le rôle joué par les conseillers liés à l’Épiscopat (...) est souvent perçu avec réserve et crainte par les militants d’une organisation dont l’un des

---

Formen von Hierarchien, Autoritäten und anderer vertikaler Gesellschaftsmodelle. Vgl. MAIRE, Edmond et al. (Hg.): *La C.F.D.T. et l'autogestion*, Paris 1973.

<sup>174</sup> CHWALBA, Andrzej und Frank GEORGI: *France. Exceptional Solidarity?*, in: GODDEERIS 2010, S. 191-217, S. 210.

<sup>175</sup> BLUMSZTAJN, Seweryn: *Je rentre au pays. Polonais, juif, membre du KOR et de Solidarité*, Paris 1985, S. 153.

<sup>176</sup> Vgl. Kapitel 2.1.1.

<sup>177</sup> Vgl. BÉGIN, S. 310.

piliers identitaires repose précisément sur le principe de la laïcité.“<sup>178</sup> Gegen Ende des Jahres 1981 wiesen weitere Mitglieder auf nationalistische Töne und die wachsende Politisierung der Solidarność und auf die damit verbundenen potentiellen Gefahren hin. „Passionate CFDT members nonetheless appeared to be slightly worried about the ‘Polish nationalism’ expressed and about the slide towards politics, with all the dangers that that entailed.“<sup>179</sup> Trotz dieser Befürchtungen überwog aber die Faszination, die von der Solidarność ausging und die als Motivation für die Unterstützung der polnischen Arbeiter diente.

### *Belgien*

Der Einfluss der katholischen Kirche auf die Aktionen der Solidarność schien für viele westliche Beobachter ein nicht zu lösendes Rätsel gewesen zu sein. Als eine der wenigen westeuropäischen Gewerkschaften sah die belgische ACV darin kein Problem. Im Gegenteil fand sie darin die Existenzberechtigung christlicher Gewerkschaften bestätigt. „Comments on the aid given to Solidarność stressed (...) the involvement of the Church (...) and the common struggle for Christian culture.“<sup>180</sup> Hilfskonvois, die in Richtung Polen aufbrachen, wurden jedes Mal während einer eigens abgehaltenen Messe gesegnet.

### *Italien*

Die Betonung christlicher Werte führte auch bei der italienischen Gewerkschaftsföderation zu keinerlei Irritationen, auch weil andere Themen im Vordergrund standen. Bei dem ersten Besuch einer Solidarność-Delegation im Ausland im Januar 1981 sagte Ryszard Kalinowski: „We came to visit the Italian trade unions because they are strong, united, and because they have, just as Solidarność does, different political and ideological factions.“<sup>181</sup> Die italienischen Einzelgewerkschaften betonten auch ihre eigenen Standpunkte und setzten

---

<sup>178</sup> FRYBES, S. 15.

<sup>179</sup> CHWALBA und GEORGI, in GODDEERIS 2010, S. 200.

<sup>180</sup> GODDEERIS 2007, S. 315.

<sup>181</sup> Zit. nach CAVALLUCCI und DE AMICIS, in: GODDEERIS 2010, S. 75.

unterschiedliche Akzente, ohne dass dies zu einem Konflikt in der Konföderation geführt hätte.<sup>182</sup> „The CISL stressed particular elements while interpreting the role of Solidarność. It was especially fascinated by its call for autonomy and independence from other social factors, such as the state or the party.”<sup>183</sup>

Die UIL hatte einen klaren Ansatz und sah in Solidarność die Chance, das kommunistische System in Polen von innen her aufzulösen. „The UIL (...) had a quite clear political approach. It strongly criticized the Polish system, emphasizing its internal contradictions, paradoxes, corruption, and brutality. Solidarność represented something new, and could be the first step toward Poland’s gradual democratization.“<sup>184</sup>

Auch die kommunistische CGIL war von den Entwicklungen in Polen fasziniert und stand der Solidarność positiv gegenüber. Dafür gab es mehrere Gründe. Erstens fand der Kampf der polnischen Arbeiter in der gesamten italienischen Bevölkerung große Sympathien, so dass es die CGIL aus taktischen Gründen vorzog, die Einheit der Konföderation zu demonstrieren und sich somit nicht politisch zu isolieren. „The CGIL did not have interest in breaking up the federation. Even if it had an interest, Solidarność would not have been the ideal trigger: many Italian workers were moved by the Polish movement.”<sup>185</sup> Zweitens entstanden schon viele Jahre vor der Entstehung der Solidarność interne Debatten über einen neuen Sozialismus. „The CGIL continued redefining its relationship with the People’s Republics’ trade unions, favoring change into ‘real socialism’ and European détente.”<sup>186</sup> Die Erfahrungen mit Solidarność wurden also genutzt, um die eigene Konzeption von Sozialismus zu erneuern und sich einer europäischen Einigung zu öffnen. Diese Herangehensweise wurde bereits bei der französischen Gewerkschaft CFDT festgestellt.

---

<sup>182</sup> Vgl. GODDEERIS 2007, S. 316.

<sup>183</sup> CAVALLUCCI und DE AMICIS, in: GODDEERIS 2010, S. 82.

<sup>184</sup> Dies., S. 89.

<sup>185</sup> Dies., S. 92.

<sup>186</sup> Dies., S. 93.

## USA

Der US-amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO wurde zwar auch als Sympathisant der Solidarność identifiziert, doch die Begründung hierfür hatte wenig mit gegenseitiger Inspiration oder Zukunftsideen zu tun. Vielmehr muss eine Erklärung vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gesucht werden.<sup>187</sup> Obwohl bereits ein nur begrenzt konstruktives Verhältnis zwischen der AFL-CIO und ihrer Regierung festgestellt wurde,<sup>188</sup> waren sich beide in einem wesentlichen Punkt einig. Sie lehnten den Kommunismus als Gesellschaftsform bedingungslos ab und waren von seiner Mangelhaftigkeit überzeugt. „The AFL-CIO had a long tradition of rabid anti-communism.“<sup>189</sup> Diese Einstellung gründete sich nicht nur auf die Unvereinbarkeit des Kommunismus mit freien Gewerkschaften sondern auch auf die beachtliche Anzahl von Mitgliedern mit osteuropäischen Wurzeln in der AFL-CIO, die von ihren Erfahrungen mit dem Kommunismus berichten konnten. Zu den Mängeln des Kommunismus habe demnach vor allem dessen wirtschaftliches Versagen gehört. „Every political crisis in post-war Poland had been precipitated by the communist system’s economic failures and their clumsy efforts to remedy the situation with sudden price increases.“<sup>190</sup>

Was aus dieser Aussage ebenfalls hervorgeht, ist die Einschätzung, dass die Solidarność lediglich ein Produkt der Lebensverhältnisse in Polen gewesen sei, das als logische Konsequenz aus den Fehlern des Kommunismus entstehen musste. Das immanente Bestreben, Teil einer intakten Zivilgesellschaft zu sein, wurde ihr so abgesprochen. Deshalb war auch die Unterstützung der Solidarność mit einer bestimmten Absicht verbunden. Lane Kirkland hatte schnell höhere Ziele mit ihr und wollte, ähnlich wie die italienische Gewerkschaft UIL, die Chance nutzen, durch einen Erfolg der polnischen Arbeiterbewegung den Zerfall des kommunistischen Systems im gesamten Ostblock herbeizuführen. „Lane

---

<sup>187</sup> Vgl. RACHWALD, S. 49f.

<sup>188</sup> Vgl. Kapitel 3.3.2.

<sup>189</sup> GODDEERIS 2007, S. 307.

<sup>190</sup> DAVIS, John J.: Postwar Relations: The Long Climb From Yalta and Potsdam to Gdańsk and the Round Table, in: The Polish Review, Vol. LIV, No. 2, New York 2009, S. 195-228, S. 206.

Kirkland was quick to see the potential of (...) Solidarność (...) in the fight to free Eastern Europe from communist domination.”<sup>191</sup> Es lässt sich festhalten, dass Solidarność in der Wahrnehmung der AFL-CIO eine politische Chance und zugleich das Instrument zur Ergreifung dieser Chance war. Eine intellektuelle Identifikation wie in Frankreich fand bis auf die üblichen Verweise auf die Rolle der Arbeiter nicht statt. Die Unterstützung der Solidarność verfolgte das strategische Ziel, den Sieg im Kampf gegen den Kommunismus davonzutragen, welches sie übrigens mit den meisten Vertretern der Solidarność nicht teilte.

### *Bundesrepublik Deutschland*

In der Bundesrepublik Deutschland taten sich die Beobachter mit einer eindeutigen Einschätzung der polnischen Arbeiterbewegung schwerer.

„Es lässt sich nicht verhehlen, dass die Solidarność-Bewegung in Westdeutschland nicht auf breites Verständnis traf, zumal der deutschen Linken die katholischen Formen der Solidarność-Selbstverwaltungen – gelinde gesagt – zu ‚exotisch‘ vorkamen. Als zu gefährlich für den Status quo in Europa erschien vielen deutschen Politikern und Publizisten auch der Impetus des explosionsartigen Auftauchens der Solidarność.“<sup>192</sup>

In dem obigen Zitat werden bereits die wesentlichen Charakteristika der westdeutschen Wahrnehmung erwähnt, die auch auf den DGB zutrafen. Ähnlich wie dies schon für den TUC festgestellt wurde, fiel es den Gewerkschaftern schwer, die Selbsteinschätzung der Solidarność als unpolitisch richtig zu verstehen. Das nachstehende Interview mit Karol Modzelewski entstand im November 1980 in Wrocław.<sup>193</sup>

---

<sup>191</sup> DOMBER, S. 277.

<sup>192</sup> KRZEMINSKI, Adam: Vorwort, in: RIECHERS, Albrecht: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980-1982, Bonn 2006, S. 6.

<sup>193</sup> Karol Modzelewski (\*1937) war 1980 Solidarność-Mitglied. 1981 und 1982-84 war er inhaftiert. Der heutige Historiker und Hochschulprofessor war Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Frage: „Wenn wir mit den Kollegen hier über die politische Bedeutung der Streiks und der Selbstorganisation sprechen, antwortet man uns: wir sind eine Gewerkschaftsbewegung, mit Politik haben wir nichts zu tun. (...) Aber bei uns – und sicher noch in mehr Ländern, in denen die Industrie verstaatlich ist, sind wirtschaftliche Fragen auch politische Fragen.

K.M.: Sicher. Die Leute haben hier einen anderen Sprachgebrauch. Wenn sie sagen, sie kümmern sich nicht um Politik, verteidigen sie sich gegen den Vorwurf, ‚Solidarität‘ wolle eine politische Opposition zur Kommunistischen Partei werden. (...) Wir wollen mit der Partei nichts zu tun haben, wir wollen unsere Unabhängigkeit als soziale Bewegung. Aber diese Tatsache ist natürlich politisch. Unsere Ziele sind politisch, denn wenn man über die Verteilung des Nationaleinkommens diskutiert, redet man über Politik. Das nicht als Politik zu bezeichnen, ist eher ein psychologisches Problem.

Frage: Du meinst, daß es selbst in einem Arbeiterstaat zu Konflikten zwischen dem allgemeinen Interesse und den Interessen von Teilen der Arbeiterklasse kommen kann?

K.M.: Wir haben nicht den Ehrgeiz, in Polen einen Arbeiterstaat zu schaffen. Der soll kommunistisch bleiben. Für uns stellt sich die Frage nach der Macht nicht. (...)

Frage: Also ein Verhältnis von Strategie und Taktik?

K.M.: Wenn Du darunter etwas verstehst, was von ideologischen Überzeugungen bestimmt wird, so werden das sehr wenige Leute in Polen akzeptieren. Wenn man darunter etwas versteht, was langfristige Ziele bestimmt, so gibt es eine Mehrheit, die glaubt, das beste langfristige Ziel ist ein *modus vivendi* mit dem Regime auf der Grundlage der erreichten Errungenschaften. (...) Wir sind keine Revolutionäre weil wir nicht glauben, daß die Revolution eine Aussicht hat, den Sieg davonzutragen. Die Intervention wäre sicher.“<sup>194</sup>

Für die deutschen Gewerkschafter, die Modzelewski interviewten, schienen seine Ausführungen nicht befriedigend zu sein. Sie sahen in den streikenden Arbeitern

---

<sup>194</sup> „Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarnosc.“, S. 29-34.

und ihrer Organisation eine Bewegung mit politischen Zielen, die eine Alternative zur kommunistischen Partei darstellen wollte. Die Beteuerungen Modzelewskis über den unpolitischen Charakter der Solidarność hielten die deutschen Gewerkschafter für Strategie und Taktik.

Manche Gewerkschafter unterstellten ihr wegen ihres rasanten Wachstums sogar weiter reichende Absichten. Der bereits erwähnte Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, bemängelte den Einfluss des Katholizismus, bezeichnete die Solidarność als einen Angriff gegen das „sozialistische Volkspolen“<sup>195</sup> und warf ihr vor, die „Krise der polnischen Gesellschaft zum Kampf gegen den Sozialismus“<sup>196</sup> zu missbrauchen. Solche Befürchtungen galten allerdings nicht nur dem polnischen Staat alleine.

Sowohl die Regierung, als auch die Gewerkschaften in Westdeutschland sahen ihre andauernden Bemühungen um die Annäherung aller europäischen Staaten und den Frieden in Europa durch das Auftreten der Solidarność gefährdet. „Wir trauten Solidarnosc nicht das Augenmaß zu, die Sehne nicht zu überspannen.“<sup>197</sup> Aufgrund dieser Einschätzung sprach sich Willy Brandt anfangs auch gegen jegliche Einmischung des DGB in die polnischen Angelegenheiten aus.<sup>198</sup>

Dieser Forderung kam der DGB nicht nach, denn man war durchaus willens, mit der Solidarność zusammenzuarbeiten und von ihr zu lernen, so wie es in Frankreich oder Italien geschah. In Westdeutschland äußerten die Gewerkschafter allerdings Vorbehalte, die denen ihrer Regierung sehr ähnlich klangen. Jakob Moneta, früherer Chefredakteur der Zeitschrift „metall“, sagte in einer Grußbotschaft: „Wenn Solidarnosc sich fähig erweist, den Aufbau einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft voranzutreiben, würde das eine gewaltige Wirkung auf den Kampf der Arbeiter in den westlichen Ländern haben.“

---

<sup>195</sup> MAHLEIN, Leonhard: Gewerkschaften international. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Frankfurt a.M. 1984, S. 150.

<sup>196</sup> Ders., S. 153.

<sup>197</sup> Egon Bahr, westdeutscher SPD-Politiker und Geheimdiplomate (\*1922), zit. nach BINGEN, Dieter: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998, S. 200.

<sup>198</sup> Vgl. ROTHER, in: BOLL und RUCHNIEWICZ, S. 224.

Wenn Ihr gute Lehrer seid, verspreche ich Euch, daß wir gute Schüler sein werden!“<sup>199</sup>

Das etwas komplizierte Verhältnis des DGB zu den Freiheitsbemühungen der polnischen Streikenden lässt sich zu einem gewissen Teil auch mit der kollektiven Erinnerung in Polen an den Zweiten Weltkrieg und der darin vorkommenden Rolle der Deutschen erklären. Dieser Aspekt sollte nicht überbewertet werden, doch ist es wichtig, die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen mancher westlicher Gesellschaften nicht zu vergessen. „A German (on the Left or the Right), with a heavy legacy of guilt towards Poland, naturally reacted differently from a Frenchman (on Left or Right), conscious of the whole nineteenth-century tradition of emotional and intellectual identification with Poland.“<sup>200</sup>

Garton Ash zieht hier die französische Gesellschaft zum Vergleich heran und erkennt klare Unterschiede in der jeweiligen Erinnerungskultur. Während in Deutschland die deutsch-polnischen Beziehungen von einer Täter-Opfer-Geschichte dominiert würden, sei die gemeinsame Geschichte von Franzosen und Polen mit erfreulicheren Erinnerungen bestückt gewesen. Schon während des 19. Jahrhunderts gab es enge Verbindungen zwischen beiden Staaten. „Nach den fehlgeschlagenen Aufständen 1830/31 und 1863 gingen viele Polen nach Frankreich ins Exil und ließen sich dort nieder.“<sup>201</sup> Somit kam es sogar zu einer Vermischung der Kulturen, da viele polnische Familien in Frankreich sesshaft wurden. Dieser unterschiedlichen Ausgangssituation waren sich alle Beteiligten bewusst. Auch beim DGB war man sich über seine Rolle im Klaren:

„Die kommunistische Staatsmacht in Polen und in der UdSSR war eher bereit, französische und italienische Solidarität mit ‚Solidarität‘ zu akzeptieren als deutsche. Den Italienern sah man manches nach, Frankreich war das traditionelle Aufnahmeland polnischer Freiheitskämpfer. Die deutschen aber blieben in der offiziellen Sprachregelung trotz

---

<sup>199</sup> „Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarnosc.“, S. 21.

<sup>200</sup> GARTON ASH, S. 307.

<sup>201</sup> LINDEMANN, Dominik: Der Aufstieg der Solidarność 1980. Über die „Solidarität mit Solidarność“ der westeuropäischen Gewerkschaften, in: PLEITNER, Berit (Hg.): Polen. Eine Reise. Erinnerungs- und Begegnungsorte, Oldenburg 2011, S. 226-243, S. 238.

Normalisierungsvertrag und engen Wirtschaftsbeziehungen die ewigen Revanchisten, mit denen man sich nicht zu nah einlassen sollte.“<sup>202</sup>

Dass diese Argumentation auch ihre Berechtigung hatte, wird deutlich, wenn man das Handeln der polnischen Staatsorgane in Bezug auf Kontakte der dortigen Opposition zu deutschen Organisationen betrachtet. Bereits 1945 wurde das Potential erkannt, den Hass der Bevölkerung auf die Deutschen dazu zu nutzen, eine einheitliche nationale Front zu schaffen. Die Regierung in Polen nutzte die vorhandenen Ressentiments konsequent zur Bildung eines „deutschen Syndroms.“<sup>203</sup> Jegliche Art von Kontaktaufnahme konnte somit als Vorwand dienen, Strafen zu verhängen oder die Menschen zu diskreditieren.<sup>204</sup> „Die Deutschen und die Angst vor ihnen waren das beste Argument, um das polnische Volk mit der Regierung zu vereinen.“<sup>205</sup> Auch deshalb war der DGB gut beraten, beim Umgang mit der Solidarność mit Vorsicht und Diskretion vorzugehen.

---

<sup>202</sup> KRISTOFFERSEN, in: PLUM, S. 78.

<sup>203</sup> Vgl. BOLL und ŚWIDER, in: GODDEERIS 2010, S.162.

<sup>204</sup> Für solche Diskreditierungen und ihre Wirksamkeit gibt es auch aktuelle Beispiele. Bei den polnischen Präsidentschaftswahlen von 2005 enthüllten die Gegner Donald Tusks die Mitgliedschaft seines Großvaters in der deutschen Wehrmacht. Vgl. URBAN, Thomas: Es hitlert sehr. Das Deutschlandbild der polnischen Medien, in: Osteuropa, 57. Jahrgang, Bd. 1, Berlin 2007, S. 57-71.

<sup>205</sup> ŚWIDER o.J., S. 232.

### **3.5 Handlungsoptionen I: der Umgang der westlichen Gewerkschaften mit CRZZ, PZPR und NSZZ Solidarność vor dem 13. Dezember 1981**

„The crux of the problem is that for various reasons (...) we have collectively admitted (...) that there is one trade union per country in communist countries (...) However, if regardless of the repression, workers now reject official trade unions by creating others and request our support and solidarity, can we maintain our current stance or should we move up a gear? That is the question.”

- René Salanne, 1979<sup>206</sup>

Die bisherigen Analysen sind deshalb in dieser Ausführlichkeit vorgenommen worden, da sie nach Meinung des Verfassers die unmittelbaren Handlungsbedingungen der westlichen Gewerkschaften für die obige Frage darstellen. René Salanne drückt stellvertretend für alle westeuropäischen Kollegen das Dilemma aus, vor dem sie standen. Wie sollte man auf das Erscheinen einer freien Gewerkschaft innerhalb eines kommunistischen Staates reagieren, nachdem man sich ursprünglich damit abgefunden hatte, dort nur eine staatliche Organisation vorzufinden?

Es gehört zu der Argumentation des Verfassers, dass man aufgrund der klaren Einteilung sowohl Europas als auch des Denkens eine einheitliche Reaktion der Beteiligten aus dem Westen hätte erwarten können.<sup>207</sup> Die Motive und weitere Handlungsbedingungen, also den *inneren* Kontext, genauer zu untersuchen, diene der Relativierung dieser These, die nur deshalb gelang, da die tatsächlich geleistete Unterstützung oder das Ausbleiben dieser nicht im Vordergrund stehen. Denn selbst wenn diese im Ergebnis identisch sein sollte, kann der Weg dorthin ein gänzlich anderer gewesen sein. Darin liegt das Erkenntnisinteresse des Verfassers.

Vor der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 erklärten fast alle westlichen Gewerkschaften ihre Solidarität mit Solidarność und

---

<sup>206</sup> Mitglied der internationalen Abteilung der CFDT, zit. nach CHWALBA und GEORGI, in: GODDEERIS 2010, S. 194.

<sup>207</sup> Vgl. Kapitel 1.2.1.

leisteten materielle Hilfe unterschiedlichen Ausmaßes. Wie in der Einleitung erwähnt, soll in diesem Kapitel jedoch kein Vergleich der gesammelten Spenden vorgenommen werden. Vielmehr konzentriert sich die Untersuchung auf die jeweiligen Besonderheiten, die mit den zuvor erarbeiteten Handlungsbedingungen korrelieren.

## USA

Idesbald Goddeeris bezeichnet die US-amerikanische AFL-CIO als „the most important foreign sponsor of Solidarność.“<sup>208</sup> Ob diese Bezeichnung dem Gewerkschaftsbund vollständig gerecht wird, ist offen. Dass keine Besuche Kirklands in Danzig stattfinden konnten, lag auch daran, dass dieser bis 1989 kein Visum zur Einreise nach Polen erhielt. Es trifft allerdings zu, dass er vor allem durch finanzielle Maßnahmen versuchte, Einfluss auf die Geschicke der Solidarność zu nehmen.<sup>209</sup> Gegenseitige Schulungen fanden im Vergleich zu den anderen westlichen Gewerkschaften höchst selten statt. Wenige Tage nach Unterzeichnung des Danziger Abkommens gründete der Vorstand der AFL-CIO den *Polish Workers Aid Fund* (PWAFF), der bis November 1981 insgesamt knapp 250.000 \$ sammelte. Bevor dieses Geld an Mitglieder der Solidarność übergeben oder in Hilfsmaterial investiert wurde, ließ man sie selbst entscheiden, wofür es eingesetzt werden sollte. Bei folgendem Zitat sei auch auf die etwas martialische Ausdrucksweise Kirklands hingewiesen, die seiner Wahrnehmung des Konflikts entsprach.

„The AFL-CIO pledges its full support to our Polish brothers and sisters. We do not presume to recommend what Solidarność should or should not do. These are decisions that only the Polish Workers can make for themselves. Whatever the decisions of these courageous people, we shall do what we can do to assist them. (...) Their battle is ours. We shall not let them down.“<sup>210</sup>

---

<sup>208</sup> GODDEERIS 2007, S. 307.

<sup>209</sup> Vgl. RACHWALD, S. 48.

<sup>210</sup> Zit. nach DOMBER, S. 280.

## Frankreich

Auch die französischen Gewerkschaften sammelten wie alle anderen Spenden, um die Solidarność finanziell zu unterstützen. Im Vordergrund standen allerdings gegenseitige Besuche und ein reger Austausch von Informationen. Antoni Filipkowski, aktives Solidarność-Mitglied und Liedermacher, drückte die Notwendigkeit wie folgt aus: „Was die Solidarność aus dem Ausland brauchte, war gewissermaßen eine Anleitung, wie man eine freie Organisation aufbaut und führt, da man das im kommunistischen, diktatorischen Polen nicht lernen konnte.“<sup>211</sup> Hierbei half die CFDT.<sup>212</sup>

Darüber hinaus sorgte sie dafür, dass das Informationsmonopol des polnischen Staatsapparates durchbrochen wurde, indem über 50% der Ausgaben des CFDT-eigenen Magazins *Syndicalisme* von August 1980 bis Dezember 1981 Artikel über die Ereignisse in Polen enthielten.<sup>213</sup> Vor aber besonders nach der Verhängung des Kriegsrechts war es für die Solidarność sehr schwierig, Informationen aus dem Westen zu bekommen. Auch anhand der in Frankreich stattfindenden Pressekonferenzen, die ein Sprachrohr für im Exil lebende Polen sein konnten, lässt sich ablesen, wer die Solidarność unterstützte und wer die staatlichen Vertreter als Handlungspartner favorisierte. Die CGT zog es nämlich vor, zu ihrer ersten Pressekonferenz ein Mitglied des CRZZ und einen Berater der polnischen Regierung einzuladen, während die CFDT und die FO jeweils im Exil lebende Freiheitskämpfer zu Wort kommen ließen.<sup>214</sup> Alle französischen Gewerkschaften mit Ausnahme der CGT beschränkten ihre Beziehungen zum CRZZ auf ein Minimum. Die Zeitschrift *Le Quotidien de Paris* kommentierte dies etwas drastischer. „Schématiquement, la CFDT a défendu le point de vue des grévistes et la CGT celui des employeurs polonais.“<sup>215</sup>

---

<sup>211</sup> „Gespräch mit Antoni Filipkowski. Solidarność-Aktivist der ersten Stunde“, in: PLEITNER, S. 220-225, S. 222.

<sup>212</sup> Vgl. „Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarnosc.“, S. 19.

<sup>213</sup> Vgl. CHWALBA und GEORGI, in: GODDEERIS 2010, S. 198.

<sup>214</sup> Vgl. dies., S. 196 und BÉGIN, S. 304.

<sup>215</sup> Zit. nach FRYBES, S. 12.

Aufgrund der besonderen historischen Verbundenheit und der gegenseitigen Inspiration war die Unterstützung der französischen Gewerkschaften für eine polnische Freiheitsbewegung durch eine hohe Emotionalität und die Überzeugung geprägt, bei der Unterstützung der Solidarność hervorzustechen, wie folgendes Zitat belegt. „Les larmes aux yeux, fleurs à la main, Claude entend Lech Walesa remercier la CFDT pour sa présence et pour l’argent qu’elle lui a remis.”<sup>216</sup> Beim ersten Treffen des CFDT-Funktionärs Claude Sardais mit Lech Wałęsa in Polen hatte ersterer Tränen in den Augen. Die besondere Rolle als Vorreiter aller westeuropäischen Gewerkschaften, die die CFDT gerne für sich in Anspruch nahm, wurde ihr während des ersten Besuchs Wałęsas in Paris am 14. Oktober 1981 bestätigt. „In the address given on his arrival, the president of the independent Polish trade union stressed the ‘special nature in the relationship between Polish and French trade unionists‘ and the ‘debt‘ owed to his French comrades.”<sup>217</sup>

### *Italien*

In Italien traf die Solidarność ähnlich wie bei der CFDT auf eine Gewerkschaft, die ihre Intentionen besonders gut verstanden zu haben schien. „The CISL had supported the Helsinki process, and Poland provided a wonderful test for human rights and dignity. It was in this framework, and not in the obvious political one, that a strong CISL solidarity developed.”<sup>218</sup> Die CISL tat sich innerhalb der italienischen Konföderation bei der Unterstützung der polnischen Gewerkschaft deswegen hervor, da sie nicht beabsichtigte, die PZPR politisch zu schwächen. „Sharing the basic ideological beliefs of the future Solidarność, it did not intend to weaken the PZPR’s position but simply to back the Polish workers‘ legitimate requests in terms of labor rights (strikes, internal democracy of labor organizations, etc.).“<sup>219</sup> Man stimmte zwar bei den Konzepten von Gesellschaft, bzw. Zivilgesellschaft überein aber gerade aus diesem Grund sollte die

---

<sup>216</sup> Ders., S. 11.

<sup>217</sup> CHWALBA und GEORGI, in: GODDEERIS 2010, S. 191.

<sup>218</sup> CAVALLUCCI und DE AMICIS, in: GODDEERIS 2010, S. 87.

<sup>219</sup> Dies., S. 82.

Unterstützung der Solidarność nicht ideologischer Natur sein, um eine Reaktion des polnischen Staatsapparates zu vermeiden. „The priority was to help the Polish workers to obtain basic labor rights, not to change the system on the wave of the existing emotional und ideological affinity between the two organizations.“<sup>220</sup>

### *Belgien*

Die Hilfe, die vor der Verhängung des Kriegsrechts von der ACV in Belgien organisiert wurde, erlangte in Polen nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie die der französischen Gewerkschaften. Zusammen mit katholischen Verbänden, wie der belgischen Caritas oder dem Roten Kreuz wurden aber sehr erfolgreiche Spendenaktionen gestartet. Die Aktion „Eén dag brood voor één Pools gezin“ (Brot für einen Tag für eine polnische Familie) im Mai 1981 brachte umgerechnet etwa 130.000 Euro ein, mit deren Hilfe 200 Tonnen Nahrungsmittel nach Polen geschickt werden konnten.<sup>221</sup> Die sozialistische ABVV beteiligte sich an solchen Initiativen nicht und verwies lediglich auf die international organisierte Hilfe durch die ICFTU. „All solidarity action before December 13, 1981, had a Christian profile. The socialist ABVV/FGTB did not start any initiatives.“<sup>222</sup>

### *Bundesrepublik Deutschland*

Das schon festgestellte komplizierte Verhältnis des DGB zu der Rolle der Solidarność innerhalb des Ost-West-Konflikts setzte sich auch in seinen Maßnahmen fort. Einerseits wurde bereits am 25. August 1980 eine erste Erklärung abgegeben, in der der Kommunismus abgelehnt wurde, da es kein Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem gebe, welches freie Gewerkschaften unnötig mache.<sup>223</sup> Der DGB forderte daher die gleichen Rechte und Freiheiten für die polnischen Arbeiter, „wie sie das internationale Übereinkommen der

---

<sup>220</sup> Dies., S. 83.

<sup>221</sup> Vgl. GODDEERIS, in: GODDEERIS 2010, S. 246.

<sup>222</sup> Ders., S. 247.

<sup>223</sup> Vgl. ŚWIDER o. J., S. 234.

Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) vorsah.<sup>224</sup> Andererseits war der DGB einer der Arbeiterverbände, die ihre Beziehungen zum CRZZ bewusst aufrechterhielten und die Kontakte weiter pflegten. Dies führte bei vielen Beobachtern zu Kritik. In der Literatur wird daher oft von einer Doppelstrategie des DGB gesprochen.<sup>225</sup> Offiziell wurde versucht, die Kontakte zu den offiziellen polnischen Gewerkschaften zu marginalisieren, da sie nur dazu gedient hätten, „sehr gründlich über die polnische Entwicklung informiert“<sup>226</sup> zu bleiben. Aufgrund der schon gewonnenen Erkenntnisse ist es allerdings wahrscheinlich, dass diese Maßnahme mit der Bundesregierung abgesprochen war, um die Entspannungspolitik nicht zu gefährden.

In diesem Zusammenhang ist auch das Bemühen zu bewerten, sämtliche Hilfslieferungen über stille Kontakte abzuwickeln. Heinz Oskar Vetter bevorzugte informelle Verbindungen jenseits der Öffentlichkeit.<sup>227</sup> Dazu sollten – sich exakt an die Absprachen innerhalb der ICFTU haltend – alle Hilfsleistungen über „schwedische Kanäle“<sup>228</sup> verschickt werden. Dafür sprachen die Neutralität Schwedens, die guten Beziehungen zu Polen und der Umstand, dass man für die gegenseitige Einreise keine Visa brauchte. „The Swedish channel remained the preferred route the following year.“<sup>229</sup> Die Zurückhaltung des DGB bei der Information über seine Hilfsleistungen lässt sich nicht auf die Hilfsleistungen selbst übertragen. Durch die besonders engen Kontakte zum Solidarność-Mitglied Zbiginiew Bujak in der Region Masowien und dem Radiomoderatoren Marek Chlebowicz erfuhr der DGB, dass die polnische Gewerkschaft vor allem technische Hilfsmittel brauchte. Es wurde vereinbart, Kopier- und Druckmaschinen sowie eine Anlage zur Aufnahme von Tonbandkassetten zu

---

<sup>224</sup> BÉGIN, S. 296.

<sup>225</sup> Vgl. RIECHERS, S. 15 und BÉGIN, S. 298.

<sup>226</sup> GAWRICH, S. 312.

<sup>227</sup> Vgl. CÖLLEN, Barbara: Die deutschen Gewerkschaften: Diskrete Solidarität mit Solidarność – Niemieckie związki zawodowe: dyskretna solidarność z Solidarnością, in: CÖLLEN, Barbara et al. (Hg.): Polenhilfe. Als Schmuggler für Polen unterwegs - Pomoc dla Polski. Zostali przemytnikami dla Polaków, Dresden/Wrocław 2011, S. 59-78, S. 60.

<sup>228</sup> ŚWIDER 2009, S. 204.

<sup>229</sup> BOLL und ŚWIDER, in GODDEERIS 2010, S. 167.

liefern. „Bis zur Verhängung des Kriegsrechts übermittelte der DGB-Vorstand technische Hilfe für die NSZZ Solidarność in Höhe von 25.000 DM.“<sup>230</sup>

Die Erwähnung der beiden internationalen Gewerkschaftsbünde ILO und ICFTU bei der Hilfe des DGB ist kein Zufall. Dem DGB waren die ständigen Konsultationen mit übergeordneten Gremien sehr wichtig. Durch das Handeln innerhalb eines international abgestimmten Rahmens sicherte er sich gegen Vorwürfe der Verletzung der polnischen Staatssouveränität ab. Diese Gedankengänge sind beispielsweise bei der CFDT nicht festzustellen. Schon seit ihrem Parteitag in Brest 1979 gehörte sie keinem internationalen Gewerkschaftsbund mehr an.<sup>231</sup>

### *Großbritannien*

In Großbritannien wirkten sich die innenpolitischen Querelen mit der Regierung und der dadurch schwindende Einfluss des TUC negativ auf die Unterstützung der Solidarność aus. Len Murray wartete sehr lange, bevor er ihr in einer offiziellen Stellungnahme die volle Solidarität zusicherte. „In the summer of 1980, the TUC was the last major trade union organization in the West to recognize the birth of Solidarność.“<sup>232</sup> Er tat dies erst, nachdem auch der polnische Staat Solidarność anerkannte, was ihm die massive Kritik seiner Basis einbrachte. Murray musste sich in vielen Briefen die Frage gefallen lassen, auf welcher Seite man eigentlich stünde. Das Gewerkschaftsmitglied K.F. Taylor drängte Murray am 25. August 1980: „It is high time for the Trades Unions to tell the Nation where they stand in the current distressing affairs in Poland. Do they support the workers, or do they side with the Kremlin?“<sup>233</sup> Sein Kollege B. Haywood hielt es für angebracht, Murray am 29. August 1980 an die Aufgaben eines Gewerkschaftsbundes erinnern zu müssen.

---

<sup>230</sup> CÖLLEN, in: CÖLLEN et al., S. 67.

<sup>231</sup> Vgl. BÉGIN, S. 295f.

<sup>232</sup> GODDEERIS 2007, S. 321.

<sup>233</sup> Zit. nach PLEITNER, in: DMITRÓW und WEGER, S. 693.

„As an Englishman and trade unionist it is absolutely appalling that the TUC has stood by these past weeks and said nothing in support of the Polish workers. (...) By its total disregard for the Polish people the TUC has shown itself to be more closely aligned with the Communist Party than the British Labour Party. It might be timely to remind the TUC that it is there representing workers, not Parties or Political systems.“<sup>234</sup>

Die Aussagen der beiden Gewerkschaftsmitglieder zeigen, dass die Basis des TUC sich nicht nur eine viel eindeutiger Positionierung pro Solidarność wünschte sondern darüber hinaus die Führung aufforderte, sich wieder auf die Ursprünge der Gewerkschaftsbewegung zu besinnen und für Arbeitnehmerrechte einzutreten, ganz egal in welchem Staat dies grade nötig sei. Aus den Äußerungen der beiden Kollegen lässt sich ebenfalls entnehmen, dass die Basis des TUC verstanden zu haben schien, dass es sich bei den polnischen Streikenden um eine Gruppierung handelte, die sich von dem Einfluss der Staatsorgane abzugrenzen und das Konzept der Zivilgesellschaft zu verwirklichen versuchte. Die Führung des TUC wurde aufgefordert, ihre Pflicht der zivilgesellschaftlichen Solidarität wahrzunehmen und zwar über politische Systeme und Staatsgrenzen hinweg.<sup>235</sup>

Besonders kritisiert wurde der TUC, weil er lange an den Kontakten zu den offiziellen Institutionen aus Warschau und Moskau festhielt. Viele Einzelverbände waren gegen den Besuch des sowjetischen Funktionärs Boris Aweryanow auf dem TUC-Kongress in Brighton im September 1980.<sup>236</sup> Am meisten Aufsehen erregte jedoch ein geplanter Besuch einer britischen Delegation in Polen auf Einladung des CRZZ. Trotz heftiger Kritik und der Aufforderung aus den eigenen Reihen, sich nicht mit dem CRZZ zu treffen, hielt David Basnett, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des TUC und Leiter der Delegation, an diesem Besuch fest. „As far as I am concerned, we have tickets to go to Poland next Monday and Congress has decided we should go.“<sup>237</sup> Ursprünglich wurde der Besuch geplant, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten zu verbessern. Doch nach den Ereignissen in Danzig waren viele Mitglieder der

---

<sup>234</sup> Zit. nach ebd.

<sup>235</sup> Vgl. GOSEWINKEL und RUCHT (Anmerkung 24) sowie RÖDEL (Anmerkung 25).

<sup>236</sup> Vgl. GODDEERIS 2007, S. 321.

<sup>237</sup> *The Times*, vom 5. September 1980.

Meinung, dass man den Besuch absagen oder zumindest ein Treffen mit Solidarność-Vertretern zur Bedingung machen müsse.

„The British TUC (...) provoked widespread public anger in Britain when it refused to cancel a visit to the official Polish trade union after the creation of Solidarity. After a month of heated debate in the British press, the visit was finally cancelled at the initiative of the Poles.”<sup>238</sup> Dieses für den TUC etwas unglückliche Thema wurde schließlich von den polnischen Behörden selbst beendet, indem sie deutlich machten, dass es mit Sicherheit keinerlei Möglichkeit geben würde, Vertreter der streikenden Arbeiter zu treffen. Offiziell hieß die Begründung aus Polen jedoch: „With so many problems on our hands, we have no time for foreign delegations.“<sup>239</sup>

Die Kritik, die der TUC für dieses Vorgehen ertete, wurde dadurch zu relativieren versucht, mit allen Seiten Kontakt aufnehmen zu wollen. Dadurch sei man in der Lage, sich ein genaues Bild der Lage machen zu können. „All of these criticisms were met by a standard reply from Len Murray that the TUC was in favor of free trade unionism everywhere and that the planned visit should be a good opportunity to meet representatives from all sides.”<sup>240</sup> Diese diplomatische Aussage lässt die volle Identifikation mit Solidarność vermissen, passt aber zu den Beobachtungen, dass der TUC bei diesem Thema auf die Kontakte von „Establishment zu Establishment“<sup>241</sup> setzte, also den CRZZ und andere offizielle Stellen als Gesprächspartner lange Zeit vorzog. Ob bei dieser Entscheidung die Entspannungspolitik, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder die Fürsprache Margaret Thatchers für Solidarność das größere Gewicht hatte, bleibt offen.

---

<sup>238</sup> SJURSEN, S. 31.

<sup>239</sup> *The Times*, vom 5. September 1980.

<sup>240</sup> BERGER und LaPORTE, in: GODDEERIS 2010, S. 132.

<sup>241</sup> PLEITNER, in: DMITRÓW und WEGER, S. 697.

### **3.6 Handlungsoptionen II: der Umgang der westlichen Gewerkschaften mit CRZZ, PZPR und NSZZ Solidarność nach dem 13. Dezember 1981**

„Echte Gewerkschaften sind *die* pluralistischen und – was dasselbe bedeutet – *die* anti-totalitären Sozialgebilde *par excellence*.“

- Ernst Fraenkel<sup>242</sup>

In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 änderte sich für die Solidarność alles. Schon Monate vorher begannen die Provokationen des Staatsapparates, bis schließlich der manipulierte Mitschnitt einer Abhöraktion gegen Wałęsa und Streikführer aus dem Ort Radom am 4. Dezember 1981 den Geheimdiensten diente, der Solidarność die Vorbereitung eines gesamtpolnischen Aufstandes vorzuwerfen.<sup>243</sup> General Wojciech Jaruzelski rief das Kriegsrecht in Polen aus.

„Overnight, the right to strike and the activity of independent trade unions was suspended. Phone connections were cut, publication of all but official party newspapers ceased, and a curfew was introduced. Tanks and armoured vehicles appeared on the streets, and a mass round-up of strikers and Solidarity leaders began.“<sup>244</sup>

Das Zitat Ernst Fraenkels am Anfang dieses Kapitels trifft mitten in den Kern dieses Ereignisses und ist gleichzeitig der Beweis für den realen Erfolg, den die Solidarność für sich beanspruchen konnte. Dies mag auf den ersten Blick nicht einleuchtend erscheinen, doch gerade durch das Verbot freier Gewerkschaften und die Inhaftierung der Solidarność-Mitglieder hat sich der polnische Staatsapparat als totalitär enttarnt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Solidarność während der Zeit ihrer legalen Existenz eine echte Gewerkschaft nach Fraenkel

---

<sup>242</sup> Deutscher Politikwissenschaftler (\*1898 †1975), in: FRAENKEL, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Baden-Baden 2011, S. 87.

<sup>243</sup> Vgl. DAVIES, Norman: God's Playground. A History of Poland in Two Volumes, Vol. II, 1795 to the Present, Oxford 2005, S. 488-491.

<sup>244</sup> KALISKI, Bartosz: Solidarity, 1980-1: The Second Vistula Miracle?, in: McDERMOTT, Kevin and Matthew STIBBE (Hg.): Revolution and Resistance in Eastern Europe. Challenges to Communist Rule, Oxford 2006, S. 119-136, S. 133.

und deshalb auch ein erfolgreiches Mitglied der Zivilgesellschaft war.<sup>245</sup> Da politische Teilhabe außerhalb der staatlichen Sphäre mit der Struktur sozialistischer Gesellschaftssysteme inkompatibel war, musste die Solidarność in Polen unterdrückt werden. Die Verhängung des Kriegszustandes in Polen ist daher nach Meinung des Verfassers der Beweis für ihren Erfolg.

Was änderte sich mit dem 13. Dezember 1981 für die westlichen Beobachter? Zunächst verlor die polnische Militärregierung innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft jegliches Ansehen. „As a result of the December Coup, Poland’s standing on the international scene lost all semblance of respectability. The military regime was widely seen as a surrogate of the Soviet Union and treated as such.“<sup>246</sup>

### *Bundesrepublik Deutschland*

Der DGB stand nach der Inhaftierung vieler Solidarność-Mitglieder vor einem Problem. Es fehlten die Handlungspartner. Persönliche Kontakte nach Polen waren fast vollständig erloschen. Der Charakter der Hilfe aus Deutschland ändert sich deshalb. Humanitäre Solidaritätsaktionen wurden ausgeweitet und nahmen einen Großteil der Unterstützung ein. „Proteste, Solidaritätsmaßnahmen, Informationen über die Situation in Polen und Zusammenarbeit mit [den] Funktionären der „Solidarität“ in Westeuropa war das, was uns blieb.“<sup>247</sup> Heinz Oskar Vetter reagierte mit Enttäuschung, Betroffenheit und Erschütterung auf die Nachrichten aus Polen, hielt aber weiterhin an der Entspannungspolitik fest, die er besonders in jenem Moment für friedenssichernd erachtete.<sup>248</sup> In Zusammenarbeit mit der SPD und Hilfsorganisationen wurde ein gemeinnütziger Verein in Düsseldorf gegründet, um Spenden in großem Umfang sammeln zu können. Innerhalb von drei Monaten sammelte „Solidarität für Polen e.V., DGB“<sup>249</sup> über

---

<sup>245</sup> Vgl. Kapitel 2.1.2.

<sup>246</sup> DAVIES 2005, S. 494.

<sup>247</sup> KRISTOFFERSEN, in: PLUM: S. 80.

<sup>248</sup> Vgl. VETTER 1982, S. 2f.

<sup>249</sup> BORSODORF, Ulrich: Solidarität für Polen – Die Hilfsaktion des DGB, in: Gewerkschaftliche Monatshefte. Sonderheft Polen, 33. Jahrgang, Köln 1982, S. 78-80, S. 79.

1,6 Millionen DM. Bis zum 20. Dezember wurden bereits über 41.000 Pakete aus Deutschland nach Polen geschickt. Dazu wurden Transporte mit Lebensmitteln, medizinischen Geräten und Medikamenten organisiert, die die Hamburger Firma „coop e.G.“ übernahm. Die gesamten Spenden, die von dieser Firma nach Polen transportiert wurden hatten einen Wert von etwa 4 Millionen DM.<sup>250</sup>

„Im Januar 1982 machte der DGB den Vorschlag, Familien von polnischen Gewerkschaftern, die sich in Haft befanden, Lebensmittelpakete zu schicken. Die deutsche Initiative wurde vom IBFG und den Solidarność-Leuten diskutiert [und] angenommen.“<sup>251</sup> Dazu nutzte der DGB bevorzugt die Strukturen und Kanäle der Kirchen in Deutschland und Polen, um die Hilfe für Polen effektiv zu verteilen. Andere Kanäle waren wegen des Kriegsrechts entweder zusammengebrochen oder nicht mehr sicher, da sie von der Partei kontrolliert wurden.

„Die katholische Kirche in Polen hat unter der Leitung von Bischof Domin (Kattowitz) ein Verteilungsnetz aufgebaut, das die planvolle, sinnvolle und gerechte Verteilung der Hilfsgüter gewährleistet. (...) Da [sie] die einzige nicht-staatliche intakte Organisationsstruktur ist, die landesweit bis auf Orts- bzw. Gemeinde-Ebene funktioniert, muss eine planvolle Hilfe sich ihrer bedienen.“<sup>252</sup>

Ab dem 8. Februar 1982 waren auf Beschluss des deutschen Bundestages alle Pakete, die per Post nach Polen geschickt wurden gebührenbefreit. Dazu wurden Adressenlisten von humanitären Organisationen in Polen herausgegeben, damit die Menschen wussten, wo ihre Pakete sinnvolle Verwendung finden würden. Diese Maßnahmen bewirkten bis Ende Juni 1982, also in einem Zeitraum von fünf Monaten, einen signifikanten Anstieg der Zahl der Hilfspakete auf knapp 4,5 Millionen.<sup>253</sup>

---

<sup>250</sup> Vgl. CÖLLEN, in: CÖLLEN et al., S. 70. Es fehlt bisher eine wissenschaftliche Arbeit über das gesamte finanzielle Ausmaß der Hilfe aus Deutschland nach dem Kriegsrecht. Die Zahlen schwanken zwischen 250 Millionen und 1 Milliarde DM. Vgl. BOLL und ŚWIDER, in GODDEERIS 2010, S. 159 sowie RIECHERS, S. 66.

<sup>251</sup> ŚWIDER o.J., S. 244.

<sup>252</sup> BORSODORF, S. 79.

<sup>253</sup> Vgl. ŚWIDER o.J., S. 245.

Als politische Maßnahme veröffentlichte der DGB eine Liste von 1.000 inhaftierten Arbeitern, Experten und anderen Funktionären der Solidarność. Auf diese Weise sollte für ihre Freiheit gekämpft werden.<sup>254</sup> Zusätzlich klagte er in einer gemeinsamen Aktion mit der ICFTU und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) die polnische Regierung vor der ILO in Genf des Bruchs der Menschen- und Gewerkschaftsrechte an. Darüber hinaus forderten sie die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Polen, um die Situation der Gewerkschafter dort zu prüfen.<sup>255</sup> „Streikrecht ist ein internationales Grundrecht, das keine Regierung verweigern darf. Auch Polen hat die Übereinkommen der Internationalen Arbeiterorganisation [ILO], die die Gewerkschaftsrechte garantieren, angenommen und ratifiziert.“<sup>256</sup> Den Vorwurf der Einmischung in die Souveränität eines anderen Staates ignorierte Vetter nun. Das Kriegsrecht habe für ihn die Situation grundlegend verändert. „Wenn internationale Solidarität mit unterdrückten Gewerkschaftern eine Einmischung in nationale Angelegenheiten sein soll, dann werden wir uns immer wieder einmischen. Das entspricht bester Tradition der freien Gewerkschaftsbewegung.“<sup>257</sup>

Hält man sich die eben geschilderte Unterstützung vor Augen, so erscheint die Kritik der Tatenlosigkeit des DGB eher unverständlich. Innerhalb der deutschen Gesellschaft aber auch international hatte der DGB das Problem, seine diskrete und lautlose Vorgehensweise zu vermitteln. „Das ist nicht spektakulär, und so steht der DGB wie schon zu Zeiten der Existenz der Solidarność vor dem Dilemma, daß er hilft – und zwar mehr als manch andere –, dies aber nicht öffentlich sagen kann.“<sup>258</sup>

---

<sup>254</sup> Vgl. VETTER 1982, S. 8.

<sup>255</sup> Die ILO bot der Solidarność ein internationales Forum, in dem sie ihre Anliegen vortragen konnte. In ihr waren Mitglieder der nationalen Einzelgewerkschaften sowie von ICFTU und WCL vertreten. Für die Rolle, die die ILO für Solidarność spielte vgl. GODDEERIS, Idesbald: The Limits of Lobbying: ILO and Solidarność, in: ILO histories: Essays on the International Labour Organization and Its Impact on the World During the Twentieth Century, Bern 2010, S. 423-441.

<sup>256</sup> VETTER 1982, S. 9.

<sup>257</sup> Ders., S. 6.

<sup>258</sup> BORSDORF, S. 79.

## Frankreich

Für die französischen Gewerkschaften war die Verhängung des Kriegszustandes ein Grund, ihre lautstarke Unterstützung für die Solidarność noch zu intensivieren. Sie bildeten mit Ausnahme der CGT noch stärker als zuvor eine gemeinsame Front und konzentrierten sich vor allem auf moralische und symbolische Aktionen.

„Their objective was to leave a long lasting mark on the collective memory. Such measure included giving streets, squares, alleys, or boulevards the name of Solidarność, or less often, the name of Wałęsa, and placing stone commemorative plates on the walls of hotels, union buildings, and even town halls in places visited by Wałęsa.“<sup>259</sup>

Die fünf großen Gewerkschaften schickten umgehend eine Delegation zur polnischen Botschaft in Paris und planten noch am selben Tag einen großen Demonstrationszug, der bereits am 14. Dezember 1981 vom *Place de Montparnasse* bis zum *Place des Invalides* führen sollte. All diese Aktionen zielten vor allem darauf ab, die Solidarność nicht in Vergessenheit geraten zu lassen sondern sie im Gegenteil im kollektiven Gedächtnis der Franzosen zu verankern.<sup>260</sup> Dass die CGT an der öffentlich demonstrierten Einigkeit der Gewerkschaften nicht teilnahm, sorgte für ihre Isolierung, von der sie sich in den folgenden Jahren politisch nicht erholen konnte. „Ce front – exceptionnel – de cinq organisations souligne, en tout cas – à la différence de la situation italienne – la gêne et l’isolement de l’appareil C.G.T. qui, depuis plus d’un an – et surtout depuis le ‚recentrage‘ de la C.F.D.T., - fait cavalier seul.“<sup>261</sup> An dieser Stelle sei auf den Vergleich mit der italienischen Gewerkschaftsstruktur hingewiesen. Trotz des Föderalismus waren alle Gewerkschaften, auch die kommunistische CGIL, in die gemeinsamen Aktionen für Solidarność integriert.

---

<sup>259</sup> CHWALBA und GEORGI, in GODDEERIS 2010, S. 205.

<sup>260</sup> Für eine eindrucksvolle Darstellung der moralischen Solidarität mit Solidarność in Paris nach dem 13. Dezember 1981 vgl. HEIMRICH, Bernhard: Was heißt da Fremde – ist Polen denn nicht überall! Solidarność und die alte Emigration, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 3. April 1982.

<sup>261</sup> *Le Monde*, vom 15. Dezember 1981.

Die Eskalation in Polen veranlasste die CFDT, ihre Zurückhaltung gegenüber der französischen Regierung aufzugeben und ein konsequentes Auftreten von ihr zu fordern. An die Adresse des Präsidenten François Mitterrand gerichtet hieß es: „Il ne suffit pas de condamner le coup de force en Pologne.“<sup>262</sup> Auch innerhalb der französischen Regierung herrschte Uneinigkeit. Einige Vertreter der Sozialistischen Partei waren mit dem zögerlichen Vorgehen Mitterrands nicht einverstanden und riefen nach Sanktionen.<sup>263</sup>

Es entstand ein Schlagabtausch über die Presse, anhand dessen sich die Gewerkschaften profilieren konnten. Außenminister Claude Cheysson wollte sich in die polnischen Angelegenheiten nicht einmischen: „Nous notons que c’est une affaire polonaise. (...) Bien entendu, nous n’allons rien faire.“<sup>264</sup> Lionel Jospin, Generalsekretär der PS, war der gleichen Ansicht: „Les Polonais doivent résoudre eux-mêmes leur problèmes.“<sup>265</sup> Diese Haltung nahm Edmond Maire zum Anlass, seine Differenzen mit der Regierung in einer Replik auf Cheysson stärker als zuvor zum Ausdruck zu bringen: „Nous avons un point de vue fort différent. Il nous apparaît fondamentalement que lorsque la liberté d’un peuple est en cause – c’était vrai il y a quelques années au Chili, c’est vrai aujourd’hui en Pologne – il ne s’agit plus d’une affaire intérieure.“<sup>266</sup> Stark betont wurde in den Äußerungen aller Gewerkschafter zudem die Enttäuschung über den Kommunismus als Gesellschaftssystem, das mit der Unterdrückung der Solidarność sein wahres Gesicht gezeigt habe. „La machine répressive est en route, elle ira jusqu’au bout. (...) Une fois de plus, le communisme montre son vrai visage. (...) Les événements de cette nuit démontrent qu’il y a bien incompatibilité entre la démocratie, la liberté et les systèmes communistes.“<sup>267</sup>

---

<sup>262</sup> *Le Monde*, vom 24. Dezember 1981.

<sup>263</sup> Vgl. SJURSEN, S. 123.

<sup>264</sup> *Le Figaro*, vom 22. Dezember 1981.

<sup>265</sup> Ebd.

<sup>266</sup> *Le Monde*, vom 15. Dezember 1981. Diese Aussage ist der Heinz Oskar Veters sehr ähnlich, vgl. Anmerkung 257.

<sup>267</sup> André Bergeron (Generalsekretär der FO), in: ebd.

## Italien

In Italien herrschte zwischen kommunistischer Partei und kommunistischer Gewerkschaft CGIL große Einigkeit hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit sozialistischer Gesellschaften in Osteuropa. Mit großer Ernüchterung aufgrund der Repressionen in Polen wandten sie sich völlig von der Sowjetunion als ideologische Leitfigur ab und wollten einen neuen Sozialismusbegriff im westlichen Europa entwickeln. „Jaruzelski’s military coup speeded up the process that later became known as *lo strappo*, the break with the USSR. (...) CGIL communists were ‘stronger after the fall of the myths.’”<sup>268</sup> *Solidarność* „contributed to turning the CGIL into a trade union that considered Europe as a possible field for its international action.”<sup>269</sup> Hier wird deutlich, welchen Einfluss *Solidarność* auf die Identität westlicher Gewerkschaften haben konnte. Kommunistische Gewerkschaften, die grundsätzlich kein Interesse an einem Erfolg einer freien Gewerkschaft in Polen hatten, wollten über die Schwächen des dortigen Gesellschaftssystems nicht hinwegsehen. Altgediente Mitglieder der *Partito Comunista Italiano* (PCI) stellten ernüchert fest: „Im Osten verstößt man gegen die Geschichte.”<sup>270</sup> Offensichtlich waren freie Gewerkschaften und der staatliche Sozialismus inkompatibel. Auch kommunistische Gewerkschaften in Westeuropa gelangten zu diesem Schluss und zogen daraus Konsequenzen, indem sie sich einer konzeptionellen Neuausrichtung unterzogen und sich von der Sowjetunion distanzieren.

Die CISL bemühte sich nach dem Kriegsrecht darum, die Stimme der *Solidarność* am Leben zu halten und bildete die erste Seite der Zeitschrift *Tygodnik Solidarność* in ihrer eigenen Gewerkschaftszeitung ab. „Another way of keeping the voice of the Polish workers alive was the replication of the first page of *Tygodnik Solidarność* on the cover of the CISL periodical *Conquiste del lavoro*.”<sup>271</sup> Diese Aktion erinnert an die Versuche der französischen

---

<sup>268</sup> CAVALLUCCI und DE AMICIS, in: GODDEERIS 2010, S. 93.

<sup>269</sup> Dies., S. 94.

<sup>270</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 22. Dezember 1981.

<sup>271</sup> CAVALLUCCI und DE AMICIS, in: GODDEERIS 2010, S. 86.

Gewerkschaften, die Solidarność im kollektiven Gedächtnis der Menschen zu verankern.

### *Belgien*

Die belgischen Gewerkschaften ACV und ABVV schlossen sich nach der Verhängung des Kriegsrechts zusammen, um gemeinsam gegen diese Maßnahme zu protestieren. Die sozialistische ABVV gab ihre Zurückhaltung auf. Besonders in den ersten Wochen waren beide Gewerkschaften sehr aktiv. „They immediately organized three activities: a national strike of five minutes at noon on December 17, marches on December 18 in Brussels, Antwerp, Liège, Ghent and Charleroi, and a series of petitions and protest telegrams to the Polish embassy.”<sup>272</sup>

Die Zusammenarbeit der beiden Gewerkschaften ist erstaunlich, da sie sich innenpolitisch zum selben Zeitpunkt aufgrund der Wirtschaftskrise bekämpften. Ihre programmatischen Unterschiede waren beträchtlich. Allerdings erkannten sie die Emotionen, mit denen die Bevölkerung auf Solidarność reagierte. Dort gab es keine zwei Meinungen über das Kriegsrecht in Polen. „The whole of Belgian society had risen against the Polish crisis in the first weeks and months after the proclamation of martial law.”<sup>273</sup> An dieser Stelle lässt sich eine Parallele zu Italien erkennen, denn dort hatten die drei großen Gewerkschaften CISL, CGIL und UIL aus dem gleichen Grund ihre Solidarität mit Solidarność koordiniert.<sup>274</sup>

### *Großbritannien*

Die ohnehin nicht sehr erfolgreiche erste Phase der Beziehungen zwischen dem TUC und Solidarność wurde durch das Kriegsrecht vorerst beendet. Der britische Gewerkschaftsbund gab eine offizielle Erklärung ab, in der die Maßnahme der polnischen Regierung verurteilt wurde, eine öffentliche Solidaritätsaktion organisierte er allerdings im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Gewerkschaften nicht. „After the proclamation of martial law (...) the TUC again

---

<sup>272</sup> GODDEERIS, in: GODDEERIS 2010, S. 247.

<sup>273</sup> Ders., S. 248.

<sup>274</sup> Vgl. Kapitel 3.3.1.

hesitated. It condemned the coup, but it did not organize any demonstration against the regime.<sup>275</sup> Es dauerte mehrere Wochen, bis man das Vorgehen der polnischen Regierung offen kritisierte. „While Solidarity representatives are in prison or interned, little credibility can be given to the statement by the Polish authorities that Solidarity will be allowed to resume activities as an independent trade union organization capable of expressing the views of Polish workers.“<sup>276</sup> Im August 1982 überraschte der TUC mit seiner bis dahin deutlichsten Verurteilung der Gewalt in Polen. „The Polish army cannot hope that Solidarity, which represents the hopes and aspirations of the Polish nation, will be obliterated through brute force; and they cannot expect the British TU movement to forget it.“<sup>277</sup>

Lange nach der Verhängung des Kriegsrechts äußerte sich der TUC deutlich zugunsten der Solidarność. Dies bedeutet aber nicht, dass er auch mit ihren Vertretern im Exil Kontakt aufgenommen hat. Stattdessen wurde lange auf einem Sonderweg versucht, die Gewerkschaften der anderen osteuropäischen Staaten dazu zu bewegen, auf Warschau einzuwirken, um die Repressionen zu beenden. Es dauerte bis zum September 1983, ehe man die Erfolglosigkeit dieses Weges einsah und Solidarność offiziell als den einzigen legitimen Verhandlungspartner in Polen anerkannte.<sup>278</sup>

In Großbritannien gehörten die Gewerkschaften nicht zu den größten Unterstützern der Solidarność. Dort waren es private Initiativen, wie die *Polish Solidarity Campaign* (PSC), die hohe Spendensummen aufbrachten und Demonstrationen organisierten. Der Einfluss der PSC auf die gesamtbritische Unterstützung der Solidarność ist in der geschichtswissenschaftlichen Literatur noch nicht ausreichend untersucht worden. Bisher existiert nur eine Sammlung von Erinnerungen der Mitglieder dieser Organisation, die bis 1994 bestand.<sup>279</sup> Sie schien jedoch selbst eine zivilgesellschaftliche Gruppe zu sein, die unter anderem

---

<sup>275</sup> GODDEERIS 2007, S. 322.

<sup>276</sup> *The Times*, vom 12. Januar 1982.

<sup>277</sup> BERGER und LaPORTE, in: GODDEERIS 2010, S. 143.

<sup>278</sup> Vgl. GODDEERIS 2007, S. 322.

<sup>279</sup> Vgl. HART, Giles (Hg.): *For Our Freedom and Yours. A History of The Polish Solidarity Campaign of Great Britain 1980-1994*, London 1995.

Druck auf den TUC ausübte und dessen Doppelmoral kritisierte. „Solidarnosc was branded anti-socialist, reactionary, a CIA front or Catholic/nationalist. The last argument was particularly pathetic as those using it almost invariably supported (reactionary) Irish Nationalism.“<sup>280</sup>

## USA

In den USA wurden sämtliche Beobachter unvermittelt von der Nachricht des Kriegsrechts getroffen. Die üblicherweise guten Verbindungen des US-amerikanischen Geheimdienstes *Central Intelligence Agency* (CIA) zu polnischen Militärs hatten nicht funktioniert. 1989 wurde bekannt, dass General Jaruzelski das Schweigen der USA als stille Zustimmung gedeutet hatte. Wären die USA frühzeitig über das Vorhaben Jaruzelskis informiert gewesen, hätten sie wohl eingegriffen.

„There was clearly a significant failure of communication within the U.S. government on this subject, one which had real consequences. On the U.S. side, it led to an increased anger against what was seen as Polish perfidy in imposing martial law in the midst of negotiations for economic assistance. The Polish side claimed to have been misled by mistaking our silence for acquiescence.“<sup>281</sup>

Die AFL-CIO reagierte auf diese Nachricht schneller und vor allem entschiedener als die Regierung, dessen Reaktion Lane Kirkland für zu zögerlich erklärte. „Kirkland found this response inadequate and proposed a real economic war, urging ‚the toughest possible sanctions.‘“<sup>282</sup> Es gab einige neo-konservative Mitglieder, wie z.B. Verteidigungsminister Caspar Weinberger, die Polen für bankrott erklären und die Sowjetunion stärker konfrontieren wollten und damit die Position Kirklands teilten. Diese Fraktion konnte sich jedoch im internen Streit gegen die moderaten Vertreter aus dem Weißen Haus und dem Außenministerium nicht durchsetzen.<sup>283</sup>

---

<sup>280</sup> SWITALSKI, Edward: Arguing for Poland, in: HART, S. 63-64, S. 64.

<sup>281</sup> DAVIS, S. 207.

<sup>282</sup> GODDEERIS 2007, S. 310.

<sup>283</sup> Vgl. DOMBER, S. 304.

Die Präsidenten Reagan und Carter haben oft versucht, das forsche Vorgehen des Gewerkschaftsführers Kirkland einzudämmen, was letzterer regelmäßig gerne mit einem Verweis auf die persönliche Freiheit zurückwies. „Kirkland even found himself under pressure not to act too provocatively, an accusation he happily rebuked saying, ‚The provocation of tyrants is the right and the duty of the free.‘“<sup>284</sup> Es änderte sich im Vergleich zu den 16 Monaten der legalen Existenz der Solidarność nicht viel am Verhalten und an den Maßnahmen der AFL-CIO. Das mitunter etwas undiplomatische Vorgehen Kirklands bewirkte weiterhin einige Auseinandersetzungen mit den Regierungen sowohl zu Hause als auch in Polen und der Sowjetunion. Es schien der finanziellen Unterstützung der Solidarność jedoch nicht abträglich gewesen zu sein. Im März 1982 wurde die Regierung Jimmy Carters aktiver und verabschiedete Resolutionen, die den Druck auf die Sowjetunion erhöhten. Jede Anwendung von Gewalt gegen die Solidarność würde als eine Verletzung sowohl der UN-Charta als auch des Abkommens von Helsinki angesehen werden.<sup>285</sup>

---

<sup>284</sup> Ders., S. 303.

<sup>285</sup> Vgl. RACHWALD, S. 52.

### 3.6.1 Did Solidarity Go Too Far?

„Haben die Polen selbst schuld, daß sie in diese ausweglose Lage geraten sind?  
(...) Insgesamt hat die ‚Solidaritäts‘-Bewegung, freilich wie nach Naturgesetzen, ihre Ziele falsch eingeschätzt. (...) Dem Genuß des Volkstribunen, sich selbst reden zu hören, hat der schlaue Mann [Wałęsa] nicht widerstehen können.“

- Rudolf Augstein<sup>286</sup>

Der Eindruck, dass nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen die Hilfe aller westlichen Staaten für Solidarność zunahm, ist zutreffend. Allerdings bewirkte die Maßnahme Jaruzelskis bei einigen Beobachtern im Westen auch eine Reaktion, die von der Angst vor einer Gefährdung des *status quo* in Europa geprägt war.<sup>287</sup> Es entstand eine Solidarność-feindliche Debatte, die hier kurz wiedergegeben werden soll.

Der Titel dieses Kapitels ist angelehnt an den Kommentar eines Osteuropa-Korrespondenten der britischen *Newsweek* vom 4. Januar 1982, für den die Suche nach einem Schuldigen für die Eskalation der Krise in Polen schnell beendet war. Ein übersteigerter Idealismus, Ungeduld und der fehlende Sinn für die Grenzen der eigenen Stärke seien den Solidarność-Verantwortlichen zum Verhängnis geworden. Mit einem Selbstbewusstsein, das an Arroganz begrenzt habe, habe man bereits errungene Erfolge leichtfertig wieder gefährdet.<sup>288</sup> Solidarność „sought too much, too soon in a corner of the world where change itself is feared and fought.“<sup>289</sup>

Dieser Einschätzung des britischen Korrespondenten konnten viele politische Beobachter in Westeuropa leicht folgen. Wie aus dem Zitat Rudolf Augsteins hervorgeht, waren in der Bundesrepublik Deutschland vor allem innerhalb der politischen Linken Stimmen zu vernehmen, die der Solidarność attestierten, zu weit gegangen zu sein. Man habe das sich selbst auferlegte Prinzip der Selbstbeschränkung vorschnell aufgegeben.<sup>290</sup> Laut Daniel Cohn-Bendit habe

---

<sup>286</sup> *Der Spiegel*, Nr. 52/1981.

<sup>287</sup> Vgl. CÖLLEN, in: CÖLLEN et al., S. 59.

<sup>288</sup> Vgl. *Newsweek*, vom 4. Januar 1982.

<sup>289</sup> Ebd.

<sup>290</sup> Vgl. Kapitel 2.1.2.

der Rausch der Freiheit die letzte Kooperationsbereitschaft der polnischen Gewerkschaft ruiniert.<sup>291</sup> Die Aussage, dass deshalb das Kriegsrecht im Vergleich zu einer Invasion der Sowjetunion als das geringere Übel zu akzeptieren sei, war ein gängiges Argumentationsmuster.<sup>292</sup> Aus diesem Grund habe die Freiheit von Solidarność dem Frieden in Europa untergeordnet werden müssen.<sup>293</sup>

Norman Davies meint, dass vor allem viele Sozialdemokraten keinen Zusammenhang zwischen ihrem eigenen und dem Schicksal Polens erkannt hätten. „Für jene westdeutschen Sozialdemokraten, die äußerten, daß die polnische Freiheit im Interesse des europäischen Friedens geopfert werden müßte, spricht zumindest, daß sie ehrlich waren.“<sup>294</sup> Dass ausgerechnet die Christdemokraten offen gegen die Menschenrechtsverletzungen in Polen protestierten, verstärkte die vorhandene Ernüchterung der polnischen Freiheitskämpfer noch. Deren Rezeption der westdeutschen Parteienlandschaft war zuvor lange vom Gegenteil geprägt gewesen. Das Zögern der Linken wurde in den entsprechenden Kreisen in Polen schockiert zur Kenntnis genommen.<sup>295</sup> Ulrich Borsdorf konnte zudem nicht verneinen, dass diese Debatte Auswirkungen auf die Unterstützung des DGB hatte. „Die unsichere und vielfach gespaltene Reaktion der deutschen Linken auf die Ereignisse in Polen, deren Argumentationsweise im orthodoxen Spektrum leicht nach rechts oszilliert, wirkt sich natürlich auch im Rahmen der DGB-Hilfsaktion aus.“<sup>296</sup>

Die soeben dargestellte Debatte wurde nicht exklusiv in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland geführt. Es gab im ganzen westlichen Europa Friedensbewegungen und andere Gruppen, vornehmlich des linken

---

<sup>291</sup> Vgl. *die tageszeitung*, vom 15. Dezember 1981.

<sup>292</sup> Vgl. „Über Solidarność, das Kriegsrecht als ‚geringeres Übel‘ und das Ende der Volksrepublik Polen. Der Warschauer Historiker Prof. Andrzej Paczkowski im Gespräch mit Karolina Fuhrmann“, in: *Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte*, Bd. 3, Osnabrück 2005, S. 84-98.

<sup>293</sup> Vgl. MACKENBACH, Werner: „... den Warschauer Putsch stillschweigend hinnehmen...?“. Die westdeutsche Linke und ihre Solidarität mit Solidarność, in: *Osteuropa-Info. Sozialistisches Osteuropakomitee*, Nr. 2, Hamburg 1982, S. 13-32, S. 18.

<sup>294</sup> DAVIES 2002, S. 388.

<sup>295</sup> Vgl. URBAN, Thomas: *Polen*, München 2008, S. 158.

<sup>296</sup> BORSDORF, S. 80.

politischen Spektrums, die sehr ähnlich argumentierten. Einer der prominentesten Vertreter war die französische CGT, die zusammen mit der kommunistischen Partei PCF Verständnis für die Maßnahme Jaruzelskis äußerte. Das Kriegsrecht sei aufgrund der extremistischen Handlungen der Solidarność unvermeidlich gewesen. „La CGT (...) se trouve isolée dans sa dénonciation des ‘extrémistes’ de *Solidarité*. Son analyse selon laquelle la situation politique en Pologne rendait inévitable le coup de force la sépare du reste de la gauche.”<sup>297</sup> In den gewerkschaftseigenen Publikationen wurden die Feindbilder des Ost-West-Konflikts reaktiviert. Solidarność sei dem westlichen Kapitalismus erlegen und habe sich daher mit reaktionären, imperialistischen Kräften auf der ganzen Welt verbündet. „The CGT press presented the Polish union as a group of dangerous reactionary rebels allied with world reactionary forces and the American imperialism. According to them, Solidarność had been a toy in the hands of Western capitalists indifferent to the date of the Polish working class.”<sup>298</sup>

Es bleibt aber festzuhalten, dass in ganz Westeuropa und in den USA die Zahl der Sympathisanten deutlich überwog. Die soeben dargestellte Debatte beschränkte sich auf gewisse politische Kreise und fand in den Bevölkerungen wenig Zustimmung. Die CGT manövrierte sich mit ihren Äußerungen endgültig ins politische Abseits und verlor ihren Einfluss in der französischen Gesellschaft. Die CFDT als wichtigster Akteur der zivilgesellschaftlichen Solidarität mit Solidarność in Frankreich ließ keine Zweifel an ihrer Unterstützung der polnischen Freiheitskämpfer aufkommen und gab eine eindeutige Antwort auf die Frage des britischen Korrespondenten der *Newsweek*: „Non, cette évolution n’était pas fatale. Non, ce n’est pas un moindre mal. Non, Solidarité n’est pas allé trop loin.”<sup>299</sup>

---

<sup>297</sup> DREYFUS, S. 294.

<sup>298</sup> CHWALBA und GEORGI, in: GODDEERIS 2010, S. 201f.

<sup>299</sup> *Le Monde*, vom 24. Dezember 1981. Die komplette Stellungnahme der CFDT in Kooperation mit französischen Intellektuellen ist bei Marcin Frybes abgedruckt. Vgl. FRYBES, S. 18f.

## 4 Fazit

### 4.1 Versuch einer Synthese

„Synthese: von griech. *synthesis*, ‚Zusammenstellung‘: Im allgemeinen Sprachgebrauch das Verfahren und zugleich das Ergebnis der Verbindung von Teilen zu einem Ganzen, (...) in der Philosophie die Verknüpfung von Vorstellungen, Begriffen und Aussagen.“

- Handwörterbuch Philosophie<sup>300</sup>

Die westlichen Gewerkschaften reagierten sehr unterschiedlich auf die Entstehung der *Solidarność* in Polen. Einige, wie der belgische ABVV, reagierten bereits vor der Verhängung des Kriegsrechts mit Desinteresse. Andere, wie die französische CGT, verwehrten der polnischen Gewerkschaft vor allem nach dieser Maßnahme ihre Unterstützung. Die große Mehrheit in Westeuropa und den USA unterstützte die *Solidarność* jedoch bei ihrem Versuch, sich zu etablieren.

Auch innerhalb der Gruppe, die pro *Solidarność* handelte, gibt es signifikante Unterschiede. Vordergründig könnte man versuchen, diese anhand des Ausmaßes der Hilfslieferungen oder der Publizität der Handlungen festzustellen und sie mit der ideologischen Übereinstimmung oder einer besonderen historischen Verbundenheit zu begründen. Diese Erklärungsansätze sind zu einem gewissen Grad hilfreich. Mit ihnen allein stößt man jedoch schnell an Grenzen, wie anhand folgender Beispiele deutlich wird: Erstens reagierten die kommunistischen Gewerkschaften in Frankreich und Italien höchst unterschiedlich auf die Entstehung einer unabhängigen Arbeiterbewegung in Polen. Während die CGIL *Solidarność* als Anlass zu einer ideologischen Neuausrichtung nahm und sich solidarisch zeigte, hielt die CGT an den Vorgaben der PCF fest und verurteilte freie Gewerkschaften im Kommunismus. Zweitens sammelte der DGB, dessen Beziehung zur *Solidarność* alles andere als von einer historischen Freundschaft beider Staaten geprägt war, von 1981 bis zur Auflösung des Vereins „Solidarität für Polen e.V., DGB“ 1992 Geld- und Sachspenden im Wert von mehreren Hundert Millionen Euro. Für sich genommen reichen die

---

<sup>300</sup> Synthese, in: Handwörterbuch Philosophie, Göttingen 2003, S. 634f.

ideologische Ausrichtung und die historischen Vorbedingungen als Erklärungsansätze nicht aus.

In dieser Arbeit standen die Zahlen und Daten der jeweiligen Hilfsaktionen bei der Beantwortung der Fragestellungen im Hintergrund. Auch westliche Gewerkschaften, die Probleme hatten, sich mit den Aussagen der Solidarność zu identifizieren, erklärten ihre Solidarität, empfingen Gewerkschaftsmitglieder oder richteten Spendenfonds ein. Aus diesem Grund hält es der Verfasser ebenfalls für wenig aussagekräftig, sich auf die materielle Hilfe der westlichen Gewerkschaften zu beschränken, zumal dies die Frage aufwerfen würde, ob materielle Hilfe zwangsläufig höher zu bewerten sei, als beispielsweise die Verankerung der Solidarność im kollektiven Bewusstsein durch die CFDT.<sup>301</sup>

In der Zusammenführung der Ergebnisse scheinen sich keine übergeordneten Handlungsmuster herauszukristallisieren. Die in der Einleitung geäußerte Vermutung, dass eine gewisse politische Autonomie der westlichen Gewerkschaften der Unterstützung von Solidarność förderlich sein könne, wurde zwar durch die AFL-CIO bestätigt, lässt sich mit Blick auf den DGB jedoch nicht als gültiges Muster angeben. Letzterer leistete umfangreiche Hilfe, obwohl in dieser Arbeit eine enge personelle und organisatorische Querverbindung zwischen Gewerkschaft und Regierungspartei SPD festgestellt wurde. Eine vergleichsweise geringe politische Autonomie einer Gewerkschaft schien für dessen Hilfe also nicht hinderlich gewesen zu sein. Auch eine Unterscheidung zwischen mitgliederstarken Gewerkschaftsbündeln und einzelnen Richtungsgewerkschaften führte zu keinen erkennbaren Handlungsmustern. Bei beiden untersuchten Gewerkschaftstypen in dieser Arbeit gab es solidarische und ablehnende Beispiele.

Es gehört zu den Erkenntnissen dieser Arbeit, dass der jeweiligen Unterstützung von Solidarność ein höchst komplexes Bündel von Motiven zugrunde lag, welches in jedem einzelnen Fall individuell zusammengesetzt war. Die Ergebnisse in den Kapiteln 3.1 bis 3.6 haben verdeutlicht, dass Themen wie z.B. die Entspannungspolitik national unterschiedlich gewichtet wurden. Während es in Deutschland ein gesamtgesellschaftliches Thema war, besaß es in den USA keine Priorität. In Frankreich beschränkte es sich auf die Regierungskreise.

---

<sup>301</sup> Vgl. S. 83.

Weiterhin überstanden die Gewerkschaften die ökonomischen Probleme Ende der 1970er Jahre mit unterschiedlichem politischem Erfolg. Der TUC hatte einen immensen Substanzverlust bei Mitgliedern und Einflussmöglichkeiten zu verkraften, wohingegen Lane Kirkland die AFL-CIO wie eine weitere Partei führen und die Regierungen unter Druck setzen konnte. Anhand der Projektionen in Kapitel 3.4 ließen sich partikuläre Übereinstimmungen oder Ängste bezüglich der Solidarność ablesen. Diese konnten sich zwar teilweise mit denen anderer westlicher Gewerkschaften decken, woraus sich aber nach Meinung des Verfassers kein Muster ableiten lässt. Das Beispiel der französischen Gewerkschaft CFDT, dessen emotionale und ideologische Identifikation mit der Solidarność als beispiellos gilt, lässt noch einen weiteren Schluss zu: Ungeachtet der Sympathien, die zum Ausdruck gebracht wurden, hatte die Unterstützung der polnischen Arbeiterbewegung nie altruistische Beweggründe. Auch die CFDT profitierte sowohl innenpolitisch als auch programmatisch von der Solidarność.

Der *äußere* Kontext, der die Staaten in Ost und West scheinbar dazu bewegte, nationale Interessen einer gemeinsamen außenpolitischen Linie unterzuordnen, bewirkte kein einheitliches Handlungsschema der westlichen Gewerkschaften. Ein institutionalisierter Gesprächsrahmen, wie er unter anderem durch NATO, Warschauer Pakt und KSZE geschaffen wurde, hielt sie nicht davon ab, im Einzelfall die eigene Interpretation der Ereignisse vorzuziehen, wie das äußerst heterogene Reaktionsmuster in Bezug auf die Ereignisse in Polen 1980 bis 1982 zeigt.

## ***4.2 Gewerkschaften im Spannungsfeld von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Sphäre***

Es bleibt noch zu klären, ob die westlichen Gewerkschaften während des Untersuchungszeitraumes die außenpolitische Rolle der Regierungen übernahmen. Das Konzept der Zivilgesellschaft, wie es in dieser Arbeit angelegt wurde, ist für die Beantwortung dieser Frage deshalb geeignet, weil es die zivilgesellschaftliche von der staatlichen Sphäre einer Gesellschaft abgrenzt.

Außenpolitik zählt zu den wichtigen Aufgaben einer Regierung und lässt sich daher eindeutig der staatlichen Sphäre zuordnen. Wenn sich eine Gewerkschaft selbst als Mitglied der Zivilgesellschaft versteht, dann kann sie keine Regierungsaufgaben übernehmen. Ihre Handlungen könnten infolgedessen niemals außenpolitisch sein, da dies eine Überschneidung mit der staatlichen Sphäre bedeuten würde.

In Kapitel 2.1 wurde festgestellt, dass Zivilgesellschaften sowohl translokal und transsozial als auch transnational sein können. Nationalstaatliche Außenpolitik stellt das Gegenteil dieser Eigenschaften dar, da sie bei der Interaktion mit anderen Staaten eigene Interessen durchzusetzen versucht. Käme man für die Solidaritätsaktionen der westlichen Gewerkschaften also zu dem Schluss, dass deren Charakter zivilgesellschaftlich war, dann wären die Gewerkschaften nicht als außenpolitische sondern als transnationale Akteure einzuschätzen. Sie hätten dann ausdrücklich keine Außenpolitik betrieben.

Nach der Auswertung der Ergebnisse dieser Arbeit lässt sich argumentieren, dass die Unterstützung der meisten untersuchten Gewerkschaften nicht zivilgesellschaftlicher Natur war. Viele westliche Arbeiterverbände lassen sich aus verschiedenen Gründen als Vertreter oder Handlungspartner der Regierungen bezeichnen. Auch hier ergibt sich ein differenziertes Bild.

Bei den Aktionen des DGB handelt es sich besonders vor der Verhängung des Kriegsrechts nicht vordergründig um zivilgesellschaftliche Solidarität. Für diese Erkenntnis sprechen die aufrechterhaltenen Kontakte zum offiziellen polnischen Gewerkschaftsrat CRZZ und die starke Betonung der Entspannungspolitik, dessen Argumentation den Frieden in Europa über die Versuche der *Solidarność* stellte, eine funktionierende Zivilgesellschaft in Polen zu entwickeln. Auch aus Angst vor einem Krieg mit unabsehbaren Folgen gewährte der DGB dem eigenen politischen Programm der Entspannung Priorität. Die viel zitierte Erhaltung des *status quo* war mit einer gesellschaftlichen Erneuerung in Polen nicht kompatibel.

Neben diesen Gründen ließe sich nach Meinung des Verfassers auch die Frage stellen, in welchem Umfang der DGB selbst noch Teil der Zivilgesellschaft war. Heinz Oskar Vetter sprach oft persönlich von einer politischen Übereinstimmung mit der SPD. Auf die personellen Verflechtungen und den

gegenseitigen strukturellen Einfluss beider Organisationen wurde bereits mehrfach hingewiesen. Besonders in Bezug auf die Solidarność kam es 1980 im Sinne des Konzepts der Zivilgesellschaft zu einer Vermischung der beiden Sphären, weshalb signifikante inhaltliche und politische Unterschiede nicht mehr ohne weiteres auszumachen waren. Auch hier wurde in Kapitel 3.3.2 auf das gegenseitig abgestimmte Vorgehen des SPD-Bundesvorstandes mit dem DGB hingewiesen.<sup>302</sup> Bis Anfang 1982 lässt sich der Gewerkschaftsbund deshalb in Fragen der Solidarność als ausführendes Organ der SPD bezeichnen. Anhand dieser Indizien erscheint es dem Verfasser angebracht, beim DGB tatsächlich von einem außenpolitischen, anstatt eines transnationalen Akteurs im Sinne der Zivilgesellschaft zu sprechen.<sup>303</sup>

Der gleiche Befund trifft für die AFL-CIO zu. Auch hier fällt es schwer, den Gewerkschaftsbund in den USA selbst als Mitglied der Zivilgesellschaft zu sehen. In Kapitel 3.4 wurde festgestellt, dass Lane Kirkland massiv auf die Politik der Regierungen Einfluss zu nehmen versuchte. Zudem gab er der AFL-CIO explizit ein außenpolitisches Profil.<sup>304</sup> In Bezug auf die Solidarność war die Unterstützung zwar bedingungslos und finanziell umfangreich, allerdings sollten die zugrunde liegenden Motive nicht außer Acht gelassen werden. Es ist fraglich, ob die Aktionen der Stärkung der Solidarność oder der Schwächung der polnischen Regierung galten. Letzteres scheint nicht abwegig zu sein, da die AFL-CIO in der Solidarność schon vor der Verhängung des Kriegsrechts die Möglichkeit sah, einen entscheidenden Sieg im Kampf gegen den Kommunismus davonzutragen, bzw. diesen endgültig zu beseitigen. Derartige Ambitionen passen nicht zu der sozialen Interaktion, die ein wesentlicher Bestandteil von

---

<sup>302</sup> Vgl. S. 47f.

<sup>303</sup> Dieses Ergebnis bedeutet nicht, dass es keine zivilgesellschaftliche Hilfe aus Deutschland gab. Katarzyna Stokłosa spricht von einer Kluft zwischen dem ambivalenten und distanzierten Verhalten von Regierung und Gewerkschaft und der umfassenden Unterstützung von Hilfsorganisationen, die als zivilgesellschaftliche Gruppen einzustufen sind. Vgl. STOKŁOSA, Katarzyna: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990, Göttingen 2011, S. 467-472. Idesbald Goddeeris argumentiert ähnlich, vgl. GODDEERIS 2007, S. 326.

<sup>304</sup> Vgl. S. 49f.

Zivilgesellschaft ist und Heterogenität anerkennt.<sup>305</sup> Somit ist die AFL-CIO eher als außenpolitisches Substitut der US-amerikanischen Regierungen anzusehen.

Für den TUC wurde festgestellt, dass er bei politischen Entscheidungen auf die Kontakte von Establishment zu Establishment setzte. Als letzte der untersuchten westlichen Gewerkschaften brach er die Kontakte zum CRZZ ab und intensivierte die Gespräche mit Vertretern der Solidarność. Auch aufgrund der eigenen langjährigen Einbindung in die politischen Entscheidungsprozesse der Regierungen bis 1979 schien dem TUC das Bewusstsein dafür zu fehlen, um was für eine Organisation es sich bei der Solidarność handelte und welche Ziele sie verfolgte. Die Ambivalenz, die Margaret Thatcher bei ihrer Haltung gegenüber den britischen Gewerkschaften und Solidarność zeigte, trug zu der Zurückhaltung des TUC bei.<sup>306</sup> Deshalb kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass es sich bei den Aktionen des TUC nicht um Solidarität im Sinne von Zivilgesellschaft handelte. Allerdings fällt es unter Berücksichtigung der harten innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und TUC auch schwer, die Gewerkschaft als außenpolitischen Akteur zu bezeichnen.<sup>307</sup>

Aufgrund der Quellenlage ist es für die untersuchten belgischen Gewerkschaften schwierig, eine abschließende Einschätzung abzugeben, ob es sich bei ihnen um außenpolitische Akteure gehandelt hat oder ob die Solidarität zivilgesellschaftlicher Natur war. Die ABVV hat sich vor allem vor der Verhängung des Kriegsrechts aus allen Aktionen herausgehalten. Bei der ACV ist besonders auffällig, dass ihre Sympathie für Solidarność auf dessen katholische Färbung gründete. Dies schien auch die hauptsächliche Motivation für die organisierten Hilfslieferungen zu sein. Stimmen, die die in Kapitel 2.1.2 beschriebene zivilgesellschaftliche Forderung der Solidarność nach politischer Teilhabe<sup>308</sup> unterstützten, waren kaum zu vernehmen.

---

<sup>305</sup> Vgl. S. 12.

<sup>306</sup> Vgl. S. 54.

<sup>307</sup> Ähnlich wie in Deutschland taten sich in Großbritannien andere Organisationen als zivilgesellschaftliche Unterstützer hervor. An dieser Stelle sei noch einmal auf die PSC hingewiesen. Vgl. S. 87f.

<sup>308</sup> Vgl. S. 16.

Nach Ansicht des Verfassers gibt es zwei Gewerkschaften in Westeuropa, die als Mitglieder einer transnationalen Zivilgesellschaft gehandelt haben und der Solidarność die Teilnahme an selbiger ermöglichen wollten.<sup>309</sup> Sowohl die CISL in Italien als auch die CFDT in Frankreich erfüllten die Kriterien zivilgesellschaftlicher Solidarität und können daher nicht als außenpolitische Akteure bezeichnet werden.

In dieser Arbeit wurde festgestellt, dass die CISL besonders von den Forderungen nach politischer Autonomie fasziniert war. Sie unterstützte den Versuch der Solidarność, sich als Gewerkschaft von der PZPR und dem CRZZ, also von der staatlichen Sphäre, zu emanzipieren.<sup>310</sup> Dabei ging es ihr ausdrücklich nicht um einen gesamtgesellschaftlichen Umsturz sondern um eine Modernisierung des staatlichen Sozialismus. Die Übereinstimmung beider Handlungspartner sollte dazu dienen, sich friedlich für die elementaren Rechte der Arbeiter einzusetzen. Dieses Handeln entspricht der sozialen Interaktion, die versucht, die Zuständigkeitssphären der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilsysteme neu zu justieren.<sup>311</sup>

Die Idee der Selbstorganisation, eine elementare Eigenschaft von Zivilgesellschaft, stellte die wichtigste Übereinstimmung von Solidarność und CFDT dar. Die französische Gewerkschaft handelte innerhalb einer transnationalen Zivilgesellschaft, da sie die Erfahrungen mit Solidarność auch nutzte, um ihre Idee der *autogestion* weiterzuentwickeln. Die Beziehungen beruhten also auf Gegenseitigkeit.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts äußerten sowohl CISL als auch CFDT ihre Bestürzung über diese Maßnahme. Sie sahen darin die Unterdrückung des Versuchs, eine Zivilgesellschaft in Polen zu etablieren. Die CFDT bewertete dieses Vorgehen ernüchert als Inkompatibilität von Kommunismus und Demokratie<sup>312</sup> und auch die CISL zeigte sich bezüglich der Zukunftsfähigkeit

---

<sup>309</sup> Vgl. S. 14f.

<sup>310</sup> Vgl. S. 63.

<sup>311</sup> Vgl. S. 13.

<sup>312</sup> Vgl. S. 84.

dieser Gesellschaftsform desillusioniert und wandte sich verstärkt dem Eurokommunismus zu.<sup>313</sup>

Das Konzept der Zivilgesellschaft konnte dabei helfen, unterschiedliche Charaktere der westlichen Solidaritätsaktionen zu identifizieren. Bis auf wenige Ausnahmen lassen sich die meisten Gewerkschaften als außenpolitische Akteure bezeichnen, da sie entweder die Kriterien sozialer Interaktion nicht erfüllten oder andere politische Motive höher gewichteten.

---

<sup>313</sup> Vgl. S. 85.

## 5 Quellenverzeichnis

### a) Monographien:

- ADLOFF, Frank: Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt a. M. 2005.
- BLUMSZTAJN, Seweryn: Je rentre au pays. Polonais, juif, membre du KOR et de Solidarité, Paris 1985.
- BORODZIEJ, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- BREDOW, Wilfried von: Der KSZE-Prozess. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts, Darmstadt 1992.
- DAVIES, Norman: Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2002.
- DAVIES, Norman: God's Playground. A History of Poland in Two Volumes, Vol. II, 1795 to the Present, Oxford 2005.
- DINGELDEY, Irene: Britische Arbeitsbeziehungen. Gewerkschaften zwischen Konflikt, Kooperation und Marginalisierung, Wiesbaden 1997.
- DORFMAN, Gerald A.: British Trade Unionism Against the Trades Union Congress, London 1983.
- FERGUSON, Adam: Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1986.
- FRAENKEL, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Baden-Baden 2011.

- GARTON ASH, Timothy: The Polish Revolution. Solidarity 1980-82, London 1983.
- GERRITS, André: The Failure of Authoritarian Change. Reform, Opposition and Geo-Politics in Poland in the 1980s, Aldershot 1990.
- „Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarnosc.“ Reiseberichte, Interviews, Dokumente, Frankfurt a. M. 1981.
- HABERMAS, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1971.
- HOLZER, Jerzy: „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, herausgegeben von Hans Henning Hahn, München 1985.
- HOLZER, Jerzy: Polen und Europa. Land – Geschichte – Identität, Bonn 2007.
- HOWELL, Chris: Trade unions and the state. The construction of industrial relations institutions in Britain, 1890-2000, Princeton 2007.
- „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1979-1981“, Bonn 1981.
- KUBIK, Jan: The power of symbols against the symbols of power. The rise of Solidarity and the fall of state socialism in Poland, University Park 1994.
- KÜHN, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980-1990, Berlin 1999.
- ŁOPIŃSKI, Maciej et al.: Konspira. Solidarity Underground, Berkeley 1990.
- MAHLEIN, Leonhard : Gewerkschaften international. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Frankfurt a. M. 1984.

- MICHNIK, Adam: Letters from prison and other essays, Berkeley 1985.
- MICHNIK, Adam: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, Berlin 1985.
- MÜLLER-JENTSCH, Walther: Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft seit 1945, Stuttgart 2011.
- OST, David: Solidarity and the Politics of Anti-Politics. Opposition and Reform in Poland since 1968, Philadelphia 1990.
- ROSS, George: Workers and Communists in France. From Popular Front to Eurocommunism, Berkeley 1982.
- RÖDEL, Ulrich et al.: Die demokratische Frage. Ein Essay, Frankfurt a. M. 1989.
- SCHÖPFLIN, George: Politics in Eastern Europe 1945-1992, Oxford 1993.
- SMITH, W. Rand: Crisis in the French Labour movement. A Grassroot's Perspective, Basingstoke 1987.
- STOKŁOSA, Katarzyna: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990, Göttingen 2011.
- TAYLOR, Robert: The TUC. From the General Strike to New Unionism, New York 2000.
- TOURAINE, Alain: Solidarity. The analysis of a social movement: Poland 1980-1981, Cambridge 1982.
- VETTER, Heinz O.: Gleichberechtigung oder Klassenkampf. Gewerkschaftspolitik für die achtziger Jahre, Köln 1980.

b) Monographien in Reihen:

- BINGEN, Dieter: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991 (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 33), Baden-Baden 1998.
- BONI, Manfred: Von den Gewerkschaften des Herbstes zum Herbst der Gewerkschaften. Italien am Anfang der 80er Jahre (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung 35), Marburg 1983.
- „Die Gewerkschaftsorganisationen in Italien“, in: Gewerkschaftsinformationen der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel ohne Jahresangabe.
- DREYFUS, Michel: Histoire de la C.G.T. Cent ans de syndicalisme en France (Questions au XX<sup>e</sup> siècle), Bruxelles 1995.
- GAWRICH, Rolf: Deutscher Gewerkschaftsbund und polnische Gewerkschaftsbewegung. Der DGB als transnationaler Akteur und seine Beziehungen zur „offiziellen“ und „oppositionellen“ Gewerkschaftsbewegung in der Volksrepublik Polen (1970-1989), (Hochschulschriften 288), Bonn 1996.
- KOFLER, Leo: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit, Bd. 1 und 2 (Soziales Denken des 19. und 20. Jahrhunderts), Berlin 1992.
- MIARD-DELACROIX, Hélène: Im Zeichen der europäischen Einigung 1963 bis in die Gegenwart (Deutsch-Französische Geschichte 11), Darmstadt 2011.

- OCKENFELS, Wolfgang: Gewerkschaft und Staat. Zur Reformdiskussion des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Veröffentlichungen des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e.V. 7), Walberberg 1980.
- ORŁOWSKI, Hubert: „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit (Studien an der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 21), Wiesbaden 1996.
- RIECHERS, Albrecht: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980-1982 (Gesprächskreis Geschichte 67), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.
- SCHÄFER, Werner: Die französische Gewerkschaftsbewegung in der Krise. Historische Entwicklung und sozioökonomische Rahmenbedingungen ihrer Bildungsarbeit (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 44), Frankfurt a. M. 1989.
- SCHLOTTER, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 32), Frankfurt a. M. 1997.
- SJURSEN, Helene: The United States, Western Europe and the Polish Crisis. International Relations in the Second Cold War (Cold War History Series), New York 2003.
- SZAROTA, Thomas: Stereotype und Konflikte. Historische Studien zu den deutsch-polnischen Beziehungen (Historische Dialoge 1), Osnabrück 2010.

- TAYLOR, Robert: The Trade Union Question in British Politics. Government and Unions since 1945 (Making contemporary Britain), Oxford 1993.
- URBAN, Thomas: Polen (Die Deutschen und ihre Nachbarn), München 2008.
- WRIGLEY, Chris: British trade unions, 1945-95 (Documents in contemporary history), Manchester 1997.

c) Sammelbände:

- CÖLLEN, Barbara et al. (Hg.): Polenhilfe. Als Schmuggler für Polen unterwegs - Pomoc dla Polski. Zostali przemytnikami dla Polaków, Dresden/Wrocław 2011.
- CURRY, Jane und Luba FAJFER (Hg.): Poland's permanent revolution: people vs. elites, 1956 to the present, Washington D.C. 1996.
- DÖRING, Jörg und Tristan THIELMANN (Hg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2009.
- HART, Giles (Hg.): For our Freedom and Yours. A History of The Polish Solidarity Campaign of Great Britain 1980-1994, London 1995.
- JANSEN, Christian et al. (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995.
- KOBLYŃSKA, Ewa et al. (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München 1992.
- LITTLE, Adrian und Moya LLOYD (Hg.): The Politics of Radical Democracy, Edinburgh 2009.

- McDERMOTT, Kevin und Matthew STIBBE (Hg.): Revolution and Resistance in Eastern Europe. Challenges to Communist Rule, Oxford 2006.
- Österreichisches Helsinki-Komitee (Hg.): KSZE. Die Abschlußdokumente der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Helsinki 1975 und der Nachfolgekonzferenzen Belgrad 1978 und Madrid 1983, Wien 1984.
- PLUM, Werner (Hg.): Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984.
- REHFUS, Wulff D. (Hg.): Handwörterbuch Philosophie, Göttingen 2003.

d) Sammelbände in Reihen:

- ALTRICHTER, Helmut und Hermann WENTKER (Hg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitgeschichte im Gespräch 11), München 2011.
- BOLL, Friedhelm und Krzysztof RUCHNIEWICZ (Hg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen (Willy-Brandt-Studien 4), Bonn 2010.
- DAMIR-GEILSDORF, Sabine et al. (Hg.): Mental Maps – Raum – Erinnerung. Kulturwissenschaftliche Zugänge zum Verhältnis von Raum und Erinnerung (Kulturwissenschaft. Forschung und Wissenschaft 1), Münster 2005.

- DMITRÓW, Edmund und Tobias WEGER (Hg.): Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn (Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen 4), Frankfurt a. M. 2009.
- GODDEERIS, Idesbald (Hg.): Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980-1982 (Harvard Cold War Studies), Lanham 2010.
- GOSEWINKEL, Dieter et al. (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational (WZB-Jahrbücher 2003), Berlin 2004.
- HAHN, Hans Henning (Hg.): Stereotyp, Identität, Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen (Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas 5), Frankfurt a. M. 2002.
- JACOBSEN, Hans-Adolf et al. (Hg.): Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation (Dokumente zur Außenpolitik 2), Köln 1973.
- KNOTT, Michèle und Barbara Finke (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien (Bürgergesellschaft und Demokratie 18), Wiesbaden 2005.
- LADEMACHER, Horst (Hg.): Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt. Die Politik der American Federation of Labor nach dem II. Weltkrieg (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte 1), Melsungen 1982.
- MAIRE, Edmond et al. (Hg.): La C.F.D.T. et l'autogestion (Objectifs 7), Paris 1973.

- PLEITNER, Berit (Hg.): Polen. Eine Reise. Erinnerungs- und Begegnungsorte (Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft 11), Oldenburg 2011.
- VOLLE, Hermann und Wolfgang WAGNER: Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa (Beiträge und Dokumente aus dem Europa-Archiv), Bonn 1984.
- WALTER, Thomas (Hg.): Gewerkschaften und Demokratie. Analysen zum DGB-Grundsatzprogramm '81 (Walberberger Gespräche), Walberberg 1982.

e) Artikel in Zeitschriften:

- BÉGIN, Natalie: Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 45, Bonn 2005, S. 293-324.
- BORSDORF, Ulrich: Solidarität für Polen – Die Hilfsaktion des DGB, in: Gewerkschaftliche Monatshefte. Sonderheft Polen, 33. Jahrgang, Köln 1982, S. 78-80.
- FRYBES, Marcin: Solidarnosc-CFDT. L'expérience d'un dialogue Est-Ouest, in: La Revue de la CFDT, Nr. 3, Paris 1997, S. 9-26.
- DAVIS, John J.: Postwar Relations: The Long Climb From Yalta and Potsdam to Gdańsk and the Round Table, in: The Polish Review, Vol. LIV, No. 2, New York 2009, S. 195-228.
- DOMBER, Gregory F.: The AFL-CIO, the Reagan Administration and Solidarność, in: The Polish Review, Vol. LII, No. 3, New York 2007, S. 277-304.

- GODDEERIS, Idesbald: Western Trade Unions and Solidarność: A Comparison From a Polish Perspective, in: The Polish Review, Vol. LII, No. 3, New York 2007, S. 305-330.
- GODDEERIS, Idesbald: The Limits of Lobbying: ILO and Solidarność, in: ILO histories: Essays on the International Labour Organization and Its Impact on the World During the Twentieth Century, Bern 2010, S. 423-441.
- MACKENBACH, Werner: „... den Warschauer Putsch stillschweigend hinnehmen...?“. Die westdeutsche Linke und ihre Solidarität mit Solidarność, in: Osteuropa-Info. Sozialistisches Osteuropakomitee, Nr. 2, Hamburg 1982, S. 13-32.
- MATES, Leo: Von Helsinki nach Madrid und zurück. Der KSZE-Prozeß im Schatten der Ost-West-Beziehungen, in: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik, 38. Jahrgang, Folge 21, Bonn 1983, S. 659-666.
- ŚWIDER, Małgorzata: Das Informationsbüro der Solidarność in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, Bd. 7, Osnabrück 2009, S. 203-216.
- TENFELDE, Klaus: Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Organisation im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13-14, Bonn 2010, S. 11-20.
- URBAN, Thomas: Es hitlert sehr. Das Deutschlandbild der polnischen Medien, in: Osteuropa, 57. Jahrgang, Bd. 1, Berlin 2007, S. 57-71.

- „Über Solidarność, das Kriegsrecht als ‚geringeres Übel‘ und das Ende der Volksrepublik Polen. Der Warschauer Historiker Prof. Andrzej Paczkowski im Gespräch mit Karolina Fuhrmann“, in: *Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte*, Bd. 3, Osnabrück 2005, S. 84-98.
- VETTER, Heinz O.: Internationale Gewerkschaftspolitik als Einheit, in: *Die Neue Gesellschaft*, Nr. 6, 17. Jahrgang, Bonn/Bad Godesberg 1970, S. 770-775.
- VETTER, Heinz O.: Solidarität mit Solidarność, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte. Sonderheft Polen*, 33. Jahrgang, Köln 1982, S. 2-9.

f) Zeitungsartikel

- *Le Figaro*, vom 22. Dezember 1981. „La cacophonie du Pouvoir. En France, des flots de belles paroles“
- *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 22. Dezember 1981. „Von uns nicht mehr verlangen als von Brandt. Italiens Linke reagiert auf Polen“
- *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 3. April 1982. „Was heißt da Fremde – ist Polen denn nicht überall! Solidarność und die alte Emigration“
- *Le Monde*, vom 15. Dezember 1981. „L’appel à la manifestation du 14 décembre lancé par cinq grandes centrales syndicales souligne l’isolement de la C.G.T.“
- *Le Monde*, vom 24. Dezember 1981. „La C.F.D.T., F.O., la C.G.C., la C.F.T.C. et la FEN demandent l’appui de M. Mitterand“
- *Newsweek*, vom 4. Januar 1982. „Did Solidarity Go Too Far?“

- *Der Spiegel*, Nr. 52/1981. „Die polnische Tragödie“
- *die tageszeitung*, vom 15. Dezember 1981. „Der Traum ist aus“
- *The Times*, vom 5. September 1980. „Ambassador in talks today on TUC delegation to Poland“
- *The Times*, vom 12. Januar 1982. „TUC is refused visas for Solidarity inquiry“

g) Internetquellen

- „Die Forderungen von Gdansk“, <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a81-07254/09-forderungen.pdf>, letzter Zugriff: 22.03.2012.
- ŚWIDER, Małgorzata: Zwischenmenschliche Brücken. Deutsche „Hilfe für Solidarność“ als Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen in den achtziger Jahren, ohne Jahresangabe, <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a09-05236-swider.pdf>, letzter Zugriff: 22.03.2012.
- STANISZKIS, Jadwiga: *The Dynamics of the Breakthrough in Eastern Europe. The Polish Experience*, Berkeley 1991, <http://ark.cdlib.org/ark:/13030/ft4g50067w/>, letzter Zugriff: 22.03.2012.

## 6 Abkürzungsverzeichnis

### A

- ABVV      Algemeen Belgisch Vakverbond (Allgemeiner Belgischer Arbeiterbund) [B]
- ACV      Algemeen Christelijk Vakverbond (Allgemeiner Christlicher Arbeiterbund) [B]
- AFL-CIO    American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations [USA]

### C

- CDU      Christlich-Demokratische Union Deutschlands [D]
- CFDT      Confédération Française Démocratique du Travail (Französischer Demokratischer Arbeiterbund) [FR]
- CFE-CGC    Confédération de l'Encadrement-Confédération Générale des Cadres (Allgemeiner Bund der technischen Ingenieure) [FR]
- CFTC      Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (Französischer Christlicher Arbeiterbund) [FR]
- CGIL      Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeiner Italienischer Arbeiterbund) [IT]
- CGT      Confédération Générale du Travail (Allgemeiner Arbeiterbund) [FR]
- CIA      Central Intelligence Agency [USA]
- CISL      Confederazione Italiana Sindacati dei Lavoratori (Italienischer Bund der Arbeitergewerkschaften) [IT]
- CRZZ      Centralna Rada Związków Zawodowych (Zentraler Rat der Gewerkschaften) [PL]
- CSU      Christlich-Soziale Union Deutschlands [D]

### D

- DGB      Deutscher Gewerkschaftsbund [D]

## **E**

EGB           Europäischer Gewerkschaftsbund [EUR]

## **F**

FEN           Fédération de l'Éducation Nationale (Nationale Gewerkschaft für  
Erziehung) [FR]

FO            Force Ouvrière (Arbeitermacht) [FR]

## **G**

GMWU        General and Municipal Workers' Union [GB]

## **I**

IBFG         Internationaler Bund Freier Gewerkschaften

ICFTU        siehe IBFG

IG            Industriegewerkschaft [D]

ILO          International Labour Organization

## **K**

KOR         Komitet Obrony Robotników (Komitee zur Verteidigung der  
Arbeiter) [PL]

KSZE        Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

## **N**

NATO        North Atlantic Treaty Organization

NSZZ        Niezależny Samorządny Związek Zawodowy (Unabhängige  
Selbstverwaltete Gewerkschaft) [PL]

## **P**

PCF         Parti Communiste Français (Kommunistische Partei Frankreichs)  
[FR]

PCI         Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens) [IT]

PS Parti Socialiste (Sozialistische Partei) [FR]  
PSC Polish Solidarity Campaign [GB]  
PWAF Polish Workers Aid Fund [USA]  
PZPR Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) [PL]

## **S**

SALT Strategic Arms Limitation Talks  
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands [D]

## **T**

TUC Trades Union Congress [GB]

## **U**

UdSSR Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
UIL Unione Italiana del Lavoro (Italienische Arbeitsunion) [IT]  
UN United Nations  
USA United States of America  
USSR siehe UdSSR

## **W**

WCL World Confederation of Labour

## 7 Weiterführende Literatur

### a) Monographien:

- BÜSCHER, Barbara et al.: „Solidarność“. Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982, Köln 1983.
- CIRTAUTAS, Arista Maria: The Polish Solidarity Movement. Revolution, Democracy and Natural Rights, London 1997.
- DOBBS, Michael et al.: Poland/Solidarity/Walesa, New York u.a. 1981.
- EINHORN, Volker und Gero von RADOW: Polen in der Zerreißprobe, Dortmund 1982.
- GATTER-KLENK, Jule: Vielleicht auf Knien, aber vorwärts! Gespräche mit Lech Wałęsa, Königstein/Ts. 1981.
- HAYDEN, Jacqueline: Poles Apart. Solidarity and the new Poland, Dublin 1994.
- ROTHSCHILD, Joseph: Return to diversity. A political history of East Central Europe since World War II, New York u.a. 1993.
- SEUL, Otmar: Das Arbeitermitspracherecht und andere “neue Arbeitnehmerrechte” in Frankreich aus der Sicht der französischen Gewerkschaften. Theoretische Vorstellungen und Reformpraxis (1982-1985), in Oldenburg vorgelegte Dissertation 1988.

b) Monographien in Reihen:

- BRAUN, Michael: Die italienischen Gewerkschaften und die Kommunistische Partei in der „Nationalen Solidarität“ (1976-1979). Zwischen Einheit und Spaltung (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Band 200), Frankfurt a. M. 1992.

c) Sammelbände:

- BÖLL, Heinrich et al. (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Hamburg 1982.
- DEPPE, Rainer et al. (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt a. M. 1991.
- GOMUŁKA, Stanisław und Antony POLONSKY (Hg.): Polish Paradoxes, London 1991.
- PFLÜGER, Friedbert und Winfried LIPSCHER (Hg.): Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Freundschaft, Bonn 1993.

d) Sammelbände in Reihen:

- BINGEN, Dieter (Hg.): Polen 1980-1984: Dauerkrise oder Stabilisierung? (Osteuropa und der internationale Kommunismus 15), Baden-Baden 1985.
- DELBRÜCK, Jost et al. (Hg.): Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE (DGFK-Veröffentlichungen 3), Köln 1977.
- FRANZKE, Jochen (Hg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel (Potsdamer Textbücher 2), Berlin 1998.

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Das KSZE-Folgetreffen von Madrid (Berichte und Dokumentationen der Bundesregierung), Bonn 1983.

## **Erklärung**

Hiermit versichere ich, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Außerdem versichere ich, dass ich die allgemeinen Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit und Veröffentlichung, wie sie in den Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg festgelegt sind, befolgt habe.

Dominik Lindemann

Unterschrift